Nr. 17 Hamburg, den 23. April 1910 23. Jahrgang

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands
sowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands, Hamburg 1.

Schluß der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰.

Eine feste Burg.

(Zum Beginn der Aussperrung.)

Eine feste Burg ist unser Bund
Durch eig'ne Kraft geschaffen.
Er wurzelt fest im Felsengrund,
Im Sturm ein sich'rer Hafen.
Ob auch die Woge braust,
Drob keinem von uns graust.
Hoch, hoch das Schlachtpanier,
Darunter kämpfen wir
Für unsre Menschenrechte!

Mit unserm Schweiße düngen wir
Jahraus, jahrein die Saaten.
Wir schaffen all der Städte Zier
Mit Hammer, Axt und Spaten.
Und sollten müßig sehn,
Wie wir zugrunde gehn?
Wie wir samt Weib und Kind
Nackt und bedürftig sind?
Nein, es muß anders werden!

Drum lod're hell auf unser Mut,
Gilt's auch ein kühnes Wagen!
Fluch jedem, der da feige ruht
Und kleinlich wollte zagen!
Wir all die feste Burg!
Ein Ganzes durch und durch!
Dann strahlet durch die Nacht
Uns bald in voller Pracht
Der hohe Tag des Sieges!

Warum?

In der öffentlichen Diskussion über den gegenwärtigen Kampf im Baugewerbe wird sehr häufig die Frage aufgeworfen, warum denn die Gewerkschaften dem zentralen Abschluß der neuen Verträge so hartnäckig widerstrebten. Man hat dann auch gesagt, man verstünde die Haltung der Gewerkschaften in dieser Frage wirklich nicht, denn der zentrale Abschluß der Tarifverträge habe sich doch in der Wissenschaft als das Gegebene erwiesen, da der oberste Zweck eines Vertrages, die Sicherung des gewerblichen Friedens, nur dann verbürgt sei, wenn eine große und kräftige Organisation dahinter stände. Es könne dem einzelnen Arbeiter doch auch gleichgültig sein, ob seine Zahlstelle den Vertrag abschließe oder sein Zentralvorstand; die wichtigsten Punkte des Tarifs, Lohn- und Arbeitszeit, würden ja doch in den Unterverbänden — Orts- oder Bezirksverbänden — vereinbart werden.

Wir wollen nicht leugnen, daß diese Ansicht von vielen Laien geteilt wird, weil sie die Frage so einfach wie möglich nimmt. Aber es ist doch eine sehr oberflächliche Ansicht. Jedenfalls kennt der, der die Zentralvorstände als die wichtigsten Faktoren bei der Durchführung der Tarifverträge ansieht, die Praxis der tariflichen Arbeit nicht. Die Tätigkeit der Zentralleitungen in den Gewerkschaften beschränkt sich, abgesehen von der Verwaltung, auf die Leitung der Lohnbewegungen, soweit sie nicht von nur untergeordneter Bedeutung sind. Ist die Lohnbewegung zu Ende, so ist das Weitere Sache der örtlichen Organisation. Die Zentralleitung eines großen Verbandes kann sich gar nicht um die Einzelheiten der Durchführung der getroffenen Vereinbarungen bekümmern, sie kann darin erst dann eingreifen, wenn Differenzen vorliegen, die von den örtlichen oder Gauorganisationen nicht geschlichtet werden können. Und auch dann kann sie in Streitfällen lediglich an die freiwillige Disziplin der örtlichen Organisationen oder ihrer Mitglieder appellieren, irgend einen kategorischen Zwang auszuüben ist sie nicht in der Lage. Daraus folgt also, daß die Durchführung der Tarifverträge nicht von den Zentralleitungen, sondern von den örtlichen Organisationen abhängt. Die Zentralleitung leistet — um ein Beispiel zu gebrauchen — Geburtshilfe, ist das Kind da, dann müssen die seiner warten, die es beherbergen, und das sind die örtlichen Organisationen.

Der zentrale Abschluß der Tarifverträge birgt aber gerade für die Vertragsdurchführung Gefahren in sich. Verhandlungen über eine Vielheit von Orten führen notwendigerweise immer dazu, die Besonderheiten des einzelnen Orts mehr oder weniger unberücksichtigt zu lassen. Es liegt in der Natur der Sache, daß ein gewisser Schematismus Platz greift. So können bei solchen Massenverhandlungen Verträge für Orte abgeschlossen werden, in denen noch so gut wie alle Vorbedingungen für die glatte Durchführung fehlen. Das ist keine theoretische Möglichkeit, sondern eine Erfahrung, die wir aus der Praxis schöpfen. Im Jahre 1908 wurde in Rheinland-Westfalen ein Tarifvertrag abgeschlossen, der sich auf nahezu 100 Lohngebiete erstreckte. Dabei kamen auch Orte in das Tarifverhältnis, die vorher von der ganzen Bewegung unberührt waren, weil die Organisationen auf beiden Seiten noch in den Kinderschuhen steckten. Als später die Tarifverträge durchgeführt werden sollten, da versagten diese Organisationen und alle Bemühungen der übergeordneten Organisationsinstanzen, die Tarifverträge durchzuführen, scheiterten daran, daß die örtlichen Organisationen eben nicht die Kraft dazu hatten. Daraus ergibt sich, daß die Tarifverträge zweckmäßigerweise aus den örtlichen Bedürfnissen herauswachsen und ihnen angepaßt sein müssen, wenn sie ihren Zweck, die Sicherung des gewerblichen Friedens, erfüllen sollen.

Wenn also die „Wissenschaft“ den zentralen Abschluß der Tarifverträge als „das Gegebene“ ansieht, so beweist das nichts weiter, als daß diese „Wissenschaft“ von der Praxis nichts kennt. Es gibt eben auch im Tarifwesen mancherlei Dinge, von denen sich die Schulweisheit nichts träumen läßt.

Aber: Wer wollte im Ernst behaupten, daß die Unternehmer den zentralen Vertrag darum forderten, weil es ihnen ihr wissenschaftliches Gewissen geböte? Nein, da ist nichts von Wissenschaft, da liegt nichts weiter als die pure Absicht der Vergewaltigung zugrunde. Was man vor einigen Wochen nur andeuten konnte, kann man jetzt beweisen. Die Debatten auf der Dresdener Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes haben jeden Zweifel darüber beseitigt, was die Unternehmer mit dem zentralen Vertrag bezwecken wollen. Es ist dabei eine Rede gehalten worden, über die das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ einiges mitteilen kann. Soweit wir die Leute im Unternehmerbund kennen und uns darum ein Urteil erlauben dürfen, kann es kein anderer als Fellermeier, dies Schreckenskind des Bundes, gewesen sein, der folgende Rede hielt:

„Wenn hier von Differenzpunkten gesprochen ist, so meine ich, die letzten drei Punkte sind ganz nebensächlich, der Hauptpunkt ist, daß wir uns die Macht verschaffen. Wenn wir beseelt sind von dem Willen zur Macht, so müssen wir speziell von dem ersten Punkt sprechen. Der erste Punkt besagt: wir wollen unseren Tarif zentral abschließen, also über ganz Deutschland, auf einen Tag und auf eine gleiche Dauer von Jahren. Werden wir das durchführen, dann bin ich überzeugt, dann haben wir die Macht. Die Macht wird mit diesem Punkte stehen und fallen. Wenn heute ein Tarif in ganz Deutschland abläuft, so kommen, wie ich glaube — es sind vielleicht Herren hier, die besser unterrichtet sind als ich —, eine Million im Baugewerbe beschäftigte Leute für die Streikkassen der Arbeiter in Betracht. Das würde derartig ungeheure Summen verlangen, die Arbeiter müßten derart ungeheure Gelder haben, daß wir wohl sagen können, in höchstens zehn Wochen könnten sie die Gelder hernehmen, wo sie wollten, da müssen sie alle sein. Tatsache ist, daß der zentrale Abschluß der Kardinalpunkt ist, über den sich keine Einigung erzielen läßt. Er wird nicht angenommen von den Arbeitern. Wenn ich heute Arbeitervertreter wäre, würde ich auch bis zum letzten dafür kämpfen, daß das nicht angenommen wird, denn damit bricht die Macht der Arbeiter. Ich bin überzeugt, der Hauptpunkt unserer Verhandlungen wird das sein: bringen wir die Arbeiter dazu, mit uns zu einem Termin und auf eine gleiche Dauer einen Vertrag abzuschließen, dann beweisen wir den Willen zur Macht und werden auch die Macht haben. Die Arbeiter wollen das nicht. Sie wollen sich nicht festlegen mit einer großen Macht. Unsere Gegner brechen uns nicht die Macht, sondern aus unseren eigenen Reihen kommt der Widerstand. Also wenn Sie debattieren, verlieren Sie nicht unnötige Zeit mit der Akkordarbeit usw., erst kommt der Punkt: wollen wir die Macht haben? Drücken Sie das durch, daß wir auf einen Tag die Verträge festlegen und auf gleiche Dauer, so kommt alles andere von selbst.“

Das ist das leitende Prinzip der Vertragspolitik des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Ein zentraler Vertrag, damit man immer in der Lage ist, die ganze Bauarbeiterschaft zu gleicher Zeit auszusperren, sie niederzuringen und ihr das Knie auf die Brust zu setzen. „Wenn ich Arbeitervertreter wäre, so würde ich auch bis zum letzten dagegen ankämpfen!“ so ruft dieser Wortführer der Unternehmer im wahnsinnigen Uebermut aus, und dann geht er hin und verfaßt ein Rechtfertigungsschreiben für den Bund, worin den Arbeitern die Absicht der Friedensstörung angedichtet wird, weil sie sich gegen das Anlegen dieser Schlinge wehren! Mit soviel Heuchelei und Frivolität ist selten von Unternehmern gekämpft worden.

Vernehmt es, ihr von „Objektivität“ triefenden Wissenschafter in der „Kölnischen Zeitung“, welchen Ursprungs eure Wissenschaft ist, welche Brigantenstreiche sie decken soll!

Wie man berichtet hat, ist ja auch der Stratege der schwedischen Massenaussperrung bei unsern Unternehmern in Dresden zu Gaste gewesen. Seine Anwesenheit paßt vortrefflich zu den edlen Absichten des Arbeitgeberbundes. Bekanntlich herrscht in Schweden das System der Sympathieaussperrung, wobei man jede Forderung der Arbeiter irgend eines Berufs mit der Aussperrung aller Arbeiter oder mit ihrer Androhung zu Boden schlägt. Dies System wollen unsere Unternehmer auch in Deutschland einführen, Ansätze dazu waren ja schon genug vorhanden. Es ist äußerst charakteristisch, daß die Unternehmervertreter bei den zentralen Verhandlungen jeder Antwort auf die Frage auswichen, wie sie sich zu dem Antrage der Arbeiter stellten, daß Sympathiestreiks und Sympathieaussperrungen während der Vertragsdauer unzulässig sein sollten. Der sonst so redselige Wortführer des Arbeitgeberbundes konnte hierüber nichts sagen, „so ex abrupto kann ich mich dazu nicht erklären, das ist eine Organisationsfrage“, damit hüpfte er über diese bedeutungsvolle Frage hinweg.

Hier haben wir die Gründe, die die Unternehmer veranlassen, den zentralen Vertragsabschluß zu fordern. An die Kette wollen sie die Gewerkschaften legen. Zu jeder Zeit soll das Damoklesschwert der Massenaussperrung über ihnen schweben, und vor allem soll bei jeder Erneuerung der Verträge die Möglichkeit der allgemeinen Aussperrung drohend vor den Arbeitern stehen und sie zur Unterwerfung unter das Diktum der Unternehmr zwingen.

Also verschone man uns gefälligst mit dem Gerede von der Wissenschaft, die den zentralen Vertrag als das Gegebene ansähe, denn es imponiert uns gar nicht, nicht im geringsten. Wir kämpfen gegen eine gefährliche Umgarnung, für die Möglichkeit eines ferneren Aufstiegs.

*

Wir wollen unsere Titelfrage: Warum? noch auf etwas anderes ausdehnen. Wir wollen einmal fragen: Warum sind die Verhandlungen unter dem Vorsitze des Geheimen Regierungsrats Dr. Wiedfeldt gescheitert?

Hören wir, was der Arbeitgeberbund auf diese Frage zu sagen hat. Er hat zweierlei Antworten darauf, eine für die Oeffentlichkeit, eine andere für seine Mitglieder, wenn er sich dicht genug abgesperrt glaubt. Die erste lautet:

„Die vom Reichsamt des Innern am 8. April eingeleiteten Einigungsverhandlungen sind ergebnislos verlaufen, weil die Vertreter der Arbeiterorganisationen auch hier keinerlei Entgegenkommen zeigten."

Das ist die offizielle Aufklärung, die der Arbeitgeberbund jedem gibt, der sie haben will, die er in Hunderten von Druckabzügen an die Presse versendet, damit die Welt erfahre, welche Unschuld der Bund ist. Die zweite Antwort lautet etwas anders. Nämlich:

„Wir haben bei den Verhandlungen am 8. April unter dem Vorsitze des Regierungsvertreters die Frage der Arbeitszeit und unsern Cölner Beschluß dazu nur darum in den Vordergrund geschoben, um eine Klippe zu haben, an der die Verhandlungen scheitern mußten. Das ist uns auch glücklich gelungen!"

Diese Aufklärung gilt natürlich nur für Eingeweihte, für die Leute, die die streng geschlossenen Generalversammlungen der Unternehmer füllen. Diese Antwort hat der Vorsitzende des „Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten", der Architekt Fritz in Essen seinen Mitgliedern in der Generalversammlung in der „Flora" in Düsseldorf am 9. April gegeben. Wenn man also noch einmal die Frage aufwirft, warum die Einigung gescheitert sei, so wird man danach wissen, wie die Antwort zu lauten hat. Aber muß man nicht staunen: Fritz ist Mitglied des Bundesvorstandes; als solches unterzeichnet er eine für die Oeffentlichkeit bestimmte Erklärung, die das Scheitern der Einigungsverhandlungen den Arbeitern zur Last legt, und dann fährt er nach Düsseldorf und sagt zu seinen Mitgliedern: Die Sache war verdammt brenzlich! Beinahe wäre es zu einer Einigung gekommen, die Gefahr war groß! Aber wir waren schlau genug, dies Unglück zu verhindern. Wenn man einem Arbeiterführer eine solche unmoralische Handlungsweise vorwerfen könnte, er wäre fertig. Dagegen zweifeln wir nicht daran, daß Herr Fritz auch künftighin noch den Vorstand des Arbeitgeberbundes zieren wird. Doch das sind persönliche Angelegenheiten, die uns hier gar nicht interessieren. Was uns dagegen sehr interessiert und worauf wir das allgemeine Interesse lenken möchten, das sind diese Antworten auf unsere Titelfrage: Warum?

Die Tarifidee.

In unserer Resolution vom 5. April heißt es bekanntlich, daß wir gern bereit seien, einen neuen vertraglichen Zustand herbeizuführen, wenn sich der Arbeitgeberbund zu der Tarifidee bekenne, die eine notwendige Bedingung der Tarifverträge sei. Da haben sich nun die Anwälte der Unternehmer gefragt, was wir wohl für eine Tarifidee gemeint haben könnten. Und natürlich ist man zu dem Schlusse gekommen, daß wir überhaupt keine Ahnung von der Tarifidee hätten. Wenn man diese Stimmen hört, wird man immer an jenen legendären Bürgermeister erinnert, der einem Arbeiter, als dieser mit ihm politisierte, zurief: „Aber, wie können Sie so etwas verstehen! Das verstehe ich ja kaum!" So geht es auch jenen Leuten, die jetzt über unserer Resolution brüten.

Es ist natürlich von vornherein gewagt, von der Tarifidee als von etwas absolut Feststehendem zu sprechen. Diese Idee ist etwas Gewordenes und etwas Werdendes. Sie ist in ihrer Totalität überhaupt nicht einheitlich zu definieren. Die Gründe, die die Stellung zum Tarifvertrage bestimmen, sind andere bei den Arbeitern und andere bei den Unternehmern. Darüber hinaus gibt es aber auch Gründe für die Tarifverträge, die ganz allgemeiner Art sind, die von allen geteilt und anerkannt werden. Der Arbeiter sagt: Der Tarifvertrag schützt mich vor der Willkür des Unternehmers, dem ich schutzlos preisgegeben wäre, wenn ich als Einzelperson einen individuellen Arbeitsvertrag schließen sollte. Jetzt schließe ich gar keinen Arbeitsvertrag im früheren Sinne, der Vertrag besteht schon, ich trete ihm nur bei, indem ich zu den Bedingungen des Tarifvertrages Arbeit annehme. Dadurch, daß nicht der einzelne Arbeiter, sondern eine Vielheit, wohl gar die Gesamtheit meiner Berufskollegen den Vertrag schließt, können wir bessere Arbeitsbedingungen erzielen, kann der Arbeitsvertrag für mich besser werden, als wenn ich, der einzelne auf den Verkauf seiner Arbeitskraft angewiesene Mann, ihn mit dem kapitalkräftigen, also wirtschaftlich stärkeren Unternehmer vereinbaren wollte. So der Arbeiter, wenn er sich seine Gedanken über den Tarifvertrag macht. Anders natürlich der Unternehmer, der Tarifverträge abschließt. Der eine tut es vielleicht der Schmutzkonkurrenz wegen oder um überhaupt eine sichere Grundlage für den Wettbewerb zu schaffen, der andere tut es, weil er von einem Tarifvertrage eine größere Stetigkeit im Betriebe erreichen will, der dritte, weil er nicht erst mit jedem einzelnen Arbeiter um die Arbeitsbedingungen streiten will, und die große Masse der Unternehmer tut es schließlich, weil sie nicht anders kann und in einem Tarifvertrage das kleinere Uebel gegenüber dem freien Walten der Interessenkämpfe sieht.

Man könnte für beide Parteien noch manche andere Gründe anführen, die ihre Stellung zu den Tarifverträgen bestimmen, und je nachdem, ob diese oder jene Gründe am stärksten waren, wird sich die Tarifidee bilden, d. h. der Begriff, den man mit der sozialen Erscheinung der Tarifverträge verknüpft. Aber mit all diesen Gründen ist noch keine „Tarifidee" geschaffen, die man als feststehend und allgemein anerkannt bezeichnen könnte; Gründe sind noch keine „Idee". Wenn man aus den Gründen, die die Tariffreundschaft bestimmen, eine Tarifidee extrahieren wollte, so bestände die Tarifidee des Deutschen Arbeitgeberbundes darin, die Gewerkschaften mit den Tarifverträgen zu knebeln und zu zerschmettern.

Doch gleichwohl kann man von einer Tarifidee reden, d. h. von einem Wesenskern des Tarifvertragswesens, der tatsächlich feststeht und der von allen Seiten anerkannt und wertgeschätzt wird. Dieser Kern ist enthalten in den Gründen, die die Tarifffreundschaft der Allgemeinheit bestimmen und die auch in den Erwägungen der Arbeiter und Unternehmer eine Rolle spielen. Der Ausdruck Allgemeinheit ist zwar etwas unbestimmt, sagen wir darum lieber, das Tarifvertragswesen hat eine Wirkung, die dem Interesse aller Gesellschaftsklassen dient und die darum auch in allen Gesellschaftsklassen wertgeschätzt wird. Diese Wirkung ist die Sicherheit des Erwerbslebens, die Ausschaltung schwerer Erschütterungen durch Streiks und Aussperrungen. Diese Wirkung erst — nicht die Gründe der Parteien — geben dem Tarifvertrage seine soziale Berechtigung. Insofern ist der Tarifvertrag der Ausfluß der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Er ist nicht dem Kopfe irgend eines genialen Denkers entsprossen, sondern ist durch die reale sachliche Notwendigkeit geschaffen worden. Als sich Arbeiter und Unternehmer kampfkräftige Organisationen geschaffen hatten, da handelte es sich darum, diese Kräfte nicht im gegenseitigen endlosen Zerfleischen, sondern im Aufbau, in der Schaffung eines Bodens zur friedlichen Arbeit wirken zu lassen. Der Kampf selbst war nicht aus der Welt zu schaffen; denn er erwuchs immer wieder aus den gegensätzlichen Interessen; aber man konnte, indem man das Ergebnis eines Kampfes beiderseitig anerkannte und diese Anerkennung vertraglich besiegelte, eine Periode ungestörten gewerblichen Friedens erreichen. Und diese Wirkung der Tarifverträge war es, die das gesellschaftliche Interesse für sich reklamierte, um ihretwillen brachte es dem Tarifvertragswesen Sympathie entgegen.

Diese Wirkung ist aber ihrerseits an gewisse Voraussetzungen gebunden; sie kann dann nicht eintreten, wenn diese Voraussetzungen fehlen. Eine dieser Voraussetzungen ist die Vertragswilligkeit, d. h. der Wille, sich vertraglich zur Wahrung des Friedens während der Tarifdauer zu verpflichten. Ein solcher Wille kann aber nur vorhanden sein, wenn nicht den Rechten der einen oder andern Partei Gewalt angetan wird. Sobald der Vertrag einer der Parteien in den tariflich geregelten Punkten auf Kosten der andern Partei Vorrechte gibt, muß sich die Vertragswilligkeit bei der benachteiligten Partei abschwächen. Und ebenso muß die Vertragswilligkeit bei einer Partei eine Einbuße erleiden, die für sich Vorrechte erstrebt, die ihr die andere nicht gewähren will. Daraus folgt als weitere Voraussetzung jener Wirkung der Tarifverträge die Anerkennung der Gleichberechtigung beider Parteien. Dazu genügt indes nicht, daß man sich gegenseitig dieser Anerkennung versichert, sondern sie muß in den Bestimmungen des Tarifvertrages zum Ausdruck kommen, sie muß die Grundlage aller Bestimmungen bilden. Kann man also von einer Tarifidee reden, so muß man darunter den Gedanken verstehen, durch vertragliche Abkommen zwischen den Interessengruppen die Lohn- und Arbeitsbedingungen für eine gewisse Zeit dergestalt zu regeln, daß während dessen Störungen des Produktionsprozesses ausgeschlossen sind; die Verwirklichung dieses Gedankens ist gebunden an die Vertragswilligkeit der Vertragschließenden und an die Wahrung des Grundsatzes der Gleichberechtigung der Vertragspartner.

Von dieser Tarifidee geht die Resolution unseres Verbandstages aus; mit ihr stehen die Anträge des Unternehmerbundes in schroffstem Widerspruch. Soll das erst noch zu beweisen sein? Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe steht weit ab von dieser Auffassung. Allerdings glaubt er auch die Ruhe des Erwerbes zu erstreben, aber nur durch die Knebelung der Arbeiterorganisationen. Er hat noch nicht einmal den Willen, sich zur Wahrung des Friedens während der Vertragsdauer zu verpflichten; denn er will sich der Möglichkeit, nach Belieben Sympathieaussperrungen zu verfügen, nicht entschlagen. Er pfeift aber auch auf alle Gleichberechtigung; denn er will die Akkordarbeit dem Einfluß seiner Vertragspartner entziehen und besonders den Lohn der freien Vereinbarung, d. h. dem Ermessen der einzelnen Unternehmer anheimstellen; er will, daß die Gewerkschaften sich verpflichten, seinen Arbeitsnachweisen völlig freie Hand zu lassen; er will die Arbeitszeit einseitig bestimmen, indem er sie durch einen Beschluß seiner Generalversammlungen den Verhandlungen entrückt, usw. usw.

Das ist eine Auffassung vom Tarifvertragswesen, die mit dem Grundgedanken, wie wir ihn hier beschrieben haben, gar nichts mehr gemein hat. Sie ist paragraphiertes Arbeitsherrentum. Sie lebt nicht im Wesen des Tarifvertrages, sondern in dem der Arbeitsordnungen im

Der historische Materialismus in der Architektur.

Eine Studie von Josef Kliche.

III.

Zu Beginn des dreizehnten Jahrhunderts ließ sich bereits deutlich erkennen, wo hinaus die wissenschaftliche Entwicklung wollte. Gewaltige Veränderungen im ökonomischen und gesellschaftlichen Werden zeigen sich uns schon auf den ersten Blick. Der größte Teil aller Freien, die ihren Stand bis jetzt noch geretiet hatten, begaben sich in den Schutz des Grundherrn. „Ganze Gemeinden, ganze Hofgenossenschaften kleinerer Grundherren traten in die Vogtei der gewaltigsten Grundherren: es war, als sollte die ganze Bevölkerung sich den alten Grundherrschaften in selbstgewählter Untertanschaft angliedern."* Aber auch die Städte begannen jetzt aufzublühen, und der Andrang vom Lande in dieselben war groß, zumal als der Brauch Geltung erlangt hatte, daß ein einjähriger Aufenthalt in der Stadt persönliche Freiheit gewähre.** Die Städte begannen mächtig zu werden und hatten um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts bereits weitgehenden Einfluß auf die Reichsgewalt. Städtisches Handwerk und Zünfte hatten sich herausgebildet, auch die große Handelsvereinigung der Hansa trat ins Leben; an die Stelle der geschlossenen Hauswirtschaft trat die Stadtwirtschaft. „So trat, deutlich vernehmbar, eine nie nachlassende Strömung gegenseitiger Wechselwirkung und Befruchtung zwischen den Städten und dem platten Lande ein: das Handwerk hob sich, der Handel nahm außerordentlich zu, die Landwirtschaft begann Gebrauch zu machen von den Vorteilen, die die neuen Erwerbszweige gewährten."* Auf der veränderten Gesellschaftsverfassung wogte auch bald eine andere Geisteswelt. Ein selbständiges Wesen machte sich Platz, das von römischen Einflüssen unabhängig war. Die Herrschaft des Lateinischen wurde gebrochen, Dichtung und Kunst offenbarten sich und fußten sowohl beim adligen Herrenstand wie im aufstrebenden Bürgertum der Städte. Auch die gotische Geschichtsschreibung beanspruchte ihren Platz. Die Kreuzzüge**, der Minnesang, der Marienkult und das Gebaren der französischen Troubadours versetzten das Volk in einen phantastischen Taumel, was nicht ohne Einfluß auf die Baukunst bleiben konnte. Ein Erkennen des ökonomisch-sozialen Gedankens dokumentierte sich in dieser. So wie das Feudalwesen war auch das städtische Zunftwesen hierarchisch gegliedert. Die ländliche und städtische Hörigkeit hatte sich völlig entwickelt, oder ließ wenigstens das Ziel deutlich erkennen; auf ihr basierte der Idealismus, der sich in der gotischen Architektur verkörperte. Die feinen, schlanken Säulen, die immer spitzer werdenden Türme, die zuletzt in ein Blatt oder Kreuz ausliefen, und das in die Wolken strebende spitze Dach spiegeln deutlich die ständische Gliederung der damaligen Gesellschaft wider. Eines hat hier neben dem andern seinen Platz, über- und nebeneinander, die Verkörperung des Ideals hat hier seine höchste Blüte erreicht. Wenn der romanische Stil insbesondere ein Auseinanderklaffen zwischen Gebrauchszweck und Ornamentik zeigte, so weist der gotische Stil durchweg nur Gesetzmäßiges auf. Der Rhythmus und die Technik in der Dekoration reichen fast an den klassischen Stil heran. Die klassischen Tempel und die gotischen Dome zeigen die gleiche Formvollendung, so kann man es in jedem einschlägigen Werk lesen, war aber nicht auch die gesellschaftliche Struktur einander ähnlich? Daß auch praktische Zwecke in der Gotik verfolgt wurden, zeigt die Anwendung des Spitzbogens, der einmal den Horizontaldruck aufhob, also eine schwächere Ausführung der seitlichen Strebewände ermöglichte und dann die Fenster verschiedenster Breite in gleicher Höhe abschließen konnte. Aber auch das wirtschaftliche Niveau der Zeit äußert sich in der Gotik sehr stark: Die Fenster wurden fortan bunt gemalt und reichhaltiger Schmuck wurde in der inneren Ausstattung in verschwenderischer Fülle angewandt, doch immer, ohne die Stileinheit und Formeneinheit zu verletzen. Am individuellsten und künstlerisch vollkommensten prägte sich die Gotik in den deutschen Landen aus. Aber die Deutschen waren auch das historisch berufene Volk dazu. Es ist bekannt, daß die Barbaren Europa neu belebt hatten. „Aber nicht ihre spezifisch nationalen Eigenschaften waren es, die Europa verjüngt haben, sondern einfach ihre Barbarei, ihre Gentilverfassung".* Und es ist auch kein Zufall, daß die Entwicklung gleich ging und daß die Architekturstufen und -formen in Deutschland, Nordfrankreich und England annähernd gleich waren; denn Friedrich Engels weist in seiner Abhandlung über die Staatsbildung der Deutschen nach, daß die

* Lamprecht a. a. O., S. 74.

** Rudel: Geschichte des Liberalismus und der Reichsverfassung, S. 96.

* Lamprecht a. a. O., B. 4, S. 8 bis 9.

** Es ist ohne weiteres klar, daß die Kreuzzüge auf einem wirtschaftlichen Ideal, nämlich dem des Raubes, beruhten (vergl. die Werke von Henne am Rhyn u. a.), aber trotzdem waren sie imstande, in den weniger beteiligten Schichten eine religiöse Schwärmerei zu fördern.

* Fr. Engels, „Ursprung der Familie" usw. S. 160 ff.

saarabischen Sinne. Es wäre verlockend, diese Auffassung historisch zu erklären, doch das mag einmal in ruhigen Zeiten geschehen. Wer in der Geschichte der sozialen Bewegung zu Hause ist, wundert sich über die Reaktion im Lager der Bauunternehmer nicht allzusehr. Die Ueberwindung der Arbeitsherrenidee durch eine moderne soziale Auffassung ist nicht so leicht; sie ist ein sozial-geistiger Prozeß, in dem Worte nur eine untergeordnete, Tatsachen dagegen die Hauptrolle spielen. Wir hoffen, daß dieser von den Unternehmern freventlich heraufbeschworene Kampf eine Tatsache wird, die jenen sozial-geistigen Prozeß beschleunigt.

Ob wir nun hiermit den Wissensdurst der „Kölnischen Zeitung" und ihrer Nachbeter gestillt haben? Sie waren so begierig, etwas mehr über die Tarifidee zu hören, die wir bei unserer Resolution im Auge hatten. Wir geben zu, sie unterscheidet sich gewaltig von den Absichten, die der Arbeitgeberbund mit den Tarifverträgen verfolgt; aber sie steht im Einklang mit den Gesetzen der Logik und der Vernunft.

Von der Aussperrung.

Der Umfang der Aussperrung.

Im Augenblick, wo wir diese Zeilen schreiben, läßt sich noch nicht annähernd zuverlässig sagen, wie groß die Zahl der ausgesperrten Verbandsmitglieder ist. Die Berichterstattung der Zweigvereine ist leider nicht so präzise, wie wir es erwartet hatten und wie es die Wichtigkeit des Augenblicks auch zu erwarten zuließ. Es ist möglich, daß sich die Nachrichten noch so ansammeln, daß sich ihre Veröffentlichung doch noch lohnt, bisher sind sie zu unvollständig dazu; denn wir mögen den Kollegen nicht ein Resultat mitteilen, das wir in der nächsten Woche als durchaus falsch bezeichnen müßten. Also Geduld darum.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes hat die Zahl der hinausgeworfenen Bauarbeiter auf **200 000** angegeben. Wir können heute nicht nachweisen, daß diese Zahl falsch ist. Vielleicht ist diese Zahl etwas zu hoch, aber mit Gewißheit läßt es sich nicht behaupten. Der Arbeitgeberbund kann ja die Feststellungen viel leichter machen als wir; denn dort braucht nur jeder Unternehmer die Zahl der Ausgesperrten anzugeben, während unsere Feststellungen nur auf Grund der persönlichen Meldung der Ausgesperrten getroffen werden können. Lassen wir es also einstweilen bei den 200 000. Später werden wir klarer sehen können. Wir bitten aber die Zweigvereine ganz dringend darum, die Berichterstattung an den Zentralvorstand prompter zu besorgen.

Zusammenfassend können wir — allerdings unter aller Reserve — etwa folgendes sagen: In den Landesteilen Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Hannover, Thüringen, Hessen, Rheinland, Westfalen, Baden, Württemberg, Bayern, Sachsen und Schlesien scheinen sich die Unternehmer in fast allen Organisationsorten an der Aussperrung beteiligt zu haben. Für Pommern, Ost- und Westpreußen und Posen lassen die vorliegenden Nachrichten noch keinen sicheren Schluß zu; zurzeit scheint es, als ob dort der Aussperrungsbeschluß nicht von allen Orten befolgt worden sei. Die Großstädte haben, mit Ausnahme von Berlin, Bremen und Hamburg, alle ausgesperrt. In Bremen haben die Unternehmer den Aussperungsbeschluß in einer stürmischen Versammlung mit etwa 120 gegen 80 Stimmen wieder aufgehoben. Im übrigen bietet der Kampfplatz eine solche Fülle interessanter Einzelheiten, daß es unmöglich ist, sie alle zu vermerken. Soweit unser Raum reicht, nehmen wir nachstehend davon Notiz.

Aussperrung unter Vertragsbruch!

Damit im Ruhmeskranze des Unternehmerbundes keine einzige der herkömmlichen Blüten fehle, hat er sich auch in diesem Falle über alle Grenzen hinweggesetzt, die Recht und Sitte auch dem wirtschaftlichen Kampfe ziehen. Er hat Verträge gebrochen, um sein Ziel, eine vollständige Aussperrung, zu erreichen. In Magdeburg und Reinbek ist das geschehen; doch da mögen sich die Unternehmer ausreden, die Verträge hätten erst dann zu Recht bestanden, wenn sie vom Bundesvorstande genehmigt worden wären. Diese Ausrede können sie jedoch nicht auf Plauen i. V. anwenden, wo ein Vertrag bestand, der noch bis zum nächsten Jahre Gültigkeit besaß. Die Unternehmer haben trotz diesem Vertrage ausgesperrt! Und wer sie dazu verleitete, war der königlich sächsische Hofzimmermeister, Ritter p. p. Herr Ernst Noack zu Dresden, Vorstandsmitglied des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Diese Ehrenmänner!

Weitere Vertragsbrüche.

In Springe am Deister wurde im September 1907 ein Vertrag abgeschlossen, der noch bis zum 1. Juli 1910 Gültigkeit hat. Ungeachtet dessen sperrten die Unternehmer am 16. April aus.

In Quedlinburg am Harz besteht ein Vertrag, der noch bis zum 31. Mai 1911 gilt. Auch hier brachen die Unternehmer den Vertrag und sperrten die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter aus.

Wortbrüchig sind auch die Unternehmer in Marienwerder geworden. Diese Ehrenmänner stehen mit unserm Zweigverein im Vertragsverhältnis. Der Vertrag läuft — da er am 1. Januar nicht gekündigt worden ist — noch ein Jahr weiter. Jetzt hat diese Gesellschaft auch ausgesperrt.

Die Behörden und die Aussperrung.

Es gab vertrauensselige Gemüter, die erwarteten, daß sich die Behörden die durch die frivole Aussperrung verursachte Verzögerung ihrer Bauten nicht gefallen lassen würden. Soweit man bis jetzt sehen kann, ist dies Vertrauen in die Unparteilichkeit der Behörden gröblich getäuscht worden. Die Behörden, Staats- und Kommunalbehörden, rühren keinen Finger, um den Fortgang ihrer Bauten zu sichern. Sie, die sonst so stark sind, fühlen sich dem Arbeitgeberbunde gegenüber ohnmächtig. In München, wo unsere Genossen im Stadtparlament deswegen interpellierten, eilten Zentrumsleute und Liberale den Unternehmern zu Hilfe und vereitelten den Versuch, die Stadtverwaltung zur Regierarbeit zu veranlassen. In Cöln hat eine Versammlung der baugewerblichen Arbeiter die Erwartung ausgedrückt, daß die Behörden die unterbrochene Arbeit an ihren Bauten auf eigene Rechnung fortführen würden. Wir bezweifeln, daß diese Erwartung in Erfüllung geht. Bisher sind diese Organe noch immer die Hausknechte der Unternehmer gewesen.

Für wen kämpfen die Unternehmer?

Kuriose Frage! werden die Unternehmer sagen. „Für unsere Interessen! Wir wollen die Herren auf den Arbeitsplätzen bleiben!" Das ist die Phrase, womit man sie einseift. Wenn die meisten Unternehmer nicht so heillos kurzsichtig wären, müßten sie einsehen, müßten sie längst eingesehen haben, daß sie nur als Sturmbock benutzt werden. Wir haben bisher wenig Notiz von den großsprecherischen Versicherungen der Fellermeier, Fritz und Konsorten genommen, daß ihnen die Großindustriellen materielle Hilfe in diesem Vernichtungskampfe gegen das Recht der Arbeit versprochen hätten. Diese Versicherungen lassen sich allerdings nicht auf ihre Wahrheit nachprüfen. Aber man ist versucht, daran zu glauben, wenn man näheres über die Haltung der Fritz und Genossen hört. So weiß ein Zentrumsblatt, die „Märkische Volkszeitung", folgendes zu berichten:

„Es ist nach allem, was darüber zu erfahren ist, klar, daß die Schuld an dieser Zuspitzung der Gegensätze die Scharfmacher des Ruhrreviers tragen. Wie in Arbeitgeberkreisen erzählt wird, hat der Vertreter des Baugewerbes im Ruhrrevier, Fritz, auf der Dresdner Konferenz des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe Aeußerungen getan, die erkennen lassen, daß die Großindustrie der Eisen- und Montanindustrie diesen Kampf will. Herr Fritz hat sich dabei so unklug und herausfordernd ausgedrückt, daß das in den Kreisen der anwesenden Bauunternehmer sehr unliebsam vermerkt worden ist. Ein Teil der Unternehmer hat sich nach diesen Ausführungen gefragt, ob denn die Bauunternehmer dazu da seien, der Großindustrie und den Zechengewaltigen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Natürlich war in Dresden an einen Widerspruch nicht zu denken, der einzige Opponent aus Magdeburg fand bei den Scharfmachern eine Aufnahme, daß die andern, die weniger rücksichtslos gesonnen waren, gerne schwiegen. Die Großindustrie will die Bauarbeiter in den Kampf treiben, weil sie von dem anscheinend hohen Stundenlohn der Bauarbeiter, der aber in der Praxis wegen der Witterungsverhältnisse usw. doch nur einen bescheidenen Jahreslohn ergibt, eine ungünstige Einwirkung auf die Löhne der Eisen- und Bergarbeiter befürchtet. Aus diesem Grunde liegt es ihr daran, die Bauunternehmer durch einige von der Großindustrie abhängige Treiber, die sich schlau im Hintergrund halten, in den Kampf zu treiben."

Auch wir glauben, daß die Dinge so liegen. Uns ist dieser Tage versichert worden, daß man einigen Stimmungsmachern persönliche Zuwendungen angeboten hätte, um sie zu weiterer Scharfmacherei zu verpflichten. Die Rücksicht auf unsere Gewährsmänner zwingt uns leider, nicht deutlicher zu werden. Für uns ist es ausgemacht, daß die Bauunternehmer teilweise von gekauften Subjekten verleitet worden sind.

Verhandlungen.

Die von der bayerischen Regierung unternommenen Einigungsversuche sind noch im Vorstadium an der Haltung der Fellermeier und Konsorten gescheitert. Ebenso sind die Einigungsversuche gescheitert, die die württembergische Regierung unternommen hatte. In Nürnberg hatte der Oberbürgermeister noch einmal einen Versuch gemacht, doch ist auch dieser an dem Widerstande der Unternehmer gescheitert.

In Berlin ist verhandelt worden, doch ist eine Einigung noch nicht zustande gekommen. In dieser Woche sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden. Bis zum Abschlusse dieser Verhandlungen soll weitergearbeitet werden.

In Gumbinnen haben die Verhandlungen dazu geführt, daß der alte Vertrag mit 2 ₰ Lohnerhöhung auf ein Jahr verlängert worden ist.

Am 12. April wurde der für Moorburg bestehende Vertrag mit einer Erhöhung des Lohnes von 65 auf 70 ₰ auf unbestimmte Zeit verlängert. Der Geltungsbereich des Vertrages erstreckt sich in Zukunft auf die Orte Moorburg, Altenwärder, Hausbruch und die Gemeinde Neugraben.

---

lange Hinüberrettung der Gentilverfassung bis in die Spätzeit hinein durch die Germanen das Gleichgewicht war, das selbst unter der härtesten mittelalterlichen Leibeigenschaft die Unfreien vor einer gänzlichen Versumpfung analog den antiken Sklaven bewahrte. Selbstredend trifft auch beim gotischen Stil das zu, was schon früher in bezug auf Provinzialismen und Uebergangszeiten ausgeführt wurde. Betont muß werden, daß ein zur Innerlichkeit neigendes Wesen und ein schwärmerischer Geist es waren, die sich in der Baukunst sinnig betätigten, eine wirkliche Vertiefung des religiösen Ideals spielte dabei gar nicht mit, im Gegenteil. Aber das Erstarken der Städte dokumentiert sich. Das Rittertum hatte damals weder edle Ideale, noch waren seine fromme Gottesmiene und sein Glaubenseifer echt.* Zu unterschätzen ist auch nicht, daß der schon kolossal angewachsene Reichtum der Kirchen und Klöster die üppige Prachtentfaltung ermöglichte.

Die gotische Herrschaft dauerte bis zum Beginn des sechzehnten Jahrhunderts. Die ökonomischen Triebkräfte hatten sich mächtig entwickelt, und die sozialen Verhältnisse waren soweit gediehen, daß sie — nicht mehr weiter konnten. Unrespektvoll laut pochten die ökonomischen Pulsschläge und drängten gebieterisch vorwärts, einen Ausweg verlangend. Dasselbe Verhältnis sehen wir bei der Architektur. Sowohl das mathematische Ideal, als auch das des Farbenreichtums waren vollkommen erreicht; eine verfeinertere Differenzierung innerhalb der Kunstgesetze konnte es nicht mehr geben. Sollte man wie bisher weiterbauen, oder mußte man auf die Suche nach einem neuen Ideal gehen? Die Antwort lag in den gesellschaftlichen Zuständen und war bereits gegeben. In unsern landläufigen Werken über Stil und Kunstgeschichte findet man für das Ende der Gotik keine andere Erklärung, als daß der Stil zu phantastisch war, um eine längere Dauer zu besitzen. Das nenne ich doch an der Schale kleben bleiben; klarer konnten die Tatsachen selten zutage treten als hier. Analog den sozialen Zuständen konnte es hier kein Ausbessern, kein Restaurieren mehr geben: Platzen, Revolution, das war es, was übrigblieb.

Wir brauchen die großen Veränderungen auf wirtschaftlichem und ökonomischem Gebiet der damaligen Zeit nur zu registrieren, sie sind jedem geläufig. Daß die vollständig neuen Verhältnisse auch auf das Denken und künstlerische Schaffen rückwirken mußten, ist selbstverständlich. „Die deutsche Industrie hatte im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert einen bedeutenden Aufschwung genommen. An die Stelle der feudalen, ländlichen Lokalindustrie war der zünftige Gewerbebetrieb der Städte getreten, der für weitere Kreise und entlegenere Märkte produzierte. . . . . Neben der Weberei hatte sich besonders jene an die Kunst anlehnende Industrie gehoben."* Die großen geistigen Bewegungen der Zeit setzten ein, auf wirtschaftlichem Gebiet in Deutschland der Bauernkrieg, auf geistigem die Reformation. Letztere offenbarte sich in Italien mehr auf ästhetischem Gebiet, in Deutschland, den Niederlanden und Frankreich mehr im Schrifttum. Aber in Italien waren auch die politischen und gesellschaftlichen Zustände von denen der andern Länder bereits seit Anfang des zweiten Jahrtausends unserer Zeitrechnung grundverschieden.* Als deutliches Kennzeichen des beginnenden Zeitalters tritt deutlich das Weltliche im Gegensatz zum Kirchlichen hervor. „Mit dem Einigen der Völker zu den Kreuzzügen hatte die Kirche ihre historische Mission erfüllt, bis zum zwölften Jahrhundert war das Papsttum Schutz der Völker, nach dem vierzehnten jedoch wurde es zur Fessel."** Die kirchliche Macht vermochte gegen die Verfolgung der wirtschaftlichen Interessen seitens des Handels nicht erfolgreich anzukämpfen. „Der von den Päpsten des vierzehnten Jahrhunderts ausgehende Versuch, die europäische Handelswelt vom Verkehr mit den Mohammedanern abzuhalten, scheiterte an dem Geschäftsinteresse."*** Gegen Ende des fünfzehnten Jahrhunderts förderten einige Päpste bereits selbst die neuen Ideen des Zeitgeistes, insbesondere Nikolaus V. und Pius II.† Die Zeit bereitete sich vor und zeigte ihre klassische Höhe in den Schöpfungen der ewig berühmten Maler der italienischen Renaissance. Hier wurde das Nackte in der Kunst durchaus nicht mehr gescheut, sondern in lebensfrischer Fülle wiedergegeben. Die Heiligen und selbst die Jungfrau Maria zeigten ihre körperlichen Reize unverhüllt. Die Architektur ging den gleichen Weg, ja, sie übernahm die Führung in dem Protest gegen die kirchliche Gotik. Zurück zur Klassik war hier die Losung. Die Renaissance bedeutet die Wiedergeburt

---

* Wir können hier keine Charakterisierung der Ethik des Rittertums geben. Wer sich darüber unterrichten will, verweisen wir u. a. auf Vogts Weltgeschichte, B. 3, S. 300 ff.

* Fr. Engels: Der deutsche Bauernkrieg, Seite 22 ff.

* Kolb a. a. O., Seite 277, 281.

** „Die wirklich freien Bauern hielten sich noch lange Zeit vom Christentum frei, weil sie seiner nicht bedurften." Ich zitiere hier nach mündlichen Vorträgen Franz Mehrings.

*** Henne am Rhyn: Die Kreuzzüge, Seite 207.

† Secken-Gruner: Beustile, Seite 175.

Fritz.

Neben dem Fellermeyer in München ist der Architekt Fritz in Essen einer der wüstesten Scharfmacher im Arbeitgeberbund. Es dürfte darum gut sein, die Rolle kennen zu lernen, die dieser Herr eigentlich im Baugewerbe spielt. Ein Wunder ist es gerade nicht, daß jo mancher von diesen Hetzern mit der Bauarbeit gar nichts zu tun hat. Auch Fritz ist kein selbständiger Baugewerbetreibender, sondern nur der Angestellte einer Berliner Firma. Ihm tut es also persönlich nichts, wenn das Baugewerbe in die Strudel eines Riesenkampfes hineingetrieben wird. Solche Leute haben dann gut hetzen: Sie sitzen weit vom Schuß. Aber zur Vervollständigung des Charakters dieses Herrn Fritz sei noch weiter mitgeteilt, was ein Essener Blatt über ihn schreibt. Danach hat Fritz vor drei Jahren den Bau eines Gewerkschaftshauses in Essen hintertrieben, und zwar auf eine Weise, die ihm den öffentlichen Vorwurf des Ehrenwortbruchs eintrug. Als man ihm den Vorwurf machte, kündigte er, der sich auf einem Türschilde der Qualifikation eines Reserveleutnants rühmt, eine Beleidigungsklage an. Bis heute hat man vergeblich auf diese Klage gewartet! Er hat sich also gegen diesen Vorwurf nicht gewehrt! Wenn man seine Haltung, die wir im Leitartikel der heutigen Nummer gekennzeichnet haben, damit vergleicht, wird man sich nicht darüber wundern. Unbegreiflich ist es nur, daß solche Leute bei den Unternehmern eine führende Rolle spielen können.

Die Herren im Hause!

Auf der Generalversammlung der rheinisch-westfälischen Unternehmer in Düsseldorf sagte der Versammlungsleiter Maiweg-Langendreer im Schlußwort: „Wir wollen den Baumeister wieder zum Herrn auf seiner Baustelle machen und ihm zu dem Rechte verhelfen, das ihm von Gottes und Rechts wegen zusteht.“

Natürlich folgte diesem heroischen Bekenntnis zur Rechtsauffassung des Mittelalters heulender Beifall. Die Herren im Hause! Ach, diese Tröpfe! Sie begeistern, sich an einer Phrase, deren Unwahrheit sie alle Tage fühlen und die jetzt besonders offenbar wird. Die Unternehmer die Herren im Hause? Die Magdeburgischen Unternehmer haben es erfahren, wer der eigentliche Herr ihrer Betriebe ist, sie jedenfalls nicht. In Magdeburg hatten Anfang voriger Woche Verhandlungen stattgefunden, die zur Vereinbarung eines Vertrages geführt hatten. Die Unternehmer hatten das alte Vertragsmuster wieder akzeptiert und 5 ₰ Lohnerhöhung bewilligt. Dieser Vertrag wurde durch die Mitgliederversammlungen der Arbeiter und Unternehmer angenommen. Man glaubte, in Magdeburg sei damit der Frieden gesichert. Er wäre es auch gewesen, wenn die Unternehmer „Herren im Hause“ wären. Aber das sind sie eben nicht. Der Bundesvorstand untersagte den Magdeburgern den Abschluß des Vertrages und diese fügten sich — sie schlossen sich der Aussperrung an. Natürlich konnten sie das nur, indem sie den eben abgeschlossenen Vertrag in Fetzen rissen. In Reinbeck in Holstein ist es ebenso geschehen. Auch hier war der Vertrag abgeschlossen. Als indes der Bundesvorstand pfiff, traten die Unternehmer vom Vertrage zurück.

Das sind die Herren im Hause!

Wie die Unternehmer „einig“ gemacht werden.

Schon im vorigen Herbst setzten die Scharfmacher im Unternehmerbund alles daran, die außerhalb ihrer Reihen stehenden Unternehmer durch alle möglichen terroristischen Mittel in ihre Organisationen zu pressen. Allen andern voran gingen die Scharfmacher in den Unterweserorten, die den Mitgliedern ihrer Organisation bei Strafe verboten, mit Nichtmitgliedern zusammenzuarbeiten oder an sie Material usw. zu liefern. Da ist es kein Wunder, daß die Gewaltmenschen im Unternehmerlager ihre durch schlimmsten Terrorismus erreichte „Einigkeit“ jetzt durch die gleichen Mittel zu erhalten suchen. Und wieder ist es der famose Vorsitzende Kiftner in Bremerhaven, der zeigt, wie dies gemacht werden kann. In einem von ihm versandten Schreiben „an die Herren Mitglieder der Gruppen Maurer-, Zimmerer-, Tischler-, Stukkateur- und Bildhauermeister“ in den Unterweserorten heißt es:

„Die Herren Mitglieder der obigen Gruppen werden hiermit zu einer am Dienstag, 12. April, abends 8 Uhr, stattfindenden Versammlung in Herrmanns Hotel, Bremerhaven, Am Markt 19, ergebenst eingeladen. . . . Nichterscheinende in den Unterweserorten wohnhafte Mitglieder zahlen ℳ 10 Strafe. Nur schriftlich und glaubhaft nachgewiesene Krankheiten gelten als Entschuldigung.

Bis Dienstag, 12. April, vormittags, hat jedes Mitglied der Gruppe Maurer- und Zimmermeister eine alphabetisch aufgestellte Namensliste der am 9. April bei ihm in Arbeit stehenden Poliere, Gesellen und Arbeiter einzureichen, und zwar getrennt, ob organisiert und dieserhalb am 16. April zu entlassen, oder unorganisiert und weiterarbeitend. Für die Richtigkeit dieser Namensliste, speziell was die Zugehörigkeit zum Zentralverbande angeht, hat jeder Arbeitgeber zu garantieren und sich durch Umfrage darüber zu vergewissern, weil demjenigen (!! Red. d. „Grundst.“) Mitgliede eine Strafe von ℳ 5 pro Tag und Mann trifft, welches nach dem 16. April noch Organisierte in Arbeit hat.

Bremerhaven, 9. April 1910.

Der Vorstand d. A. f. d. B.
Carl Kiftner, Vorsitzender.

Man sieht, daß der Baumaterialienhändler Karl Kiftner nicht nur die widerspenstigen Unternehmer malträtiert, sondern auch die deutsche Sprache. Mit der „Einigkeit“ scheint es aber auch in den Unterweserorten recht eigenartig bestellt zu sein. Nach einer Meldung der „Norddeutschen Volksstimme“ mußte in der Versammlung der Unternehmer die gefährliche Opposition durch die Androhung einer Amtsniederlegung des Vorstandes abgeschwächt werden.

Mit genau denselben Mitteln suchen die rheinisch-westfälischen Unternehmerterroristen die „Einigkeit“ in ihren Reihen herzustellen. In einem von Essen aus an die Mitglieder versandten Rundschreiben heißt es: „Der Verein wird mit allen Machtmitteln gegen solche Mitglieder vorgehen, die glauben, die gemeinsamen Beschlüsse mißachten zu können.“ Was würde wohl der Staatsanwalt sagen, wenn sich die Vorstände der Gewerkschaften derartige Erpressungen und Nötigungen erlaubten?

Ein anderes Mittel, um zwar nicht die Einigkeit, aber doch „einmütig“ oder „einstimmig“ gefaßte Beschlüsse zustande zu bringen, wandte Diktator Fellermeier in München an. Der „Münchener Post“ wird darüber von einem Unternehmer geschrieben: . . . . . „Wie dieses einstimmige Votum zustande kommen konnte? Sehr einfach: Fellermeier forderte jene Herren auf, die nicht aussperren wollen, sich von den Sitzen zu erheben. Da sich selbstverständlich niemand erhob, konstatierte Fellermeier mit erhobener Stimme, daß die Aussperrung einstimmig beschlossen wurde. Die Furcht vor der Aushungerung hat dieses Resultat zutage gefördert.“ Auf diese Weise dürften übrigens in einer ganzen Reihe von Orten „einstimmige“ Beschlüsse der Unternehmer zustande gekommen sein. Eine Versammlung der Bauunternehmer in Straßburg verlief sehr turbulent. Die kleinen Unternehmer bezeichneten die Aussperrung als einen Gewaltakt, trotzdem beschlossen die großen Unternehmer und ihr gefügiger Anhang die Durchführung der Aussperrung.

Was ihnen gebührt.

Der in Geestemünde erscheinende Gassenjunge unter den Unternehmerblättern enthält in seiner ersten Sonderausgabe eine Notiz: „Das streitreichste Land“, in der folgende Stelle vorkommt:

„Für jeden frivol vom Zaune gebrochenen Streik gehört den berufsmäßigen Hetzern der Sozialdemokratie eine gehörige Tracht ungebrannte Asche. Vielleicht kämen die Maulhelden dann zur Vernunft. Wenn man diese Zahlen liest und vergegenwärtigt sich die Unzahl der betroffenen Arbeiter, das Elend, den Hunger, die Not, dann muß einen das Grauen packen vor so viel Frivolität, die mit Menschenleben spielt.“

Der Rüpel, der das geschrieben hat, wäre wohl der erste, der für seine Aussperrungshetzereien eine gehörige Tracht Prügel verdiente, wenn nach seinem eigenen Rezept verfahren werden sollte. Er kann nachgerade froh sein, daß die Arbeiter mit andern Waffen, als den von ihm empfohlenen, ihre Kämpfe führen; denn noch nie ist ein bedeutender Kampf so frivol vom Zaune gebrochen worden, wie der eben begonnene von den Scharfmachern des Baugewerbes.

Busch.

Das württembergische Fähnlein der Scharfmacher wird bekanntlich von Herrn Busch geführt. Herr Busch ist dadurch bekannter geworden, daß er bei den Verhandlungen unter dem Vorsitze des Regierungsvertreters mit bedeutungsvoller Geberde meinte, man solle die Verhandlungen nur ruhig abbrechen, in einigen Wochen verhandele man wieder, und dann ginge es besser (weil dann die Arbeiter am Boden lägen). Also von diesem Herrn Busch schreiben die Zeitungen, daß er selbst nicht ausgesperrt hätte. Das wäre nun aber doch das Tollste bei dieser ganzen Bataille! Bei den Verhandlungen den rasenden Roland markieren und sich dann selbst um die Aussperrung herumdrücken! Wir sind zurzeit nicht in der Lage, diese Nachricht, die uns kaum glaublich erscheint, zu bestätigen.

Junggesellen heraus!

Der Vorsitzende des Rolandschachts, Kollege Albert König in Weimar, ersucht uns um Aufnahme folgender Mitteilung:

Alle Kollegen, die dem Rolandschacht angehören, werden dringend gebeten, sich während der allgemeinen Aussperrung in Deutschland schleunigst dem Auslande zuzuwenden, damit sie den Gewerkschaftskassen nicht zur Last fallen und eventuell ihre Arbeitsplätze verheirateten Kollegen überlassen. Abreisende können Auskunft über Arbeitsgelegenheit und Adressen der schon im Auslande arbeitenden Rolandsbrüder bei mir persönlich bekommen. Ich will noch ganz besonders hervorheben, daß es die Pflicht jedes Rolandsbruders ist, sich auch im Auslande mit jedem organisierten Kollegen, besonders aber auch mit den übrigen Fremden, brüderlich zu vertragen.

Mit brüderlichem Gruß!

Albert König, Weimar.

Diese beherzigenswerte Mahnung gilt selbverständlich für das ganze junge Volk. Es heißt in dem schönen Handwerksliede:

Den schönsten Frühling sehn wir wieder
In ganz Europa weit und breit.
Frisch auf, Gesell'n, singt frohe Lieder!
Jetzt ist des Wanderns schönste Zeit!

Darum hinaus in die blühende Welt! Nie waren der Gründe, den Staub der Heimat von den Füßen zu schütteln, so viele und gute wie jetzt. Darum hinaus, wandert, wandert

---

und obwohl die heidnischen Formen und Motive mit denen des Katholizismus durchaus nicht vereinbar waren, ja einen geradezu unüberbrückbaren Gegensatz bildeten, so wurden sie doch in die kirchliche Kunst hinübergenommen, und obwohl man sich auch noch so sehr dagegen wehrte, besonders in Deutschland — denn die Deutschen brauchen, nach Jean Paul, immer zwei Jahrhunderte, um einen Irrtum los zu werden, eins, um ihn zu erkennen, und eins, um ihn abzuschaffen —, wo man sich von der liebgewordenen Gotik durchaus nicht trennen wollte, half doch alles Sträuben nichts: Andere ökonomische Grundlagen und soziale Gliederung = andere Weltanschauung = anderer architektonischer Ausdruck. Allerdings muß bemerkt werden, daß sich inzwischen der Profanbau mächtig entwickelt hatte und daß die hervorragendsten Schöpfungen der Renaissance gerade auf diesem Gebiet errichtet wurden.* Die neue Baukunst verwandte in der Ornamentik vielfach nackte Menschenleiber, Tiere, Satyren, Masken usw. als Motive, was im gotischen Zeitalter unerhört gewesen wäre; alles atmete also den weltlichen Geist.

Aber auch die Verbreitungswellen der Renaissance bestätigen die materialistische Auffassung, ja, werden direkt zum Schwurzeugen für diese. Der Humanismus kam aus den Niederlanden und Italien nach Deutschland, aus letzterm auch die Baukunst der Renaissance. Aber wie die wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Ländern waren, dafür möge uns das Zeugnis Friedrich Engels dienen. Der deutsche Ackerbau stand weit hinter dem niederländischen, die Industrie weit hinter der italienischen zurück, und im Seehandel fingen besonders die Holländer schon an, die Deutschen aus dem Felde zu schlagen.* Also man sieht: Wirtschaft und Kunst sind hier eng verbunden, und doch legen unsere bürgerlichen Geschichtsforscher immer das Hauptgewicht auf das Betonen des nationalen oder religiösen Wesens, welche beiden Eigenschaften regelmäßig das Karnickel gewesen sein sollen, das die Aufnahme der neuen Weltanschauung gehindert hätte. Zum andern aber ergibt sich, daß der bekannte Ausspruch Jean Pauls hier keine Berechtigung hat; denn es war nicht die Dummheit der Deutschen, sondern ihre wirtschaftliche Stellung, die sie in der Aufnahme der Renaissance so ziemlich die letzten sein ließ.

Wir glauben hiermit unserer Aufgabe gerecht geworden zu sein und die Parallele zwischen Wirtschaft und architektonischer Formen- und Ausdruckskunst schließen zu dürfen. Die Ausläufer der Renaissance, Barock und Rokoko, sind minder wichtig, jedoch charakterisieren sie auch ihre Zeit. Daß sich analog dem ökonomischen Werden auch in der Architektur jeweilig erst immer ein Mischstil bemerkbar macht, der erst später die „gefrorene Musik“, von der der Dichter spricht, werden läßt, bedarf keiner besonderen Betonung. Die Namen der Künstler interessieren uns nicht, sie sind für uns nicht Schöpfer origineller Ideen, sondern Kinder ihrer Zeit, die in die historische Mission dadurch hineingezogen wurden, daß sie Bausteine zum Ganzen mit herantragen durften. Das Wort aus Goethes „Faust“: „Du glaubst zu schieben und Du wirst geschoben“, dürfte hier angebracht sein. Gerade in der Architektur macht sich die persönliche Individualität des Künstlers am wenigsten geltend. Auch die Religionen sind für uns nur „religiöse Feldzeichen weltlicher Kämpfe“, wie Mehring in seiner Abhandlung über Gustav Adolf sagt.

Werfen wir noch einen kurzen Blick auf unsere Zeit. Unser kapitalistisches Zeitalter hat bisher keinen eigenen Stil; wir zehren von den Schöpfungen aller möglichen früheren Stile. Wir bauen bald nach romanischem, bald nach gotischem und auch wieder nach dem Muster der Renaissance. Manche meinen in den Bauten eines Messel etwas Neues entdecken zu sehen, doch wird sich das sicher als Irrung erweisen. Charakteristisch für unsere Zeit ist es jedoch, daß sich dieser neue Stil, der vielmehr gar kein fester eigener Stil ist, in der Anlage und Architektur der Warenhäuser entwickelt; vielleicht werden einmal spätere Generationen aus der fast ausschließlichen Anwendung von Sandstein, Eisen und Glas, wodurch selbst der kleinste Raum ausgenutzt werden kann, auf die kapitalistische Habgier unseres Zeitalters schließen. Auch in bezug auf die Berliner Siegesallee dürfte man so urteilen, wie wir heute über die Zirkusschöpfungen der römischen Zäsaren denken, nämlich, daß diese wie jene eine halb machtlose, halb hündische Bevölkerung voraussetzten.

Gewiß, auch frühere Epochen zeigten in den Uebergangsperioden das Drängen und Suchen nach Neuem; aber die Zeitspanne war regelmäßig bei den kultivierten Völkern nur kurz. Als das Alte noch in vollem Gange war, sproßte auch regelmäßig das Neue schon hervor. Und jetzt? Nach den Resultaten marxistischer Forschung bildet der Kapitalismus den Schlußstein der bisherigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung; nach ihm kommt nach historischem Gesetz der Sozialismus, und so wird sich wohl auch erst in der sozialistischen Gesellschaftsordnung wieder ein fester, ausgesprochener Ausdruck in der architektonischen Kunst offenbaren, wo die Kunst Allgemeingut geworden sein wird, an der sich Herz und Gemüt erfreuen werden.

---

* Leixner a. a. O., Seite 160.

* Engels: Deutscher Bauernkrieg, Seite 29.

für euch und für uns! Die Kollegen der andern Länder werden euch freundlich aufnehmen, denn sie wissen, warum ihr kommt. Sie werden es Euch ansehen, daß Ihr deutsche Maurer seid, und werden darum wissen, warum Ihr Gastfreundschaft heischt. Und sie werden sie Euch gern gewähren. Darum wandert; wir wünschen Euch Glück auf den Weg!

Die Aussperrung im Urteil der Presse.

In den großen Tageszeitungen wird die Aussperrung nach wie vor viel kommentiert. Man kann konstatieren, daß das Vorgehen der Unternehmer nur in der ausgesprochenen Scharfmacher- und Junkerpresse gebilligt und verteidigt wird. Zum Teil findet der Unwille über die Unternehmer kräftigen Ausdruck. Wir finden in manchen Zeitungen — in Arbeiter- und bürgerlichen Zeitungen — drastische Worte, die am besten zeigen, wie sehr die gesamte Oeffentlichkeit Anteil an diesem Kampf nimmt. Zentrumsblätter brachten Notizen über die hanebüchene Scharfmacherei Fellermeiers, den sie den „bayerischen Aussperrungslöwen" nennen. Der „Braunschweiger Volksfreund" widmet seinen wuchtigen Artikel, womit er die Aussperrung empfängt, den Bausperrlingen! Die „Frankfurter Zeitung", das große Blatt der bürgerlichen Demokratie, wird nicht müde, die soziale Reaktion der Scharfmacher zu geißeln. In einem Artikel über die Aussperrung schreibt sie:

„Wir haben bereits in zwei Artikeln dargelegt, daß diese Aussperrung von einer Art ist, daß kein billig denkender Mensch sie gutheißen kann. Die Führer der Arbeitgeber haben von Anfang an die ganze Sache so angelegt, daß es zu einer Einigung mit den Arbeitern gar nicht kommen sollte und konnte. Man wollte die Aussperrung, den Kampf; darüber kann kein Zweifel bestehen, nicht nur infolge des Verlaufs der Sache, sondern auch nach ebenso unvorsichtigen wie unzweideutigen Aussprüchen von Arbeitgebern. Hier sind es also die Arbeitgeber, die den Streit vom Zaun gebrochen haben, und so muß denn auch für sie dieselbe Beurteilung gelten wie für die Arbeiter im gleichen Falle. . . .

Während also die Arbeiter zu Verhandlungen und zum Frieden bereit sind, besteht der Arbeitgeberbund darauf, die Arbeiter niederzuschlagen, um später in seiner Ruhe nicht gestört zu werden. Diese Uebertragung von kriegerischen Gepflogenheiten barbarischer oder halbzivilisierter Völker auf die wirtschaftlichen Interessenkonflikte eines und desselben Volkes wird eben dieses Volk niemals gutheißen können, ohne sich aufzugeben, und es erwartet daher, daß sich die Bauunternehmer Deutschlands nochmals die Frage vorlegen, ob und wie lange sie der Parole folgen dürfen, die ihnen der Arbeitgeberbund gegeben hat."

Ein Karlsruher Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung" behandelt die Aussperrung im Feuilleton unter dem Titel: „Feiertage, ein Abend im Maurersekretariat".

„In den ersten Tagen des März, als eben ein zager grüner Schimmer über die Erde huschte: da ward hier draußen, in unserer Vorstadt mit ihren locker gestellten Häuserreihen ein geschäftig-handwerkliches Leben entfacht. Rechtecke und Quadrate, Polygone aller Art wurden ausgesteckt, und kurz danach leuchtete der goldbraune Ablagerungssand der Rheinebene aus säuberlich gestochenen Baugruben. Schwere Fuhren mit ächzendem Räderwerk brachten Bruchsteine, Backsteine, Blender und Ziegel, die sich zu stattlichen Hügeln aufürmten. Dann starrten die Gerüststangen kahl und schwankten im Frühlingswind. Und mählich stiegen die Mauern aus der Erde auf: langsam, wenn man jeden Tag nach ihrem Wachstum schaute, schnell, wenn ihr Ins-Blaue-Streben einem auf eine Woche aus den Augen gekommen . . . Es gab viel, viel zu sehen ringsum auf den Bauplätzen.

Und heute: ein eifriges Hämmern auf Holz, ich erkenne es am hellen, tönenden Klang. Richten die schon auf da drüben? denke ich und trete ans Fenster. Da bietet sich ein merkwürdiges Bild. Die Baustätte unserem Hause zunächst wird regelrecht eingegittert, die daneben auch und desgleichen die dritte . . . Die Aussperrung.

Nach einer Stunde verstummt das Klopfen. Ich schaue wieder hinüber. In kleinen Gruppen, stehen die Maurer beisammen. Meist redet einer; die um ihn her lauschen. Dann lösen sich die schwarzen Knäuel, und die Männer trotten zuzweit oder selbdritt nach Hause. Der eine oder andere bleibt stehen und sieht zurück nach den öden, halbhohen Bauten, die wie zerwetterte Ruinen ins Abendlicht einschneiden . . . Schwarzblaue, geballte Wolken wälzen sich am Horizont auf. Dieser Abend ist fürchterlich in seiner Stille, und in der müden Luft zittert die Frage, wie wird es werden? — — —

Ein geschäftlicher Gang hat mich nach Feierabend auf das Bureau des Maurerverbandes geführt. Eine winkelige, indes saubere Kanzlei. An den Wänden bis zur Decke aufsteigende Bücherschäfte, die eine treffliche Gewerkschaftsbibliothek behausen. Das klappernde Hasten einer Schreibmaschine zittert in der Fensternische.

Der Sekretär — vor ein paar Jahren führte seine Hand anstatt der Feder noch Kelle und Spitzhammer — begrüßt mich. Maurer gehen und kommen, klagen und lachen, wenn sie noch jung sind. Ich stelle mich beiseite um zu warten, bis der Zudrang nachläßt.

Verhaltenes Fluchen und erregtes Sprechen. Und immer wieder dieselbe Frage: „Wie wird's werden!" Oder das hoffnungsarme Sich-Abfinden mit der Tatsache: „Na, jetzt ist's also so weit". Den Junggesellen aber lodert es unter den Brauen, glutig und voll Zuversicht in diesen Kampf. Auch freudiger Stolz ist in diesen Augen: der erste echte Streit. Nicht mehr nur die Schilderungen der Alten. Jetzt gilt es, selber zu erleben.

Der Sekretär erteilt Auskunft, gibt die Kontrollkarten aus. „Lohnbewegung 1910" steht am Kopf einer jeden Karte. Die Schreibmaschine schreit schrill auf, und die Stempelkissen sind ohne Ruhe . . . Aber der dunkle Strom, der sich durch die niedere Tür hereinwängt, verebbt nicht. Unaufhaltsam quillt er hervor, noch frischen Mörtelduft mit sich tragend. An dem schaukelnden Holzgitter, hinter dem der Sekretär steht, fließt der Strom langsam vorüber und verliert sich durch eine zweite Tür in die nächtliche Gasse.

Und dies ist das Wunderbare, das unsagbar Packende: sie gehorchen alle. Nein: gehorchen ist es nicht. Sie fühlen alle dasselbe, dem sie sich fügen, unterordnen, dem sie dienen. Was will es heißen, daß dann und wann ein schwüler Fluch aufbraust, wenn man sich darauf besinnt; diese Hunderte, die sich da vorüber drängen, sind von dieser Stunde an ohne Arbeit, ohne Lohn. Und, mußte ich bei mir denken, was könnten da die bürgerlichen Parteien lernen. Ich weiß, es handelt sich dort um andre Dinge. Allein, in diesem Kampfe, der sich in diesen Tagen vor unseren Augen vollzieht, steht so ein gewaltiger Wille zum Leben, solch eine unvergleichliche Größe gemeinsamen Wollens, daß wir alle lernend uns vor ihm beugen sollten . . .

Es war ein junger Mann neben mich getreten. In dem flackernden Licht, das schräg in die Fensternische hereinfiel, las er halblaut sein Gewerkschaftsblatt. Die letzten Verhandlungen in Berlin. Das Alkoholverbot. Der Verzicht der Verbandsbeamten auf den hälftigen und im weiteren Verlauf auf den Vierteil Gehalt im Monat. Und endlich eine Zusammenfassung. „Viele Tausend Kollegen werden feiern müssen." Der Leser hatte den Satz lauter als die übrigen gelesen. Und er hielt einen Augenblick ein. „Feiern", sagte er leise vor sich hin: „feiern?" . . . Feiertage?" Dann steckte er die Zeitung zu sich und trieb mit dem Strom in die Nacht hinaus.

Vor einer Stunde bin auch ich gegangen. Unverrichteter Dinge; denn der Ansturm ließ nicht nach. Aber ich vergesse den Abend in dem Maurersekretariat nie: das weiß ich. Auch den jungen Mann nicht, der im Gewerkschaftsblatt gelesen. Wie vielen wird es fragend über die Lippen kommen: Feiertage?

Und doch sind diese Tage den vielen tausend Maurern rechte Feiertage, da sie Kampftage sind. Mag die Feiertage ein Sieg krönen!"

Der Kampf und die Lokalpresse.

Aus mehreren Orten erhalten wir die Nachricht, daß die Unternehmer durch die Lokalpresse Stimmung gegen die aufs Pflaster geworfenen Arbeiter machen, indem sie diese auf die gemeinste Weise verdächtigen und die Situation in jeder Weise unwahr darstellen. Um den Unternehmern ihr Lügenhandwerk zu legen und der Lokalpresse Gelegenheit zu geben, sich über den wahren Stand der Dinge zu informieren, fordern wir unsere leitenden Kollegen in allen kleinen Orten auf, den örtlichen Zeitungen von jeder Nummer des „Grundstein" zwei Exemplare zuzustellen.

Begnadigt!

In Wilhelmshafen-Rüstringen waren die Unternehmer, wie man so sagt, „schwer im Druck". Dort sind für die Offiziere und ähnliche Geister des dorthin verlegten Geschwaders viele Wohnungen zu bauen. Der Termin der Fertigstellung steht nahe bevor. Nun sollten die Unternehmer aussperren. Das brachte sie in einen schweren Gewissenskonflikt. Was war nun zu tun? In ihrer Herzensangst hielten sie eine Versammlung ab, zu der sie die p. t. Behörden einluden, und dort beschlossen sie nach vielem Händeringen, beim Bundesvorstande um die Erlaubnis zu bitten, weiter arbeiten lassen zu dürfen. Der Bundesvorstand kam nun seinerseits ebenfalls in die Klemme. Sollte er die erbetene Gnadenfrist abschlagen? Das dürfen wir nicht! jammerten sie dort oben. Was würde Seine Majestät dazu sagen? Seiner Flotte so etwas anzutun! Na, kurz und gut, die Bundesleute erwiesen sich als Seiner Majestät allergetreueste Scharfmacher, sie beschlossen, in ihrem Wetter gnädig am Wilhelmshaven vorüberzugehen und bebewilligten in patriotischer Verzweiflung die erbetene Gnadenfrist; aber nur für drei Monate! Nun sind die „Herren im Hause" in Wilhelmshaven frohgemut, die Last ist von ihrer Seele genommen, S. M. Flotte bekommt, was sie braucht — wenn nun auch die Arbeiter gnädig genug sind.

Die Stimmung unter unsern Kollegen.

In einer Unternehmerversammlung in München erzählte Held Fellermeier seiner gläubig aufhorchenden Gemeinde, die Arbeiter seien mißmutig über den Beschluß der Verbandstage, wonach in den ersten vierzehn Tagen keine Streikunterstützung gezahlt wird. Man dürfe deshalb erwarten, daß zwischen den Arbeitern und ihren Führern sehr bald Differenzen entstehen werden, die den Unternehmern zu statten kämen. Könne man die Arbeiter in diesem Jahre nicht niederzwingen, dann werde dies nie mehr möglich sein, da ja die Arbeiterorganisationen immer stärker würden.

Wir begreifen es vollkommen, daß Fellermeier den Wunsch hat, innerhalb der Arbeiterorganisationen möchten Differenzen ausbrechen, um so mehr, da ja im Unternehmerlager keine Einigkeit herrscht, so sehr sich die Macher auch Mühe geben, das Gegenteil nachzuweisen. Da dies natürlich nicht möglich ist, wird lustig darauflos gelogen, am meisten von dem widerwärtigen Geestemünder Unternehmerblatt, das wohl aus Angst, die Unternehmer könnten durch die Presse über den wahren Stand der Dinge aufgeklärt werden, diese mit rührender Unverfrorenheit auffordert, nichts zu glauben, was nicht von der Leitung der eigenen Organisation ausgehe. „Nur was ihm von hier aus mitgeteilt wird, ist richtig, alles andere aber falsch", wagt das Blatt frech zu behaupten, das fast in jeder Nummer die Wahrheit vergewaltigt. Die Unternehmer sind völlig einig, sagt es, obwohl das Protokoll von ihrer Dresdener Generalversammlung das Gegenteil beweist und obwohl Nachrichten aus fast allen Teilen des Reiches besagen, daß sich viele Unternehmer dem Diktum der Scharfmacher nur ungern fügen und daß sie durch alle möglichen terroristischen Mittel dazu gezwungen werden müssen. Bei den Arbeitern dagegen herrscht erfreulicherweise volle Einmütigkeit darüber, daß alles getan werden muß, um die frechen Angriffe der Scharfmacher abzuwehren. Fellermeier kann deshalb lange warten, ehe bei uns die Differenzen entstehen, mit deren Hilfe er die Arbeiter niederringen möchte.

Eine gut besuchte Versammlung der vier am Kampfe beteiligten Organisationen in Görlitz verurteilte durch Annahme einer entsprechenden Resolution aufs schärfste das Verhalten der Unternehmer, die sich erfrechen, die baugewerblichen Arbeiter zu Heloten herabzuwürdigen. Mit den Beschlüssen der Verbandstage erklärten sich die Versammelten vollauf einverstanden. — In Bünde, wo bis jetzt noch keine Aussperrung erfolgt ist, erklärte sich eine gut besuchte Mitgliederversammlung gleichfalls einstimmig mit den Verbandstagsbeschlüssen einverstanden. — Eine von 150 Kollegen besuchte Versammlung in Stolp faßte einstimmig denselben Beschluß. — In Hagen i. W. hielten die Maurer und Bauhilfsarbeiter eine sehr gut besuchte gemeinsame Versammlung ab. Einstimmig wurde den getroffenen Kampfmaßnahmen zugestimmt, den leitenden Kollegen das Vertrauen ausgesprochen und gleichzeitig betont, daß man gewillt sei, den Kampf unter den größten persönlichen Opfern unter allen Umständen siegreich zu Ende zu führen.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung in Eberswalde hieß die getroffenen Kampfmaßnahmen einstimmig gut und beschloß gleichzeitig, erforderlichenfalls noch weit über die geforderten Extrabeiträge hinauszugehen, um den kämpfenden Kollegen den Sieg zu erleichtern. — In Rastenburg stimmte man in stark besuchter Versammlung den Beschlüssen des Verbandstages gleichfalls einstimmig zu und sprach aus, lieber wolle man hungern, ehe man sich unter das Joch der Unternehmer beuge.

So sehen wir denn überall, im Süden und Norden, im Osten und Westen, bei unsern Kollegen die größte Einmütigkeit und Opferwilligkeit. Ein Unternehmer, der es heute noch für möglich hält, eine solche opferwillige und disziplinierte Arbeiterschaft niederzuringen, muß jedes Augenmaß für die wirklichen Verhältnisse verloren haben, er muß, mit einem Wort gesagt, geradezu wahnsinnig sein.

In der vergangenen Woche haben sich unsere Kollegen in einer Reihe weiterer Orte mit den Beschlüssen der Verbandstage beschäftigt und mit großer Einmütigkeit ihre Zustimmung erklärt. In Eisleben hielten die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter eine gemeinsame Versammlung ab, in der sie sich mit den Beschlüssen der Verbandstage einstimmig einverstanden erklärten und den Leitungen der Organisationen ihr volles Vertrauen aussprachen. — Eine von allen organisierten Kollegen besuchte Versammlung in Erfurt beschloß unter großer Begeisterung einstimmig eine Resolution, in der es heißt: „Die Versammlung erkennt an, daß die auf dem Verbandstage beschlossenen Maßnahmen zur siegreichen Durchführung des gewaltigen Kampfes unbedingt erforderlich sind. Die Versammelten geben deshalb den Beschlüssen ihre volle Zustimmung und sind gewillt, im Kampfe schärfste Disziplin zu üben." — Auch in Cöln wurden die Beschlüsse des Berliner Verbandstages in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung einstimmig gutgeheißen und der Leitung das volle Vertrauen ausgesprochen.

In Sebnitz hatte man erwartet, daß die Verlängerung der Karenzzeit in der Versammlung den Widerspruch einiger Kollegen hervorrufen würde. Der Verlauf der gut besuchten Versammlung brachte aber eine angenehme Enttäuschung. Nach kurzer Debatte, in der sich alle Redner im Sinne der Verbandstagsbeschlüsse aussprachen, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Kollegen sind sich bewußt, daß der außergewöhnlich große Kampf auch außerordentliche Maßnahmen und eine außerordentliche Opferwilligkeit erfordert. Deshalb sind die Kollegen mit den Beschlüssen des Verbandstages auch vollauf einverstanden und verpflichten sich, für die strenge Durchführung der gefaßten Beschlüsse einzutreten, um den Kampf zum siegreichen Ende zu führen. — Weiter wurde in Greifswald dem Vorstand das volle Vertrauen ausgesprochen und den Beschlüssen des Verbandstages einstimmig zugestimmt.

Eine von 400 Maurern und Bauhilfsarbeitern besuchte Versammlung in Landsberg a. d. W. erklärte sich nach der Entgegennahme des Berichtes von den Verbandstagen einstimmig mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden. Die Versammelten versprachen gleichzeitig, alles zu tun, was zur Durchführung dieser Maßnahmen notwendig ist. Den Verbandsleitungen sprachen sie ihr volles Vertrauen aus. Sie hoffen, daß diese auch in Zukunft wie bisher, alles tun werden, um die Pläne der Unternehmer zuschanden zu machen. „Wir wollen," heißt es in der Resolution weiter, „nicht ruhen und rasten, bis der uns aufgedrungene Kampf für die Bauarbeiterschaft Deutschlands siegreich beendet ist." — In Königsberg i. Pr. er-

klärte sich eine überaus stark besuchte Versammlung unter großem Beifall mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. — Von der guten Stimmung der Kollegen in ländlichen Bezirken zeugt ein Bericht aus Brüel i. M. Dort wurde in einer Versammlung zum Ausdruck gebracht, daß es zwar manchem Kollegen sehr schwer fallen werde, sich während der Karenzzeit über Wasser zu halten, zumal in den Kleinstädten die Bautätigkeit im Winter völlig daniedergelegen habe und viele Kollegen erst kurze Zeit in Arbeit wären. Nichtsdestoweniger herrschte aber in der Versammlung nur eine Stimme: Lieber trocken Brot essen, als den Nacken unter das Joch der Unternehmer beugen.

In Freyhan haben unsere Kollegen beschlossen, statt des für sie in Betracht kommenden Streikbeitrages von 20 ₰ pro Tag einen solchen von 50 ₰ zu zahlen.

Die Fliesenleger in Essen haben ihren Beitrag ebenfalls auf ℳ 1 pro Tag erhöht.

Die Krankheiten der Maurer.

III.

Fassen wir das Resultat von den im vorigen Artikel besprochenen zehn wichtigsten Krankheitsgruppen kurz zusammen, so ergibt sich, daß die Maurer mit Krankheitsfällen, Krankheitstagen und Todesfällen bei fünf Gruppen unter dem Durchschnitt für alle Berufe bleiben, während sie mit den Krankheitsfällen in fünf weiteren Gruppen und mit den Krankheitstagen in drei weiteren Gruppen über den Durchschnitt für alle Berufe hinausgehen. Bei einer der fünf letzten Gruppen deckt sich die Zahl der auf die Maurer entfallenden Krankheitstage mit der auf alle Berufe entfallenden Durchschnittszahl und bei einer Gruppe bleibt sie noch unter dieser. Die Zahl der Todesfälle ist in zwei der letzten fünf Gruppen höher als der allgemeine Durchschnitt, in einer Gruppe ist sie mit dieser gleich und in zwei weiteren Gruppen liegen für die Maurer keine näheren Angaben vor.

Im einzelnen ergibt sich für die Maurer, wenn die auf sie entfallenden Zahlen mit den auf alle Berufe entfallenden Durchschnittszahlen verglichen werden, folgendes Bild: Es entfallen bei 1000 versicherungspflichtigen Personen auf die Maurer an Krankheitsfällen, Krankheitstagen und Todesfällen weniger (die in Klammern gesetzten Zahlen bedeuten Prozente): bei allen Krankheiten überhaupt 15 (3,87), 777 (9,08), 0,66 (8,62); bei den Infektions- und parasitären Krankheiten 9,6 (19,2), 386 (27,1), 0,97 (34,7); bei den Krankheiten des Nervensystems 2,1 (15,7), 100 (21,9), 0,21 (44,6); bei den Krankheiten der Atmungsorgane 2,9 (5,16), 157 (10,5), 0,10 (6,62); bei den Krankheiten der Kreislauforgane 2,9 (28,7), 83 (26,6), 0,01 (4,15); bei den Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane 1,3 (26,5), 31 (24,2), 0,01 (6,25); außerdem bei den Krankheiten der Verdauungsorgane an Krankheitstagen 99 (10,7). Mehr entfallen auf die Maurer bei den Krankheiten der Verdauungsorgane (Krankheits- und Todesfälle) 2,7 (4,29), 0,02 (3,4); bei den Krankheiten der äußeren Bedeckungen (Krankheitsfälle und Krankheitstage) 1,4 (3,78), 55 (8,49) — in der Zahl der Todesfälle stehen die Maurer bei dieser Gruppe mit dem Durchschnitt für alle Berufe gleich —; bei den Krankheiten der Bewegungsorgane 11,3 (18,7), 181 (15,9), 0,02 (18,1); bei den Krankheiten der Augen (Krankheitsfälle) 1,6 (16,1) — die Zahl der Krankheitstage ist der für alle Berufe gleich und für die Todesfälle fehlt eine nähere Angabe —; bei den Verletzungen und anderweitigen äußeren Einwirkungen (Krankheitsfälle und Krankheitstage) 3,8 (3,93), 60 (3,41).

Hat es sich bis jetzt nur um Krankheitsgruppen gehandelt, so wollen wir nachfolgend auch die bei den Maurern am häufigsten vorkommenden Krankheitsformen kurz betrachten. Auch hier stellen wir den auf 1000 versicherungspflichtige Personen entfallenden Zahlen der Maurer die auf 1000 versicherungspflichtige männliche Personen entfallenden Durchschnittszahlen für alle Berufe gegenüber, und zwar setzen wir die letzteren Zahlen in Klammern. Es entfielen auf 1000 versicherungspflichtige Personen an Krankheitsfällen, Krankheitstagen und Todesfällen bei Influenza 24,0 (28,2), 396 (444), 0,13 (0,15); Tuberkulose 4,7 (7,7), 354 (620), 1,46 (2,33); akutem Gelenkrheumatismus 3,2 (3,9), 93 (118), 0,02 (0,03); Ischias 5,9 (4,7), 154 (113)*; Luftröhrenkatarrh 7,8 (8,1), 132 (137), 0,02 (0,06); Bronchitis 15,8 (16,7), 325 (355), 0,18 (0,18); Lungenemphysem 3,1 (3,7), 122 (159), 0,27 (0,31); Lungenentzündung 5,3 (3,6), 167 (114), 0,63 (0,52); Lungenkrankheit 10,0 (11,7), 330 (412), 0,15 (0,18); Lungenblutsturz 1,4 (1,8), 46 (63)*; Brustfellentzündung 6,6 (6,3), 156 (175), 0,08 (0,13); Halsentzündung 14,2 (16,4), 145 (159), 0,03 (0,02); Magenkatarrh 13,5 (13,9), 250 (254), 0,22 (0,14); Darmkatarrh 16,7 (19,4), 238 (269), 0,15 (0,14); Zellgewebsentzündung 13,9 (13,7), 216 (208), 0,02 (0,01); Panaritium 7,2 (6,1), 110 (91)*; Fußgeschwür 3,4 (3,2), 117 (102)*; Muskelrheumatismus 41,6 (33,1), 694 (590), 0,05 (0,04); Sehnenscheidenentzündung 5,9 (3,2), 83 (48); chronischem Gelenkrheumatismus 5,9 (5,8), 200 (186), 0,05 (0,04); Quetschungen und Zerreißungen 58,1 (52,3), 957 (907), 0,28 (0,12); Knochenbrüche 5,2 (4,6), 263 (219), 0,20 (0,10); Verstauchungen 13,0 (9,9), 228 (152)*.

Die Maurer schneiden also ungünstig und zum Teil sehr ungünstig ab bei Ischias, Lungenentzündung, Brustfellentzündung, Zellengewebsentzündung, Panaritium, Fußgeschwür, Muskel- und chronischem Gelenkrheumatismus, Sehnenscheiden- und Gelenkentzündung, Quetschungen und Zerreißungen, Knochenbrüchen und Verstauchungen. Nimmt man dazu noch die Krankheiten der Augen, dann hat man die eigentlichen durch den Beruf beeinflußten Krankheiten der Maurer. Selbstverständlich kommen die Maurer auch noch bei andern Krankheiten verhältnismäßig ungünstig weg, doch sind das solche Krankheiten, die im allgemeinen selten sind, das heißt, wo auf 1000 Personen nur wenige Krankheiten entfallen.

Sehr ungünstig kommen, wie dies schon aus den Zahlen über Quetschungen, Knochenbrüche, Zerreißungen usw. hervorgeht, die Maurer bei den Betriebsunfällen weg. In der Statistik wird zwischen Unfällen und Betriebsunfällen unterschieden. Ferner werden die Unfälle nach der Dauer der Krankheit unterschieden, und zwar solche bis zu 28 Tagen und solche mit über 28 Tagen. Es kamen auf 1000 ein Jahr beobachtete versicherungspflichtige Personen bei Unfällen mit unter 28 Krankheitstagen überhaupt: bei allen Berufen 82,0, bei den Maurern 86,0, demnach bei den Maurern 4 oder 4,87 pZt. Unfälle mehr. Unfälle mit über 28 Krankheitstagen kamen im Durchschnitt auf alle Berufe 15,4, auf die Maurer 16,6, also 1,2 oder 7,8 pZt. Unfälle mehr. Noch weit ungünstiger ist das Verhältnis für die Maurer, wenn nur die Betriebsunfälle in Betracht gezogen werden. Es entfielen auf alle Berufe im Durchschnitt Betriebsunfälle mit unter 28 Krankheitstagen 32,1, auf die Maurer 34,1, also 2,0 oder 6,18 pZt. Betriebsunfälle mehr. Bei den Betriebsunfällen mit über 28 Krankheitstagen entfallen auf alle Berufe im Durchschnitt 9,6, auf die Maurer 10,8, also 1,2 oder 12,5 pZt. mehr.

Krankheitstage bei Unfällen unter 28 Tagen entfallen bei allen Unfällen überhaupt auf alle Berufe im Durchschnitt 927, auf die Maurer 920, also auf die Maurer 7 Tage oder 0,75 pZt. weniger. Bei Unfällen mit über 28 Krankheitstagen ist der Durchschnitt für alle Berufe 856, für die Maurer 954, es entfallen also auf die Maurer 98 oder 11,44 pZt. Unfallkrankheitstage mehr. Bei den Betriebsunfällen unter 28 Tagen entfallen auf alle Berufe 393 und auf die Maurer 387 Tage, also auf die Maurer 6 oder 1,52 pZt. Krankheitstage weniger. Bei den Betriebsunfällen mit über 28 Tagen auf alle Berufe im Durchschnitt 544, auf die Maurer 647, also 103 oder 18,93 pZt. Krankheitstage mehr. Von den Betriebsunfällen dauerten beim Durchschnitt aller Berufe 1,98, bei den Maurern aber 2,70 länger als 13 Wochen. Bei den Maurern kamen also auf 1000 versicherungspflichtige Personen 0,72 oder 36,36 pZt. Betriebsunfälle mit über 13 Wochen mehr als bei allen Berufen im Durchschnitt genommen, ein Beweis, daß auf die Maurer ganz besonders viel schwere Betriebsunfälle mit langer Krankheitsdauer kommen.

Ganz außerordentlich hoch ist bei den Maurern der Prozentsatz der durch Betriebsunfall herbeigeführten Todesfälle. Es kamen auf 1000 ein Jahr beobachtete versicherungspflichtige männliche Personen bei allen Berufen im Durchschnitt 0,25, bei den Maurern 0,73, das sind 0,48 oder 192,0 pZt. Todesfälle mehr. Diese Zahlen, wie die Zahlen über die Betriebsunfälle überhaupt, schreien förmlich nach einem besseren Bauarbeiterschutz.

Es bleibt uns nun noch übrig, einiges über das Verhältnis der freiwilligen Kassenmitglieder zu den Pflichtmitgliedern zu sagen. Auf 60339 Pflichtmitglieder entfallen bei den Maurern 3668 oder 6,1 pZt. freiwillige Mitglieder. Für alle Berufe insgesamt ist der Prozentsatz 4,6; er geht also bei den Maurern erheblich über den Durchschnitt für alle Berufe hinaus. Daß der Stand der Kasse und die Statistik überhaupt von den freiwilligen Mitgliedern sehr ungünstig beeinflußt wird, haben wir schon im vorigen Artikel erwähnt. Bei den Maurern ist dies noch in viel stärkerem Maße der Fall als bei allen Berufen insgesamt. Es entfallen auf 1000 ein Jahr beobachtete versicherungspflichtige Mitglieder bei allen Berufen 396, auf die gleiche Zahl freiwilliger Mitglieder aber 785 Krankheitsfälle; bei den Maurern auf 1000 Pflichtmitglieder nur 381, auf 1000 freiwillige Mitglieder aber 1239 Krankheitsfälle. Krankheitstage entfallen auf 1000 Pflichtmitglieder aller Berufe 8549, auf 1000 freiwillige Mitglieder aber 28602; bei den Maurern auf 1000 Pflichtmitglieder 7772, auf 1000 freiwillige Mitglieder aber 39135.

Liest man diese Zahlen, so wird der erste Gedanke der sein, daß die großen Zahlen der Krankheitsfälle und Krankheitstage bei den freiwilligen Mitgliedern durch Simulation dieser Mitglieder hervorgerufen wurden. Dies kann aber, wenn überhaupt, so nur in minimalem Maße der Fall sein, was allein schon daraus hervorgeht, daß auch die Zahl der Todesfälle bei den freiwilligen Mitgliedern viel höher ist als bei den Pflichtmitgliedern. Die Todesfälle können aber nicht durch Simulation hervorgerufen sein. Es entfallen auf 1000 ein Jahr beobachtete Pflichtmitglieder bei allen Berufen 7,65, auf die freiwilligen Mitglieder aber 32,58 Todesfälle. Bei den Maurern entfallen auf 1000 Pflichtmitglieder 6,99, auf 1000 freiwillige Mitglieder aber 32,72 Todesfälle.

So ungünstig, wie bei allen Krankheiten überhaupt, schneiden die freiwilligen Mitglieder im Verhältnis zu den Pflichtmitgliedern auch bei den einzelnen Krankheitsgruppen ab. Es entfallen auf 1000 freiwillig versicherte Maurer Krankheitsfälle, Krankheitstage und Todesfälle (die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf 1000 Pflichtmitglieder bei den Maurern) bei den Infektions- und parasitären Krankheiten 109 (40,4), 5080 (1037), 12,57 (2,16); bei den Krankheiten des Nervensystems 70 (11,2), 2853 (356), 1,36 (0,26); bei den Krankheiten der Atmungsorgane 206 (53,3), 7094 (1331), 8,45 (1,41); bei den Krankheiten der Kreislauforgane 40 (7,2), 1890 (228), 3,00 (0,61); bei den Krankheiten der Verdauungsorgane 145 (62,9), 3614 (818), 2,45 (0,61); bei den Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane 19 (3,6), 650 (97), 1,36 (0,15); bei den Krankheiten der äußeren Bedeckungen 101 (37,5), 2342 (638); bei den Krankheiten der Bewegungsorgane 262 (60,4), 7002 (1136); bei den Krankheiten der Augen 21 (9,9), 738 (158) und bei den Verletzungen und anderweitigen äußeren Einwirkungen 177 (96,6), 5084 (1755), 0,27 (1,08).

Aehnlich ungünstige Ergebnisse wie für die freiwillig versicherten Mitglieder ergeben sich aus der Statistik auch für die Alkoholiker, über die besondere Aufzeichnungen vorliegen. Doch ist das eine Frage für sich, auf die wir gelegentlich in einem besonderen Artikel eingehen werden.

* Ueber die Todesfälle liegt bei den Maurern keine nähere Angabe vor.

Kriminalstatistische Daten.

Die Kriminalstatistik des Deutschen Reiches ist keine erschöpfende, da sie, entsprechend den vom Bundesrat getroffenen Bestimmungen vom 5. Dezember 1881, nur einen Teil der von deutschen Behörden verhandelten Straffälle zum Gegenstand hat. Sie betrifft zunächst ausschließlich solche Straffälle, die durch rechtskräftige richterliche Entscheidung (Urteil oder Strafbefehl) erledigt sind. Hiernach scheiden diejenigen Fälle aus, bei denen zwar ein Vorverfahren oder eine Voruntersuchung stattfand, das Hauptverfahren aber nicht eröffnet wurde. Außerdem finden auch die infolge einer Wiederaufnahme des Verfahrens ergangenen Entscheidungen keine Berücksichtigung. Die Statistik betrifft ferner nur die Entscheidungen der ordentlichen Gerichte. Die Militärstrafrechtspflege erfährt eine besondere statistische Behandlung. Auf die Gerichtsbehörden in deutschen Schutzgebieten ist die Kriminalstatistik bisher nicht ausgedehnt worden. Aber auch die Entscheidungen der ordentlichen Gerichte finden lediglich insoweit Berücksichtigung, als sie sich auf Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze beziehen. Folgedessen bleiben Verbrechen und Vergehen gegen noch in Kraft befindliche Landesgesetze sowie sämtliche Uebertretungen außer Betracht. Von den Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze sind zudem noch alle Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle sowie die nur ausnahmsweise vor die ordentlichen Gerichte gehörenden Verbrechen und Vergehen gegen das Militärstrafgesetzbuch ausgeschlossen.

Vor uns liegt der auf dieser Grundlage im Reichsjustizamt und im Kaiserlichen Statistischen Amt bearbeitete neueste Band der „Kriminalstatistik für das Jahr 1906". Ein ihm beigegebenes ausführliches Verzeichnis weist 219 Arten von Verbrechen und Vergehen gegen das Strafgesetzbuch und 133 Arten gegen andre Reichsgesetze als das Strafgesetzbuch, zusammen 352 Deliktsarten, auf. Zu den letztgenannten Arten gehören unter andern die Zuwiderhandlungen gegen die Gewerbeordnungs-Bestimmungen, gegen die Seemannsordnung, das Impfgesetz, die Gesetze über die eingeschriebenen Hilfskassen und die Unfall- und Invaliditätsversicherung, das Personenstandgesetz, die Konkursordnung, das Gesetz, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln usw., das Markenschutzgesetz.

Verfolgt man nun die Kriminalstatistik bis zum Jahre 1882 zurück, so ergibt sich ein weit über das Maß der Bevölkerungszunahme hinausgehendes Anwachsen der Kriminalität. Bei den deutschen Gerichten wurden von 1882 bis 1886 jährlich abgeurteilt 497825 Handlungen, die sich auf 417270 Personen verteilten, während 424737 Strafsachen anhängig waren. Von Jahr zu Jahr hat die Arbeitsleistung der Strafrechtspflege zugenommen. Im Jahre 1906 wurden abgeurteilt 783647 Handlungen und 676799 Personen; daneben waren 633077 Strafsachen anhängig. Von den 783647 rechtskräftig entschiedenen strafbaren Handlungen entfielen 736447 auf das Strafgesetzbuch und 47200 auf andre Reichsgesetze. Die Zahl der Angeklagten betrug 676799. Die rechtskräftigen Entscheidungen, betreffend die strafbaren Handlungen, lauteten: auf Verurteilung 629938, auf Freisprechung 142092, auf Einstellung des Verfahrens 11617. Von den Angeklagten wurden verurteilt 533767; freigesprochen 132853.

Die Häufigkeit der Freisprechungen im Verhältnis zu den Verurteilungen ist eine sehr erhebliche; sie trifft in stärkerem Maße auf schwere, als auf leichte Delikte. Leider läßt die amtliche Statistik völlig unberücksichtigt, wieviel Untersuchungshaft die Freigesprochenen erlitten haben. Sie sieht in der Häufigkeit der Freisprechungen ein Zeugnis für die Gewissenhaftigkeit der Strafrechtspflege. Aber die Erfahrung lehrt, daß die Verhängung der Untersuchungshaft über Unschuldige in sehr vielen Fällen dieser Annahme widerspricht. Die Häufigkeit der Untersuchungshaft, der Freisprechungen wie der Anklageerhebungen hängt in erster Linie davon ab, wie das Vorverfahren in der Praxis gehandhabt wird.

Daß seine Handhabung sehr viel zu wünschen übrig läßt, gibt die Regierung in ihrem Strafprozeßreform-Entwurf selbst zu. In diesem Punkt ist seither stark gesündigt worden. Eine sehr bemerkenswerte Erscheinung ist, daß die Zusammensetzung des Gerichts, das über die Schuldfrage zu entscheiden hat, auf die Häufigkeit der Freisprechung von Einfluß ist. Nach den Ermittelungen der Justizstatistik der einzelnen Bundesstaaten wurden im Durchschnitt der Jahre 1882 bis 1906 von je 100 in erster Instanz Abgeurteilten bei den Schwurgerichten 25, bei den Schöffengerichten 22, dagegen bei den Strafkammern nur 15 Personen freigesprochen. Schwurgerichte und Schöffengerichte, in denen das Laienrichtertum die Entscheidung gibt, sind also der Freisprechung günstiger, als die Strafkammern mit ihrem Berufsrichtertum. Uebrigens haben die Freisprechungen seit 1882 relativ stetig zugenommen, und zwar gerade bei den am meisten vorkommenden Deliktsarten: Diebstahl, Körperverletzung, Betrug, Hausfriedensbruch, Unterschlagung, Sachbeschädigung usw.

Soll die Zahl der Verurteilungen ein zutreffendes Bild von der Höhe der Kriminalität und den im Laufe der Jahre darin eingetretenen Veränderungen gewähren, so müssen sowohl die Freisprechungen wie die Wehrpflichtverletzungen ausgeschieden werden. Von Verfahren gegen abwesende Wehrpflichtige nimmt die amtliche Statistik selbst an, daß sie keine genügende Gewähr dafür bieten, daß die Verurteilten sich in Wahrheit einer kriminell strafbaren Handlung schuldig gemacht haben. Mit diesen Einschränkungen läßt die Kriminalstatistik doch im allgemeinen noch eine Zunahme der Kriminalität erkennen. Setzt man die Zahl der in den einzelnen Jahren Verurteilten im Verhältnis zu der jeweiligen Größe der strafmündigen Zivilbevölkerung, so ergibt sich, daß von je 100 000 Personen verurteilt wurden: 996 im Jahre 1882 und 1229 im Jahre 1906. Die Zunahme verteilt sich nicht gleichmäßig auf die einzelnen Jahre, beschränkt sich vielmehr in der Hauptsache auf die Zeit von 1889 bis 1895 (984 : 1200). Seit 1895 ist eine erhebliche Zunahme der Kriminalität nicht zu verzeichnen.

Die Ziffern der Kriminalstatistik im einzelnen sind, worauf wir früher schon öfter hingewiesen haben, ein drastisches Spiegelbild der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Es ist für die Entwicklung der Kriminalität von Bedeutung, daß einige der am häufigsten vorkommenden Deliktsarten so sehr von denselben Faktoren, insbesondere von den Verhältnissen des Wirtschaftslebens beeinflußt erscheinen, daß sie hinsichtlich der Bewegung der Kriminalität von einem Jahre zum andern untereinander nahezu übereinstimmen. Von jeher bildeten, in Deutschland wie in andern Ländern, die Verbrechen und Vergehen wider das Eigentum die Hauptgruppe aller strafrechtlich zu ahndenden Delikte. Und hier kommt in erster Linie der Diebstahl in Betracht. Im Jahre 1906 wurde rechtskräftig entschieden über 147 877 Diebstahlshandlungen, 62 617 Betrugs-, 42 840 Unterschlagungs-, 11 164 Urkundenfälschungs- und 13 690 Hehlerei-Fälle. Bei dieser Gruppe von Delikten sehen wir die Bewegung der Kriminalität stetig, durchaus entsprechend der wirtschaftlichen Lage, sich vollziehen; sie geht mit dieser Lage aufwärts oder abwärts. Wegen Diebstahls, Betrugs 2c. wurden von je 100 000 strafmündigen Personen verurteilt im Jahre 1882: 448. Diese Zahl sank bis 1888 beständig bis auf 374. Dann stieg sie unter Schwankungen im Jahre 1892 auf den Höhepunkt mit 463 Verurteilungen. Seit 1892 hat die Verurteilungsziffer diese Höhe nicht wieder erreicht. Im allgemeinen weisen die Jahre mit aufsteigender wirtschaftlicher Konjunktur niedrige, die mit absteigender höhere Ziffern auf.

Anders gestalten sich die Verhältnisse bei der zweiten großen Gruppe von Delikten, den Verbrechen und Vergehen wider die Person, Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung, Hausfriedenbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung, Sachbeschädigung 2c. Die Häufigkeit dieser Deliktsarten hat, mit Ausnahme weniger Jahre, andauernd zugenommen; sie betrug im Jahre 1906 auf je 100 000 Personen der strafmündigen Zivilbevölkerung 641 gegen 434 im Jahre 1882. Von der Zunahme entfällt der größte Teil auf Körperverletzung. Die Statistik für das Jahr 1906 bietet folgendes Bild: leichte Körperverletzung 41 429, gefährliche 97 047, schwere 177, vorsätzliche mit Verursachung des Todes 389, einfache fahrlässige 4471, fahrlässige unter Verletzung einer Amts- oder Berufspflicht 3341. Es wurden im Jahre 1906 rechtskräftig entschieden 34 787 Fälle von einfacherem und 7670 Fälle von qualifiziertem Hausfriedensbruch. Wegen Beleidigung erfolgten im Berichtsjahre 112 362 Entscheidungen, darunter 86 759 Verurteilungen, 18 149 Freisprechungen und 7459 Verfahrens-Einstellungen.

Die Eidesdelikte haben von 1882 (3,2 auf je 100 000 Personen der strafmündigen Bevölkerung) ständig abgenommen; 1906 betrugen sie 1,3.

Die abgeurteilten Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit dagegen haben zugenommen von 21 pro 100 000 Personen im Jahre 1882 auf 29. Unter den Sittlichkeitsdelikten weitaus obenan stehen die unzüchtigen Handlungen mit Personen unter 14 Jahren: 8855 im Jahre 1906. Es kommen hierzu unter andern sonstige unzüchtige Handlungen 3240, einfache Kuppelei 2780, Zuhälterei 1206, Notzucht 745, Blutschande 533, Verkuppelung der Ehefrau durch den Ehemann, von Kindern und Pflegebefohlenen durch Eltern, Vormünder usw. 483 usw.

Die Gruppe der rechtskräftig entschiedenen Verbrechen und Vergehen gegen Staat und öffentliche Ordnung weist im Jahre 1906 unter andern auf:

Beleidigung des Kaisers oder des Landesherrn usw. 275, öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam 16, Landfriedensbruch 34, Aufruhr 31, Auflauf 187, Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander 31, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen usw. 8. Enorm sind die Fälle des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte: 20 897. Auch die der vorsätzlichen Befreiung von Gefangenen sind nicht unerheblich: 1833. Wegen Verletzung der Wehrpflicht wurden abgeurteilt 9794 Personen.

Mißbrauch der Amtsgewalt und sonstige Verbrechen und Vergehen im Amte gelangten 1906 in 2020 Fällen zur Aburteilung, darunter Mißbrauch der Amtsgewalt zur Körperverletzung 389, Unterschlagung amtlicher Gegenstände durch Beamte 942, unbefugtes Eröffnen von Briefen, Paketen usw. durch Postbeamte 218.

Unter den Vergehen gegen andre als Reichsgesetze ragen hervor: unbefugte Ausübung eines genehmigungspflichtigen Betriebes 12 049, Zuwiderhandlungen Gewerbetreibender gegen die Bestimmungen über die Sonntagsruhe 10 241, Nahrungsmittelverfälschung 4202, Zuwiderhandlungen Gewerbetreibender gegen die Vorschriften über Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern 2680, Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über den Ladenschluß 2488, Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften zum Schutze der Arbeiter in bezug auf Leben, Gesundheit und gute Sitten 2309, Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit gewerblicher Arbeiter 1685.

Verurteilt wurden im Jahre 1906: zur Todesstrafe 32, Zuchthausstrafe von lebenslänglicher Dauer 10, zeitliche Zuchthausstrafe 8000, Gefängnisstrafe 255 567, Haft bezw. Geldstrafe 255 298, Festungshaft 88, Verweis 17 205. Auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte wurde erkannt in 12 490, auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht in 3085 Fällen.

In allen diesen Zahlen der Kriminalstatistik begreifen sich bürgerliche Konsequenzen des Systems, der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Weitaus die meisten Verbrechen und Vergehen sind auf Rechnung dieses Systems zu setzen. Ueber 8000 Menschen ins Zuchthaus und 255 567 ins Gefängnis geschickt in einem Jahre — kam es eine wuchtigere Verurteilung der geheiligten „Ordnung" mit ihrer Klassenherrschaft geben?

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Butterboykott in Berlin. — Die Butterpreise im Kleinhandel. — Der Grad der Butterverteuerung. — Wer trägt die Schuld? — Mangelhafte Organisation des Buttervertriebs.

Die Konsumenten wehren sich gegen die steigenden Warenpreise durch die Anwendung des Boykotts. In Berlin macht gegenwärtig ein partieller Butterboykott von sich reden. Es ist hier nicht der Ort, sich mit diesem Boykott selbst zu befassen, aber es wird von allgemeinem Interesse sein, über die Bewegung und den Stand der Butterpreise sowie über die Ursachen der Butterteuerung einige Anhaltspunkte zu geben. Denn mehr als Anhaltspunkte bietet das Tatsachenmaterial, das wir über den Buttermarkt haben, nicht. Vor allem ist nämlich hervorzuheben, daß unsere Preisstatistik, und hier in erster Linie die Statistik der Lebensmittelpreise, noch sehr im argen liegt, so daß wir zwar für einzelne Orte wohl eine Masse von Preisnotierungen haben, deren Wert aber aus den verschiedensten Gründen recht zweifelhaft ist, und die alle zusammen sehr wenig unter sich vergleichsfähig sind und namentlich kein einwandfreies zusammenfassendes Bild für unser gesamtes Marktgebiet zulassen.

Gehen wir zunächst einmal von den Butternotierungen im Kleinhandel aus, um über die Verteuerung der Butter Auskunft zu erhalten, so haben wir zwar für 50 preußische Plätze fortlaufende monatliche Notierungen der Butterpreise, die wenigstens die Bewegung der Preise an den einzelnen Orten veranschaulichen. Es fällt dabei auf, daß die absolute Höhe der Butterpreise im Kleinhandel nach diesen Notierungen ungemein verschieden ist. Unter den 50 Plätzen wird der höchste Butterpreis in Flensburg notiert und zwar mit *M* 3,15 pro Kilogramm im Februar dieses Jahres. Auf der andern Seite war der Butterpreis für Allenstein mit *M* 2,05 angegeben. Es ist nun aber sehr fraglich, ob beide Notierungen für eine in der Qualität gleiche Ware gelten. In der Statistik wird einfach „Eßbutter" notiert, aber dieser Begriff ist sehr schwankend und läßt daher sehr wohl zu, daß die Eßbutter in Flensburg der Güte nach wesentlich höher steht als die Eßbutter in Allenstein. Mit dieser Ausführung soll nur dargetan werden, daß wir die absoluten Preise für eine gewisse Buttersorte an verschiedenen Orten so lange nicht vergleichen können, so lange nicht bestimmt umschriebene Qualitäten ein für allemal festgelegt sind.

Eher ist es möglich, aus den zeitlich verschiedenen Preisnotierungen des einzelnen Ortes auf die Bewegung der Butterpreise am nämlichen Orte zu schließen und aus dem sich so ergebenden Bilde den allgemeinen Grad der Butterteuerung zu mutmaßen. Vergleichen wir die Bewegung des Butterpreises in der Zeit vom Januar 1909 bis Februar 1910, so ergibt sich für die 50 preußischen Orte im allgemeinen eine Steigerung, die sich unter Berechnung eines arithmetischen Durchschnitts auf 24,3 pro Kilogramm beläuft. Nun bietet sich das eigenartige Bild, daß wir neben zahlreichen Plätzen, die dem Durchschnitt nahe kommen, eine ganze Reihe solcher Städte haben, in denen die Preissteigerung ganz ungewöhnlich hoch ist. Wir wollen nur nachstehende fünf Plätze hervorheben, an denen das Kilogramm Butter in Pfennigen, wie folgt, notiert wurde:

	Januar 1909	Februar 1910	Differenz
Potsdam	238	300	+ 62
Kiel	242	303	+ 61
Altona	243	300	+ 57
Flensburg	260	315	+ 55
Harburg a. d. E.	250	300	+ 50

Bemerkenswert ist, daß unter den fünf Plätzen nicht weniger als vier sind, von denen man annehmen kann, daß bei ihnen die Zufuhr aus Dänemark eine für die Gestaltung des Butterpreises nicht unwichtige Rolle spielt. Auf der andern Seite sehen wir aber auch Orte, in denen die Butterpreise gegenüber 1909 gefallen sind. Auch hier wollen wir einige Beispiele geben. Es stellte sich der Butterpreis pro Kilogramm in Pfennigen in nachstehenden Orten:

	Januar 1909	Februar 1910	Differenz
Graudenz	225	245	+ 20
Danzig	250	240	÷ 10
Allenstein	215	205	÷ 10
Sigmaringen	260	250	÷ 10
Münster	243	238	÷ 5

Städte, in denen die Preissteigerung dem Durchschnitt sehr nahe kommt, sind Berlin, Wiesbaden, Düsseldorf, Frankfurt a. M. usw. Sind schon die Schwierigkeiten, die Höhe der Detailpreise vor ihrer Bewegung am nämlichen Orte festzustellen, sehr erheblich, so wird es geradezu zur Unmöglichkeit, über die allgemeinen und besonderen örtlichen Ursachen der Preisbewegung stichhaltige Angaben zu machen. Der Streit, wer trägt die Schuld der Butterverteuerung, der Landwirt, der Zwischenhandel oder der Kleinhändler, wurde ja in der Presse mit großer Lebendigkeit ausgefochten, leider aber immer ohne den nötigen zwingenden Beweis. Auf Grund zahlreicher Beobachtungen und Erfahrungen dürfte davon ausgegangen werden, daß die Buttergewinnung in Deutschland während der Jahre 1908 und 1909 sich mindestens in einer Stagnation, wahrscheinlich 1909 sogar in einem Rückgang befunden hat. Die letzte Viehzählung deutet auf eine Abnahme des Bestandes an Kühen, und sicher ist, daß 1909 erheblich mehr Kühe geschlachtet worden sind als 1908 und 1907. Diese Erscheinung hängt zweifellos mit dem geringeren Ertrag der Futterernte zusammen, und es macht auch nichts aus, wenn die künstlichen Futtermittel im Preise gesunken sein sollten, was indes gleichfalls aus einzelnen Notierungen noch nicht geschlossen werden kann. Die Knappheit der Buttergewinnung dürfte also sicher sein, und zwar nicht nur für Deutschland, sondern auch für viele Butter in großen Mengen exportierende Länder. Daß die Landwirte bei dieser Gestaltung des Angebots sich Preise zahlen lassen, so hoch sie sie bekommen können, das haben sie mit allen in der Geschäftswelt stehenden Personen gemein. Bei den ersten Preissteigerungen bleibt es aber nicht. Es ist vielmehr eine alte Erfahrung, daß eine Preissteigerung, die beim ersten Produzenten einsetzt, sich im Zwischenhandel um so schärfer äußert, je mehr der Zwischenhandel mit einer solchen Nachfrage rechnen kann, wie dies beim Butterverbrauch in Großstädten der Fall ist. Nicht die Arbeiterbevölkerung spielt für den Butterverbrauch eine ausschlaggebende Rolle, sondern die begüterten Schichten der Bevölkerung. Bis bei diesen aber aus der Preissteigerung der Zwang entsteht, den Butterverbrauch merklich einzuschränken, können die Aufschläge im allgemeinen recht erheblich werden.

Daß bei einer besseren Organisation des Buttervertriebs ein für die Konsumenten günstigerer Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage geschaffen werden könnte, als es gegenwärtig der Fall ist, das dürfte kaum zu bestreiten sein. Zahlreiche Konsumvereine, die einen direkten Verkehr zwischen Butterherstellern und Verbrauchern vermitteln, sind heute schon auf dem Wege begriffen, der eingeschlagen werden muß, um nicht nur den Vertrieb zu verbilligen, sondern auch ein besseres Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zu schaffen und dadurch ungewöhnlichen Preissteigerungen entgegenzuwirken. Selbstverständlich kann auch der Boykott einer Ware einen Preisdruck ausüben, aber einmal ist eine Voraussetzung dazu, daß auch die Masse der Verbraucher bis zu einem gewissen Grade organisiert ist, was nicht leicht zu erreichen ist, sodann aber müssen auch die Wirkungen eines solchen Boykotts ins Auge gefaßt werden. Ein Preisdruck, der sich weiter fortpflanzt, kann auf die Warenhersteller bei einiger Dauer nach der Richtung wirken, daß das Angebot noch weiter vermindert wird, daß also nach einiger Zeit die Preiskurve erst recht nach aufwärts treibt.

Berlin, den 10. April 1910. **Rich. Calwer.**

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage: Urheberrecht; das nationale Eosinschwein; das Unheil der Vieltzölle; frivole Bekämpfung der Konsumvereine; Gesetzentwurf, betreffend eine Reichswertzuwachssteuer. — Die neue Wahlrechtsdebatte im preußischen Abgeordnetenhause. — Die Wahlrechtsvorlage im preußischen Herrenhause. — Sozialdemokratische Wahlsiege. — Eine Hochburg der Junkerpartei gefallen! — Ausland: Der Streik in Marseille; Beendigung des Streiks in Philadelphia; Wahlsieg der australischen Arbeiterpartei.

Einen hohen Grad von Teilnahmlosigkeit an seinen Geschäften bekundete der Reichstag, als er am 12. April nach Ablauf der Osterferien seine Arbeiten wieder aufnahm. Er erledigte zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend das Urheberrecht. Es handelt sich um die wichtige Aufgabe, dieses vielumstrittene Recht in Einklang zu bringen mit den in der Berner Konvention vorgesehenen internationalen Vereinbarungen, und zwar vornehmlich in Rücksicht auf die Kinematographen. Dabei ist die Frage zu entscheiden, wieweit der Schutz von Musikstücken gegen die Verbreitung durch Kinematographen gehen soll. Die „sachliche Nüchternheit" der Debatte wurde angenehm unterbrochen durch die Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Dietz. Er verlangte, daß dafür gesorgt werden müsse, daß die Verbreitung und Vervollkommnung der Kinematographen nicht eine unnötige Beschränkung durch die Gesetzgebung erfährt, zumal daran ja auch ein besonderer Industriezweig mit vielen Arbeitern interessiert ist.

Die folgende Sitzung brachte u. a. eine ziemlich öde Debatte über das Eosin-Schwein. Daß sie fruchtlos sein werde, stand von vornherein fest. Die Färbung der Futtergerste zwecks ihrer Unterscheidung von der Malzgerste mit Eosin ist bekanntlich sowohl im agrarischen wie im fiskalischen Interesse eingeführt worden. Futtergerste hat

niedrigere Zollsätze; damit sie nicht als Malzgerste verwendet werden kann, denaturiert man sie mit Eosin. Daß das Fleisch der mit Eosingerste gefütterten Tiere gesundheitlich nicht unbedenklich ist, steht fest. Sozialdemokratische und freisinnige Redner verlangten die Abschaffung der Eosinfärbung. Der Reichsschatzsekretär Wermuth aber erklärte unter dem Beifall der agrarischen Seite des Hauses, die verbündeten Regierungen hätten keine Ursache, von dieser Färbung abzugehen, weil ihre „gesundheitliche Gefahrlosigkeit" dargetan sei.! Das Eosin-Schwein bleibt uns also als das verbesserte „nationale Schwein" erhalten. Und aller andere Zollesegen dazu! So vornehmlich die Fleischteuerung. Eine Petition der Berliner Fleischerinnung, mit Rücksicht auf die geradezu ungeheure Steigerung der Fleischpreise und der Preise anderer notwendiger Lebensmittel eine gänzliche Aufhebung oder wenigstens zeitweilige Herabsetzung der bestehenden Viehzölle vorzunehmen, wurde, entgegen einem Antrage der Sozialdemokraten, abgelehnt. Die Regierung hielt es gar nicht der Mühe wert, sich zu der Petition zu äußern, und der Zentrumsabgeordnete Speck stellte die kühne Behauptung auf, die Viehproduktion habe in Deutschland so stark zugenommen, daß die deutsche Bevölkerung vollständig mit Fleisch versorgt werden könne. Das ist Humbug, der nicht neu ist und schon oft seine Widerlegung gefunden hat. Auch die dem Zentrum anhängenden katholischen Arbeiter, die gleich den anderen bald kein Fleisch mehr essen können, werden den Beschwichtigungsversuch des Herrn Speck als einen Hohn empfinden.

Von nicht minder erheblichem Interesse für die Arbeiterschaft war eine Debatte über die Petition des Zentralverbandes deutscher Bäckerinnungen, welche verlangt: ein Verbot für die Staats- und Reichsbeamten, in Konsumvereinen tätig zu sein; ferner eine Umsatzsteuer für die Konsumvereine, eine Beschränkung ihrer Dividende auf 2 pZt. und eine Beschränkung des Verkaufs von Waren, die sie selbst herstellen, nur an Mitglieder.

Diese geradezu frivole, von zünftlerischer Selbstsucht zeugende Petition fand zunächst die Unterstützung des Zentrumsabgeordneten Schefbeck: Er meinte: Konsumvereine sollten nur dort gegründet werden, „wo ein unabweisbares Bedürfnis dafür vorhanden ist" (!!), denn „sie machen dem Mittelstande eine unberechtigte Konkurrenz"! Es ist sehr charakteristisch, daß Politiker, die nicht nur „Mittelstandsfreunde", sondern auch „Freunde der Arbeiterklasse" sein wollen, etwas „Unberechtigtes" darin sehen, daß die Konsumenten bemüht sind, sich den Bezug billiger Waren zu sichern. Aber freilich, das arbeitende Volk ist ja extra dazu da, nach allen Regeln der Kunst vom Reich, vom Staat und vom privatkapitalistischen Interesse ausgebeutet zu werden. Das gehört mit zur „Ordnung". Die sozialdemokratischen Abgeordneten Schöpflin und Hildenbrand übten an dem Unfug der Bekämpfung der Konsumvereine scharfe Kritik. Ersterer bemerkte u. a.: es sei ein starkes Stück, gerade jetzt, wo infolge der Zoll- und Steuerpolitik große Kreise des Volkes an Unterernährung leiden, den Arbeitern, den kleinen Beamten und vielen Angehörigen des Mittelstandes, welche Mitglieder von Konsumvereinen sind, die Lebenshaltung noch durch Umsatzsteuern verteuern zu wollen. Hildenbrand rügte, daß ausgerechnet die Bäckerinnungen gegen die Konsumvereine petitionieren, die Bäckerinnungen, die Bezug und Herstellung des Mehles usw. in eigene Regie nehmen, die, wie die Stuttgarter Bäckerinnung, eigene Mühlen errichten, und somit alles tun, um den Zwischenhandel auszuschalten und den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand zu schädigen. Die Bäckerinnungen machen es genau so, wie die Agrarier, die ja auch ihre Einkaufs- und Konsumgenossenschaften ohne Rücksicht auf den Zwischenhandel haben und die gelegentlich drohen, durch Errichtung eigener Schlachtereien und Verkaufsstätten das Fleischergewerbe ausschalten zu wollen. Schließlich leistete sich der Antisemit Riesberg folgende Behauptungen: „Die Konsumvereine sind nicht gemeinnützige Vereine, sondern Kampforganisationen der Sozialdemokraten. Vor allem dürfen deshalb Beamte nicht hinein. Auch die Warenhäuser müßten durch Steuern erdrosselt werden; denn sie sind ein Krebsschaden, der den Mittelstand ruiniert, dieses feste Bollwerk gegen den Umsturz." Die Sozialdemokraten taten recht, zu diesem mittelstandspolitisch-demagogischen Blödsinn zu lachen.

Die Nationalliberalen haben folgende Interpellation eingebracht: „Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die Wiederkehr von Eisenbahnunfällen wie desjenigen bei Mülheim am Rhein zu verhüten und die Opfer desselben oder ihre Familien zu entschädigen?" Diese Interpellation will der Reichskanzler demnächst beantworten. Er kann und wird wahrscheinlich auch sich die Beantwortung sehr leicht machen, indem er erklärt, daß die Sache nicht ihn und den Reichstag, sondern den preußischen Eisenbahnminister und den preußischen Landtag angehen.

Der Reichsschatzsekretär Wermuth hat sich beeilt, dem Reichstage den Entwurf einer Reichswertzuwachssteuer vorzulegen, der noch vor der Vertagung des Hauses, die Ende dieses Monats oder spätestens bis zum Tage vor Himmelfahrt erfolgen wird, durchgepeitscht werden soll. Der Reinertrag des Reiches aus dieser Steuer ist auf 30 Millionen Mark berechnet. Nur der Wertzuwachs von Immobilien soll der Besteuerung unterliegen, nicht auch der Wertzuwachs bei Wertpapieren. Die Steuer soll bei dem Verkaufe der Grundstücke von den Kommunen erhoben werden, die 50 pZt. an das Reich, 10 pZt. an die Bundesstaaten abzuführen haben und 40 pZt. für sich behalten sollen. Für gewisse Fälle ist Steuerfreiheit vorgesehen, so z. B. wenn Immobiliarbesitz auf Desjendenten übergeht behufs Fortführung des Gewerbes. Die Steuersätze sind nach der Besitzzeit abgestuft. Versteuert soll nur der unverdiente Gewinn werden, der Gewinn also, der nicht aus der Arbeit eines einzelnen, sondern aus Einrichtungen der Kommunen und des Staates erzielt wird. Aus diesem Grunde sollen auch beide Faktoren am Gewinn teilnehmen. Ein gewisser Prozentsatz der Wertsteigerung soll indes von der Besteuerung freibleiben.

Während im allgemeinen das Recht der Steuererhebung den Kommunen vorbehalten bleibt, sind für das platte Land Sonderbestimmungen vorgesehen und hier als Erhebungsstellen die Kreise gedacht, die schon heute nach dem Kommunalabgabengesetz berechtigt sind, die Wertzuwachssteuer als Kreiskommunalabgabe einzuführen.

Dieser Gesetzentwurf gelangte bereits in der Sitzung des Reichstages vom 15. April, vier Tage nachdem er eingebracht worden, zur ersten Lesung. Die Redner der Sozialdemokratie, Dr. Südekum und Zietsch, behandelten ihn scharf kritisch als einen intestierenden Bestandteil der vom schwarz-blauen Block gemachten „Finanzreform", die mit Recht eine Ausbeutung des Volkes genannt wird. Der Gedanke der Wertzuwachssteuer ist der Sozialdemokratie im Prinzip stets sympathisch gewesen, sie hat diese Steuer schon 1902 beantragt. Es kommt darin zum Ausdruck, daß das Privateigentum an Grund und Boden einen sittlichen Wert nicht hat, daß sein monopolistischer Charakter auf die Dauer keine Geltung haben kann. Aber die Sozialdemokratie kann einer Wertzuwachssteuer nur zustimmen, wenn ihre Erträge zur Verminderung der indirekten Steuerlast dienen. Sollte sie in den Städten zu einer Verteuerung des Bodens und zu einer Erschwerung der Bautätigkeit führen, so haben Staat und Gemeinde um so mehr die Pflicht, die Versorgung der arbeitenden Klasse mit Wohnungen selbst in die Hand zu nehmen. Der Entwurf ging an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Am Tage des Wiederzusammentritts des Reichstags, am 12. April, hat der schwarz-blaue Block des preußischen Dreiklassenparlaments sein infames „Wahlrechts"-Machwerk in zweiter Abstimmung angenommen, und zwar, was diesem Verbrechen am Volke noch eine besondere „Weihe" gibt, unter einer beispiellos frechen und brutalen Vergewaltigung der Redefreiheit. Nachdem zwei sozialdemokratische Redner, Borgmann und Leinert, unter allerlei Anpöbelungen von seiten der Mehrheit mit dieser Sippe noch einmal Abrechnung gehalten und auch Freisinnige und Nationalliberale ihren Standpunkt nochmals dargelegt hatten, machte der schwarz-blaue Block weiteren ihm unangenehmen Kritiken, unter schwerer Verletzung der Geschäftsordnung, durch Annahme von Schlußanträgen ein Ende. In sehr erregter Geschäftsordnungsdebatte wurde den Junkern und Junkergenossen von sozialdemokratischer und freisinniger Seite so derb wie nur möglich gesagt, daß sie eine elende Komödie spielen, daß sie die Minderheit schamlos unterdrücken, um mit den Rechten des Volkes desto leichter Schindluder treiben zu können.

So hat der schwarz-blaue Block seine Wahlrechtsarbeit mit einem Gewaltstreich abgeschlossen. Die Mehrheit charakterisierte überhaupt eine starke Gewaltstimmung, der u. a. auch der freikonservative Abgeordnete Freiherr v. Zedlitz drastisch Ausdruck gab, indem er die Rede auf die Wahlrechtsdemonstrationen brachte. Ihm unterliegt es keinem Zweifel, daß mit diesen Demonstrationen auch noch ein anderer Zweck verfolgt wird: „sie sollen Vorübungen für die revolutionäre Mobilmachung, Vorübungen für die Anwendung schärferer Mittel sein, die nur revolutionärer Natur sein können". Solchen Versuchen aber werde die Autorität des Staates „nötigenfalls mit der Schärfe des Schwertes" entgegentreten! Also eine Drohung mit dem Bürgerkriege, der die Junkersippe lebhaft Beifall spendete. Es ist ja längst kein Geheimnis, daß diese der deutschen Nation zur Schande und zum Unheil gereichende Gesellschaft nichts sehnlicher wünscht, als daß sich das arbeitende Volk zu einem Gewaltkampfe provozieren lasse, damit die freiheitlichen Bestrebungen in Blut erstickt werden. Das ist ein verbrecherisches Spiel. Die gewissenlosen Subjekte, die es treiben, sollten der Lehren der Geschichte eingedenk sein. Schon oft haben reaktionäre Gewalten, bar aller Gründe der Vernunft und Gerechtigkeit, an das Schwert appelliert, um sich zu retten. Auf die Dauer gelungen ist ihnen das nie. Es hat schon einmal ein preußischer König vor den blutigen Opfern der „Autorität des Schwertes" den Hut ziehen müssen. Schließlich gibt die Autorität des Volkes doch immer den Ausschlag. Und dessen können die reaktionären Gewalten und Parteien versichert sein, daß das Volk nicht ruhen und rasten wird, bis es sein gutes Recht errungen hat.

Mit der zweiten Abstimmung im Abgeordnetenhause hat die grausam-lächerliche und einesteils doch auch grausamernste Komödie ihr Ende noch nicht erreicht. Am 15. April begann das Haus der erlauchten und edlen Herren die erste Beratung der Vorlage. Diese „Lebenslänglichen", die nicht um ein Mandat zu sorgen brauchen, für die eine Wählerschaft nicht existiert, können natürlich noch viel freier von der Leber sprechen, als ihre Standes-, Gesinnungs- und Bundesgenossen im Abgeordnetenhause. Herr v. Bethmann-Hollweg leitete die Debatte ein mit einer Erklärung. Er sagte: Die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses weisen Lücken auf, die ausgefüllt werden müssen. Es sollen weitere Kreise von Wählern zu „Kulturträgern" gestempelt, d. h. in eine höhere Wählerklasse befördert werden. Im übrigen stellte sich der Ministerpräsident unbedingt auf den Boden der Beschlüsse des schwarz-blauen Blocks, also der indirekten Wahl in Verbindung mit der geheimen Wahl der Wahlmänner; er hat die edlen und erlauchten Herren recht eindringlich, diese Beschlüsse des Blocks nicht zu verwerfen.

Dann leisteten sich einige Mitglieder des Hauses Reden, die an reaktionärem Geist alles übertreffen, was im Abgeordnetenhause gegen eine wirkliche Wahlrechtsreform gesagt worden ist. Der dreiundachtzigjährige ehemalige General der Kavallerie, Graf v. Wartensleben, versicherte das Haus seines „tiefen Schmerzes" darüber, daß an den Grundlagen unseres Staatswesens gerüttelt werde, und er beklagt es tief, daß irregeleitete Preußen mit dem Gesang der Marseillaise durch die Straßen ziehen, um unerfüllbare Forderungen zu erzwingen!

Herr v. Wedel-Piesdorf erklärte das bestehende Wahlrecht als „ganz vortrefflich", das Reichstagswahlrecht aber als „sehr gefährlich", das unter keinen Umständen in Preußen eingeführt werden dürfe. Graf Mirbach tadelte das „Entgegenkommen" der Regierung. Alle diese Redner ließen keinen Zweifel darüber, daß das Herrenhaus die geheime Wahl unter keinen Umständen annehmen werde. Nun wird sich eine Kommission des Wechselbalges annehmen.

Besonders charakteristisch war auch in der Herrenhausdebatte das Gejammer der Junker über die „Wahlrechtsumtriebe der Umsturzpartei". Freilich, freilich, die Wahlrechtsdemonstrationen, besonders die Berliner vom letzten Sonntag, sind den Herrschaften arg in die Glieder gefahren. Das waren nicht wilde, plan- und zügellose Zusammenläufe, sondern Kundgebungen, die, was die gesamte Presse des In- und Auslandes anerkennt, von einer großartigen, geradezu beispiellosen Disziplin der Massen und von deren politischer Reife zeugten. Die Disziplin der Massen fürchtet die Reaktion noch mehr als ihre Forderungen. Sie läßt Disziplin nur gelten, wenn sie sich in blinder Unterwerfung unter die Gewalt äußert. Aber wenn die um Freiheit und Recht kämpfenden Volksmassen Disziplin beweisen, dann ergreift die Herrschenden heillose Angst, dann ist der Staat in Gefahr, dann stehen wir, wie der freikonservative „Reichsbote" jammert, „vor dem revolutionären Konflikt". Deshalb sagt die reaktionäre Presse dem Berliner Polizeipräsidenten, daß er durch Genehmigung der Kundgebungen unter freiem Himmel die „Staatsautorität gefährdet" habe. Armer Fagow, auch das noch!

Den letzten Massendemonstrationen auf dem Fuße folgte am 12. April der Sieg der Sozialdemokratie bei der Landtagsersatzwahl im sechsten Berliner Wahlkreise. An Stelle des zurückgetretenen Genossen Heimann wurde Adolf Hoffmann mit 417 gegen 68 freisinnige Stimmen gewählt.

Hinzu kamen am 14. April vier sozialdemokratische Landtagswahlsiege in Sachsen-Altenburg. Zwei weitere Wahlsiege in ländlichen Kreisen sollen gesichert sein. Die Stimmenzahl der Sozialdemokratie ist überall stark gestiegen, die der Gegner hat sich vermindert. Es geht vorwärts!

An demselben Tage erlitt die Junkerpartei bei der Reichstagsersatzwahl im Kreise Lyck-Johannisburg, der seither im Besitz der Konservativen und zuletzt durch den Reichstagspräsidenten Graf zu Stolberg-Wernigerode vertreten war, eine schwere Niederlage. Nach dem Gesamtergebnis sind im Wahlkreise 23 737 gültige Stimmen abgegeben worden. Hiervon entfielen auf Kochan (nationalliberal) 12 655, auf Brämer (konservativ) 10 161 und auf Linde (Sozialdemokrat) 910 Stimmen. Zersplittert waren 11 Stimmen.

Bei der Hauptwahl im Januar 1907 wurden von 27 552 Wahlberechtigten 21 860 gültige Stimmen abgegeben: Es erhielten Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode (konservativ) 20 343, Dr. Siehr (Freisinnige Volkspartei) 833, Lobusch (Pole) 41, Rechtsanwalt Haase (Sozialdemokrat) 630 Stimmen.

Nun haben die Nationalliberalen mit starker Majorität gesiegt. Eine Hochburg der Junkerpartei ist gefallen. Fragt sich nur, ob die Nationalliberalen diesen Erfolg richtig zu schätzen wissen und nun gründlich von der Junkerpartei abrücken werden. Sonst würde es gleichgültig sein, ob sich die politisch noch sehr rückständige, masurische Landbevölkerung einen agrarischen Landrat oder einen nationalliberalen Gutsbesitzer zum Vertreter wählt. Darauf müssen die Nationalliberalen nun allerdings gefaßt sein, daß an ihnen die Konservativen in andern Wahlkreisen Revanche nehmen werden.

Zu dem Streik der Seeleute in Marseille, an dem in den ersten Tagen der Berichtswoche etwa 50 000 Mann beteiligt gewesen sein sollen, liegen abschließende Nachrichten noch nicht vor. Am 14. April sind die Minister zusammengetreten, um über die Verhältnisse in Marseille zu beraten. Eine Meldung aus Paris besagt, es sei von einer Vertretung der Streikenden beschlossen worden, den Generalstreik aller eingeschriebenen Seeleute in allen französischen Häfen zu erklären. Dazu wird bemerkt: „Falls der Generalstreik in den französischen Häfen tatsächlich durchgeführt wird, kann dieser Entschluß für den französischen Schiffahrtsverkehr die bedenklichsten Folgen haben. Es ist wahrscheinlich, daß die Regierung in diesem Falle von ihrem Rechte Gebrauch macht, das ihr die Kammer gelegentlich des Seemannsstreiks im vorigen Jahre gab: Von dem Rechte, das Monopol der französischen Flagge für den überseeischen Verkehr zwischen Frankreich und Algier aufzuheben. Es wird gesagt, daß die Regierung das Dekret bereits ausgefertigt habe, aber nur im äußersten Falle zu diesem Schritte sich entschließen würde; denn das Eintreffen fremder Schiffe im Hafen von Marseille würde, wie sich leicht begreifen läßt, zu ernsten Verwicklungen führen."

Der Streik der Straßenbahnangestellten in Philadelphia ist durch Verständigung mit der Gesellschaft beendet.

Aus Australien kommt die Meldung, daß bei den zum vierten Male stattgehabten Wahlen zum Bundesparlament die Arbeiterpartei mit einer Majorität von 18 Mandaten einen schönen Sieg errungen hat. Die früher in eine freihändlerische und eine schutzzöllnerische Gruppe gespaltenen bürgerlichen Parteien hatten sich gegen die Arbeiterpartei zusammengeschlossen, um ihre Wiederkehr zur Macht zu vereiteln. Die australische Arbeiterpartei ist nicht ausgesprochen sozialdemokratisch, wenn auch der Sozialismus an Boden gewinnt. Aber sie vertritt die nächstliegenden Klasseninteressen der Arbeiter und kämpft für eine radikale Sozialpolitik. Ihr Wahlprogramm enthält folgende Hauptpunkte: Schutz für das weiße Australien, also Fernhaltung besonders der chinesischen und japanischen Einwanderung; Schutz der Arbeit durch das Bundesschiedsgericht; Aufhebung der Zölle auf Waren, deren Erzeuger die Arbeiter schlecht entlohnen; Vergesellschaftung der Monopole; progressive Grundsteuern; Bürgerwehr mit Militärpflicht; Einschränkung der Anleihen; Unentgeltliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

An der Ausübung des aktiven Wahlrechts beteiligten sich die Frauen diesmal besonders lebhaft.

Maurerbewegung.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Streikbeitrag. Dieser Beitrag soll für ganze und halbe Tage bezahlt werden, d. h. wer in einer Woche einen halben Tag oder mehrere halbe Tage feiert, zahlt für diese Feierzeit nichts, sondern nur halbe Beiträge. Da wir aber

feine Marken à 5, 15, 25, 35 und 45 ₰ herstellen lassen, müssen die Zweigvereine eventuell zwei Markenfelder mit einer Marke bekleben, oder bei einer beitragspflichtigen Arbeit von viereinhalb oder fünfeinhalb Tagen den Ausgleich so schaffen, daß der überschüssige halbe Tag in den nächsten Wochen vorkommendenfalls aufgerundet wird.

Für die Beamten sind in den betreffenden Zweigvereinen Marken im Werte bis zu ℳ 10 vorrätig.

Regelmäßiger Verbandsbeitrag. Alle Ausgesperrten haben während der Karenzzeit (zwei Wochen nach erfolgter Aussperrung) Arbeitslosen-Marken zu kleben. Mit dem Tage der Unterstützung tritt auch für die Ausgesperrten wieder der regelmäßige Verbandsbeitrag in Kraft.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56,** zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 11. bis 17. April 1910 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Ahrensböck 67,28, **Aue** 103,47, **Alt-Damm** 52,27, **Arnswalde** 112,51, **Apolda** 79,74, **Ansbach** 35,43, **Alt-Wiendorf** 14,44, **Althaldensleben** 12,94, **Augsburg** 545,17, **Annaberg** 55,73, **Auma** 13,63, **Altdorf** 3,25, **Alt-Rahlstedt** 229,94, **Aken** 79,24, **Aurich** 73,70, **Amberg** 59,20, **Anklam** 2,74, **Arnstadt** 103,35, **Altenburg** 334,73, **Bernau** 333,59, **Bockwitz** 248,28, **Brandis** 110,17, **Burg a. F.** 28,70, **Brandenburg** 469,24, **Borna** 175,48, **Bunzlau** 166,58, **Boizenburg** 161,40, **Brieg** 145,88, **Barby** 130,95, **Bürgel** 98,56, **Brüel** 32,35, **Barth** 32,22, **Breitungen** 19,52, **Bamberg** 7,98, **Brüssow** 3,78, **Blumenthal** 3,59, **Boock** 1,20, **Barmstedt** —,65, **Bergen a. R.** 294,62, **Bernsee** 36,10, **Buxtehude** 35,86, **Belgard** 24,96, **Bleckede** 11,44, **Bredstedt** 4,54, **Bevensen** 156,86, **Bützow** 113,59, **Bruchmühle** 1,50, **Bremen** 1251,31, **Brinkum** 165,74, **Blankenburg i. Th.** 25,76, **Beelitz** 14,82, **Bramsche** 12,60, **Braunschweig** 671,51, **Bergedorf** 208,53, **Burgbernheim** 5,84, **Cuxhaven** 271,14, **Cochstedt** 51,15, **Caputh** 234,29, **Calbe a. d. Milde** 63,84, **Czerst** 38,04, **Colbitz** 37,46, **Crivitz** 31,28, **Coswig** —,9, **Crossen** 251,95, **Cüstrin** 217,36, **Crimmitschau** 181,35, **Cunewalde** 249,15, **Cönnern** 32,56, **Köthen** 25,24, **Croppenstedt** 51,88, **Delitzsch** 216,41, **Dönitz** 121,84, **Diliben** 82,25, **Dahlen** 65,94, **Deutsch Lissa** 50,91, **Düchelsdorf** 44,15, **Dürrwangen** 16,87, **Döbeln** 404,01, **Dargun** 50,40, **Dortmund** 1742,06, **Dessau** 209,12, **Doberan** 138,70, **Delmenhorst** 17,23, **Elmshorn** 150, **Eisenach** 800, **Erfurt** 697,38, **Eckernförde** 44,70, **Eutin** 152,22, **Emden** 84,02, **Elsterberg** 160,96, **Erkner** 69,90, **Eichhof** 14,66, **Essen** 3420,25, **Eydtkuhnen** 60,82, **Elster** 65,10, **Egeln** 46,04, **Frankenberg i. S.** 179,72, **Fürstenwalde** 150,15, **Fraustadt** 29,94, **Forchheim** 16,02, **Frankfurt a. d. O.** 328,20, **Frankenhausen** 149,52, **Fürstenberg** 103,15, **Friedrichshafen** 26,14, **Finsterwalde** 116,26, **Friedersdorf** 39,36, **Flensburg** 599,43, **Fürstenfeldbruck** 203,65, **Friedeberg** 137,22, **Guben** 322,77, **Genthin** 71,97, **Gardelegen** 17,26, **Göttingen** 339,33, **Grünberg i. Schl.** 286,71, **Gronau** 240,70, **Greifswald** 110,80, **Gollnow** 72,98, **Gransee** 68,75, **Groß-Neuendorf** 68,75, **Geesthacht** 61,39, **Gorgast** 56,61, **Goslar** 32,05, **Gummersbach** 25,07, **Groß-Freden** 10,88, **Gelenau** 248,18, **Grimma** 132,81, **Gülzow** 22,52, **Glesien** 11,48, **Greiz** 430,64, **Görlitz** 382,92, **Göppingen** 196,48, **Gengenbach** 71,95, **Goßlershausen** 38,10, **Gelsenkirchen** 910,17, **Gambach** 188,80, **Grandenborn** 75,40, **Garz a. R.** 4,64, **Germendorf** 90,13, **Großbeeren** 44,95, **Großammensleben** 41,73, **Gebweiler** 40,06, **Groß-Schönebeck** 16,66, **Hörde** 294,90, **Herzfelde** 118,18, **Hüttenrode** 54,53, **Heiligenthal** 45,42, **Harsefeld** 11,12, **Hötensleben** 9,12, **Heilbronn** 449,45, **Hamm** 260,56, **Hadersleben** 197,62, **Hilden** 61,92, **Heidenheim** 57,95, **Hersbruck** 53,22, **Hammer b. W.** 19,17, **Heinrichswalde** 18,89, **Hammelstall** 17,84, **Havelberg** 60,07, **Heide** 55,27, **Hartha** 21,80, **Halle** 2481,38, **Herne** 800, **Haynau** 141,63, **Hadmersleben** 25,56, **Jerichow** 68,98, **Jeßnitz** 69,39, **Ichtershausen** 30,04, **Jessen** 20,41, **Ilmenau** 18,46, **Johannisburg** 55,32, **Izehoe** 293,98, **Jüterbog** 272,24, **Kolzig** 82,14, **Kappeln** 46,70, **Krausnick** 13,39, **Kissingen** 142,98, **Kayna** 140,59, **Köslin** 122,20, **Kahla** 94,36, **Kemberg** 87,03, **Kropstädt** 65,11, **Kulmbach** 42,50, **Kalfberge** 14,27, **Kaufbeuren** 12,70, **Kolberg** 141,57, **Kremmen** 95,66, **Kranichfeld** 45,46, **Kattowitz** 300, **Königsberg i. Pr.** 225,65, **Königslutter** 223,32, **Kiel** 1189,59, **Kolmar i. Posen** 95,60, **Kellinghusen** 75,96, **Königsberg i. d. Neumark** 26,11, **Lyck** 125,16, **Lemgo** 77,42, **Langenwetzendorf** 70, **Lambrecht** 39,99, **Lindow** 24,16, **Liepe** 49,69, **Leutmannsdorf** 14,19, **Liegnitz** 976,94, **Luckenwalde** 355,94, **Langenbielau** 151,16, **Langensalza** 144,30, **Lörrach** 100, **Lychen** 99,54, **Lötzen** 34,05, **Lehrte** 143,76, **Lindau** 107,24, **Latowitz** 69,08, **Luckenau** 63,20, **Landsberg a. L.** 27, **Langelsheim** 26,97, **Lörrach** 26,51, **Lassan** 23,83, **Löhne** 22,51, **Liebenstein** 15,32, **Lochau** 78,15, **Letschin** 47,94, **Lübz i. Meklbg.** 37,12, **Lübbecke** 29,52, **Lüdenscheid** 22,91, **Langenstein** 14,06, **Leipzig** 10387,27, **Lübeck** 788,90, **Lengenfeld** 152,86, **Leisnig** 150,18, **Lissa** 94,62, **Lauenburg a. d. Elbe** 76,75, **Luchow** 24,40, **Lüneburg** 248, **Limbach** 214,81, **Lütjenburg** 81,45, **Langenöls** 71,19, **Marienburg** 149,05, **Mülsengrund** 138,60, **Michendorf** 65,20, **Memmingen** 59,90, **Mylau** 37,60, **Meinbrexen** 16,90, **Mamerow** 12,16, **Mühlhausen i. Th.** 325,85, **Metz** 304,37, **Merseburg** 200, **Marienwerder** 66,45, **Marlow** 37,46, **Märzdorf** 20,70, **Marne** 59,48, **Mölln** 53,67, **Münster** 181,92, **Markranstädt** 94,28, **Mittweida** 305,85, **Northeim** 250, **Norden** 134,07, **Nieskly** 88, **Neuhaus a. d. Elbe** 97,54, **Nordhausen** 487,35, **Nebra** 169,66, **Nienburg a. d. Saale** 69,96, **Niedershausen** 39,16, **Neudamm** 120,89, **Neubrandenburg** 12,61, **Neubukow** 127,88, **Neukalen** 77,64, **Nossen** 229,90, **Neuhaldensleben** 203,33, **Neu-Langsow** 55,05, **Nienburg a. d. W.** 3,64, **Oederan** 38,20, **Oldenburg i. Gr.** 521,90, **Oderberg** 123,42, **Olchatz** 104,10, **Ochsenwärder** 58,30, **Osmünde** 55,61, **Osterwiek** 21,92, **Osterholz-Scharmbeck** 256,61, **Ochsenzoll** 223,40, **Pforzheim** 454,31, **Preetz** 62,22, **Parchim** 49,95, **Priebus** 17,80, **Pölitz** 94,91, **Plaue** 47,91, **Pfarrkirchen** 39,94, **Pegau** 203,79, **Penzlin** 75,26, **Pretzsch** 24,20, **Penig** 78,92, **Plön** 64,28, **Prien** 31, **Pößneck** 13,04, **Querfurt** 42,65, **Quedlinburg** 240,31, **Rötha** 82,12, **Rehna** 41, **Rennersdorf** 247,05, **Rastenburg** 48,32, **Regensburg** 624,46, **Ronneburg** 94,88, **Richtenberg** 55,32, **Rügenwalde** 40,32, **Riesa** 671,95, **Rieder** 178,40, **Rosenheim** 155,77, **Rudolstadt** 103,90, **Rheda** 50,04, **Rotenburg i. Hann.** 25,68, **Remscheid** 309,75, **Rostock** 256,89, **Ribnitz** 138,66, **Roßlau** 94, **Reinfeld** 81,82, **Reichenbach i. Schl.** 213,18, **Reinbek** 111,76, **Rheinsberg** 62,14, **Rosche** 20,40, **Stendal** 139,91, **Schackensleben** 125,07, **Straubing** 77,04, **Sonneberg i. Th.** 45,52, **Schwerin i. Meckl.** 258,18, **Schwetzingen** 144,74, **Schopfloch** 121,71, **Soest** 115,30, **Schmalkalden** 99,83, **Sachsa** 87, **Schöningen** 77,89, **Schramberg** 63,85, **Saarmund** 57,21, **Satow** 54,83, **Sülze** 51,02, **Schweinitz** 38,18, **Sonnenburg** 27,84, **Seddin** 16,56, **Sandow** 12,84, **Salzdahlum** 6,52, **Schnelsen** 164,98, **Schönebeck** 143,93, **Sternberg** 83,18, **Schlawe** 61,18, **Schrobenhausen** 32,94, **Sachwitz** 178,80, **Strehlen** 144,66, **Schneeberg** 91,58, **Sandau** 51,80, **Schöneck** 28,92, **Soldin** 14,98, **Stade** 7,88, **Senftenberg** 663,84, **Stettin** 357,44, **Solingen** 214,77, **Schwiebus** 146,69, **Speyer** 107,24, **St. Ludwig** 100, **Sulingen** 69,78, **Sonkmerfeld** 68,46, **Seyda** 48,79, **Schönhausen** 35,66, **Stallupönen** 19, **Schönlanke** 8,28, **Sonneberg** 1,12, **Schneidemühl** 332,78, **Schmölln** 242,72, **Sonderburg** 193,90, **Striegau** 185,40, **Salzuflen** 182,28, **Spremberg** 175,25, **Schweidnitz** 147,05, **Sangerhausen** 136,10, **Schneverdingen** 35,60, **Scherrebek** 9,60, **Triebes** 122,15, **Tambach** 76,87, **Tondern** 5,48, **Tangerhütte** 95,72, **Torgau** 75,28, **Tessin** 41,08, **Tilsit** 222,30, **Traunstein** 116,99, **Tangermünde** 75,18, **Templin** 54,15, **Teutschenthal** 46, **Tautenhain** 40,94, **Treuen** 22,72, **Timmenrode** 150,12, **Tirschenreuth** 10,50, **Templin** 2,17, **Uelzen** 164,40, **Ueckermünde** 104,74, **Uetersen** 55,02, **Ulm** 57,08, **Visselhövede** 20,62, **Volksdorf** 50, **Völkershausen** 7,65, **Vilshofen** 45,18, **Wittenberg** 329,75, **Wriezen** 67,74, **Waldenburg i. S.** 60,70, **Wyk** 32,17, **Woldegk** 11,92, **Werder** 8,62, **Waltershausen** 175,13, **Waldorf** 114,93, **Wasserburg** 48,40, **Wernigerode** 206,93, **Wreschen** 87, **Wittstock** 68,06, **Wiesenburg** 67,25, **Wildeshausen** 66,70, **Wegeleben** 19,23, **Weisendorf** 16,42, **Wongrowitz** 12,81, **Waldenburg i. Schl.** 684,38, **Wittenberge** 153,35, **Walsrode** 124,05, **Wölfis** 119,95, **Weißenfels** 235,55, **Westerstede** 46,22, **Wolgast** 30,61, **Werneuchen** 24,13, **Walkenried** 11,93, **Wedel** 11,10, **Warnemünde** 1,07, **Winsen a. d. Aller** 93,05, **Westerhausen** 60,40, **Weimar** 39,95, **Zehdenick** 397,61, **Zielenzig** 194,10, **Zossen** 65,23, **Zwickau** 826,16, **Zellin** 22,44, **Züllichau** 4,10, **Zerbst** 150, **Zarrentin** 54,77, **Zinnowitz** 22,34, **Zäckerick** 54,03, **Zwinge** 33,81. Von hingesandter Streikunterstützung zurückgesandt: **Lengenfeld** 39,90.

b) Für Kalender.

Bernsee ℳ —,50, **Garz a. R.** 3,50, **Jüterbog** 7,50, **Langelsheim** —,50, **Lengenfeld** 1,50, **Neuhaldensleben** 2, **Netzschkau** 2,50, **Neiße** 5, **Osnabrück** 1, **Reinbek** 6.

c) Für Futterale.

Aue ℳ 2, **Augsburg** 10, **Bockwitz** 3, **Brieg** 3, **Brüel** 1, **Bevensen** 1, **Colbitz** 1,50, **Crossen** 2, **Cunewalde** 1, **Emden** 2,50, **Elsterberg** 2, **Fürstenwalde** 2, **Hettstedt** 2, **Heidenheim** 2, **Jüterbog** 2, **Kissingen** 2, **Kolmar i. Pom.** 3, **Lengenfeld** 1,50, **Meinbrexen** 1, **Rennersdorf** 2, **Riesa** 2, **Ribnitz** 1, **Reinbek** 1, **Schöningen** 2, **Sandau** 1,90, **Senftenberg** 3, **Schneidemühl** 2, **Weißenfels** 2,50, **Zielenzig** 1,50.

d) „Arbeit und Kultur".

Schweinfurt ℳ 3, **Würzburg** 1,50.

e) Tarifvertrag.

Osnabrück ℳ 10,50.

f) „Grundstein"-Einband und Decken.

Augsburg ℳ 1,10, **Braunschweig** 3, **Düsseldorf** 2,20, **Erfurt** 11,20, **Guben** 3, **Grünberg i. Schl.** 1,10, **Gronau** 3, **Gelsenkirchen** 1,10, **Hamm** 1, **Lüdenscheid** 1,10, **Lübeck** 2,20, **Lüneburg** 3, **Metz** 3, **Mülhausen i. Els.** 1,10, **Pforzheim** 6, **Regensburg** 1,10, **Reichenhall** 3, **Waldenburg i. Schl.** 1,10, **Würzburg** 3,30, **Zwickau** 1,10.

g) Für Anzeigen im „Grundstein".

Brandenburg ℳ —,90, **Greifswald** —,45, **Mülhausen i. Els.** —,60, **Parchim** —,45, **Spandau** —,20.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

Eine Versammlung des Zweigvereins **Löwenberg** nahm Stellung zur Frage der Akkordarbeit und beschloß, in Zukunft jede Akkordarbeit zu verweigern. Der Beschluß war notwendig, weil bei dem jetzt herrschenden System durch eine geradezu unmenschliche Steigerung der Arbeitsleistung eine große Zahl Kollegen arbeitslos werden. Schon jetzt sind bei der schlechten Konjunktur in Löwenberg viele Kollegen arbeitslos, und besonders den älteren Kollegen wird es bei Akkordarbeit schwer gemacht, irgendwo unterzukommen, so daß diese gezwungen sind, für niederen Lohn auf meilenweit entfernt liegenden Dörfern Unterkunft zu suchen. — In **Eisleben** wurde in einer Versammlung das Verhalten des Unternehmers Linsenbarth, der anfängt Staffellöhne zu zahlen, kritisiert und gleichzeitig zur Sprache gebracht, daß Kollegen aus Halle am Seminarneubau, entgegen den Beschlüssen, in Akkord putzen. — Eigentümlich gutmütige Kollegen scheinen wir in **Bernsdorf** in der Oberlausitz zu haben. Der dortige Unternehmer Müller, einer der schlimmsten Scharfmacher, kündigte am 26. März sämtlichen Maurern und Bauhilfsarbeitern, um am 15. April freie Bahn für die Aussperrung zu haben. Als er aber am 3. April sein fünfundzwanzigjähriges Geschäftsjubiläum feierte, veranstalteten die Maurer und Bauarbeiter eine Sammlung, die ℳ 75 einbrachte. Vermutlich wollten sie damit den Scharfmacher Müller während der Aussperrung unterstützen. Dieser schämte sich auch nicht, das Geld anzunehmen. Da weiß man wirklich nicht, über welchen von beiden Teilen man sich mehr wundern soll, ob über die Arbeiter, die für ihren Ausbeuter, sammeln oder über den Scharfmacher, der von seinen Ausgebeuteten noch Geschenke entgegennimmt.

Bauerlaubnis.

Während des jetzt beginnenden Kampfes im Baugewerbe dürften viele Kollegen, denen sich die Gelegenheit dazu bietet, Maurerarbeiten in eigener Regie ausführen. Um diese Kollegen vor Schaden zu schützen, machen wir darauf aufmerksam, daß vor dem Beginn von Neu- und Umbauten die polizeiliche Bauerlaubnis eingeholt werden muß, da sonst der Bauherr und der Bauausführende Strafe zu gewärtigen haben. Man erkundige sich deshalb vor Beginn der Arbeit bei Eigentümern usw., für die man Arbeiten ausführen will, ob die Bauerlaubnis eingeholt ist. Ist es nicht geschehen, dann dringe man darauf, daß es vor Beginn der Arbeit geschieht.

An die Kollegen,

die während der Aussperrung auf dem Lande Arbeit finden, richten wir das dringende Ersuchen, keine Akkordarbeit anzunehmen, oder an Orten, wo solche zulässig ist, keine Preisfestsetzung vorzunehmen, ehe sie sich mit den ortsansässigen Kollegen verständigt haben. Kollegen, die an Orten in Arbeit treten, wo noch keine Organisation besteht, bitten wir, durch eine ruhige Agitation und durch die Darlegung unserer Ziele die Gewinnung neuer Mitglieder anzustreben, bestimmt aber alles zu unterlassen, was unsere Organisation in Mißkredit bringen könnte. Auf diese Weise haben im Jahre 1890 die ausgesperrten Hamburger Kollegen in manchem Orte in Schleswig-Holstein den Grundstein zu einer Organisation gelegt, und wir sind überzeugt, daß, wenn die aufs Land kommenden Ausgesperrten in diesem Jahre ebenso verfahren, während des Kampfes keine Schwächung, sondern eine Stärkung unserer Organisation eintritt.

Internationale Maurerbewegung.

Schweiz.

Züricher Brief.

Nachstehend drucken wir den Brief eines seit einigen Jahren in Zürich lebenden deutschen Kollegen ab, der, obwohl er sich im wesentlichen nur auf Züricher Verhältnisse bezieht, doch als Beitrag zur Beurteilung der Schweizer Verhältnisse nicht uninteressant sein dürfte, zumal da alljährlich eine größere Zahl deutscher Kollegen auf der Wanderschaft auch die Schweiz berührt und dort längere oder kürzere Zeit arbeitet. Der Brief hat, unter Weglassung der Einleitung und minder wichtiger Stellen, folgenden Wortlaut:

Die meisten der in Zürich beschäftigten Maurer und Bauhilfsarbeiter sind Italiener, deren gewerbliche und erwerbende Tätigkeit schon im Alter von 14 Jahren beginnt. Nur der Umstand, daß ein Gesetz die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren auf Bauten verbietet, hält die Unternehmer davon zurück, die Altersgrenze für die Ausbeutung dieser Kinder noch weit mehr herabzusetzen; denn als Ausbeutung im schlimmsten Sinne muß die Tätigkeit dieser „boccias" (Lehrlinge, Handlanger) bezeichnet werden. Kaum 14 Jahre alt müssen sie Arbeiten verrichten, zu denen sich Erwachsene nur ungerne hergeben, weil die Bezahlung im Verhältnis zu der Schwere der Arbeiten viel zu gering ist. Bei zehnstündiger Arbeitszeit müssen die armen Geschöpfe den Mörtel in sogenannten Taufen (Bütten) treppauf und treppab schleppen. Werden sie davon nicht vollständig in Anspruch genommen, so werden sie zum Steinetragen herangezogen. Bei dieser schweren Arbeit ist es kein Wunder, daß die jugendlichen Arbeiter schwere körperliche Schäden davontragen, an denen sie zeitlebens mehr oder weniger zu leiden haben. Es ist oft geradezu empörend, wenn man sieht, wie sich die noch der Schule und Pflege bedürftigen Kinder bei der gesundheitzerrüttenden Arbeit abmühen müssen, oder wenn man sieht, wie sich abends die jugendlichen Ruinen mit abgeschundenen Gliedern nach ihren oft Höhlen gleichenden Wohnungen schleppen.

Die Bedürfnisse der Jungen sind natürlich angesichts des kargen Verdienstes äußerst gering. Häufig sieht man sie während der Frühstücks- und Mittagspausen mit einem Stück trockenen Brotes in der Hand auf den Bau steigen, wo sie dann die Bütte mit Hammer und Kelle vertauschen, um so nebenbei „mauern" zu lernen; denn ihr ganzes Denken ist begreiflicherweise von dem Wunsche beherrscht, die schwere Arbeit des Mörteltragens so bald wie möglich los zu werden. Ein sehr großer Prozentsatz der armen Jungen „erlernt" auf diese Weise das Maurerhandwerk. Diese primitive Art der Fachausbildung bringt es aber auch mit sich, daß später der einzelne „Maurer" dem Unternehmer gegenüber einen recht schweren Stand hat, weil er sich seiner Unzulänglichkeit und Unselbständigkeit wohl bewußt ist. Will er seine Interessen mit Nachdruck vertreten, Lohnansprüche stellen usw., so weiß ihm der Unternehmer jederzeit leicht plausibel zu machen, daß er ihn ohne Verlust entbehren und durch eine andere Arbeitskraft ersetzen könne.

Die italienischen Maurer, auch die, die in ihrer Heimat eine ordentliche Lehrzeit durchgemacht haben, sind gleichfalls gezwungen, ihre Bedürfnisse aufs äußerste einzuschränken; denn sie haben zumeist in der Heimat Angehörige, für deren Lebensunterhalt sie mit sorgen müssen. Unter solchen Umständen sollte man annehmen dürfen, daß sich die Italiener mit Freuden der Organisation ihres Berufes anschlössen, um durch sie ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern zu helfen. Dem ist aber leider nicht so. Zwar wissen unsere italienischen Kollegen wohl ausnahmslos, daß eine Verbesserung ihrer Lage nur durch gemeinsames Handeln mit ihren Arbeitsbrüdern erreicht werden kann, sie halten es auch für sehr zweckmäßig, daß ihnen die Organisation bei Streiks und Sperren Unterstützung zahlt; aber damit ist ihr Verständnis für die Organisation leider in sehr vielen Fällen zu Ende. Daß ihnen die Organisation auch die Pflicht auferlegt, Beiträge zu zahlen, das ist ihnen oft so unangenehm, daß sie es vorziehen, sich dieser Pflicht zu entziehen. Nichtsdestoweniger kommt es sehr häufig vor, daß unsere italienischen Kollegen mit Forderungen an die Unternehmer herantreten; denn einem einigermaßen agitatorischen Talent gelingt es meistens mit Leichtigkeit, eine ganze Kolonne für bestimmte Forderungen zu begeistern und sie zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen. Das Gefühl, das Temperament entscheidet dabei, einer reißt voller Leidenschaft den andern mit in die Bewegung hinein; aber eben weil das Gefühl entscheidet, weil die Forderungen nicht geboren werden aus der klaren Erkenntnis ihrer Berechtigung und Notwendigkeit heraus, sondern aus mehr oder weniger starken Wünschen, eben deshalb hält die Spannung zumeist auch nicht lange vor. Wenn die Bewegung länger dauert und wenn es gilt, Opfer zu bringen, dann kühlt das Temperament gar leicht ab. Sind erst die Nerven abgespannt, dann erlahmen auch bald die Wünsche, und in die Seele, die eben noch von Mut und Kühnheit überschäumte, zieht dumpfe Resignation ein. Wie ein

Strohfeuer flackert die Begeisterung für eine Sache auf; aber ohne entsprechende Nahrung verschwindet sie wieder ebenso schnell, und oft kehren die Arbeiter ohne etwas erreicht zu haben und ohne ersichtlichen Grund in das alte Joch zurück. Die italienischen Kollegen vermögen eben im allgemeinen nur für größere Ziele eine starke Energie und Ausdauer aufzubringen, für Ziele, an denen sie sich selbst aufrichten und begeistern können, die ihrer Energie stets neue Nahrung geben. Ein beredtes Beispiel dafür ist der Bauarbeiterstreik in Winterthur, wo trotz der langen Dauer fast gar keine italienischen Kollegen umgefallen sind. Man darf auch überzeugt sein, daß es den dortigen Unternehmern in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, durch italienische Streikbrecher Erfolge zu erzielen; denn die italienischen Organisationen sind heute wohl in der Lage, die auswandernden Kollegen von den Differenzen zu unterrichten und sie von der Schimpflichkeit des Streikbruchs zu überzeugen.

Wesentlich anders sind die Verhältnisse bei den hier arbeitenden deutschen Kollegen. Die in die Schweiz reisenden deutschen Kollegen haben fast ausnahmslos eine geregelte Lehrzeit hinter sich. Sie kommen auch nicht in erster Linie in die Schweiz, weil sie in Deutschland keine Arbeit finden können oder weil sie hier mehr als in der Heimat verdienen, sondern die meisten tun dies, um nach beendeter Lehre neue Erfahrungen zu sammeln, neue Eindrücke in sich aufzunehmen, und manche vielleicht auch, um die geistigen Kräfte ernsten Fragen und Problemen zuzuwenden. In der Tätigkeit für die Organisation stehen unsere deutschen Kollegen im Vordergrund; besonders in Zürich ist z. B. das Versammlungswesen fast ausschließlich von den Deutschen beherrscht. In bezug auf den Einfluß, den die deutschen Kollegen auf die Arbeitsweise ausüben, kann man dagegen sehr geteilter Meinung sein. Das Bestreben, die Arbeit qualitativ zu heben, ist ja sehr zu begrüßen; aber die quantitative Steigerung ist meines Erachtens angesichts der schlechten Lohnverhältnisse und der schlechten Behandlung durch die Unternehmer und Poliere weniger erwünscht. Es soll nicht verschwiegen werden, daß auch einzelne deutsche Maurer in die Schweiz kommen, die ihrem Heimatland nicht gerade zur Ehre gereichen; immerhin sind aber solche Exemplare, die meist aus „dunklen" Gegenden kommen, verhältnismäßig sehr selten.

Am wenigsten werden hier die Lohn- und Arbeitsverhältnisse von den schweizerischen Kollegen beeinflußt, was in der Hauptsache auf die numerische Schwäche zurückzuführen ist, mit der sie in unserm Beruf vertreten sind. Außerdem hat die Tatsache, daß das von außerhalb zuströmende Menschenmaterial stets wechselt, die Wirkung, daß sehr viele unserer schweizerischen Kollegen, wenn sie kaum der Lehre entwachsen sind, kein höheres Ziel kennen, als irgendein Pöstchen beim Unternehmer zu ergattern. So sieht man hier öfter junge Leute von 18 bis 19 Jahren in hohem Stehkragen und Stulpenstiefeln mit einem Arm voll Zeichnungen auf den Baustellen herumflattern und herumkrähen, die von praktischer Arbeit oft genug herzlich wenig Ahnung haben. Von den Arbeiten für die Organisation ziehen sich die einheimischen Kollegen desto mehr zurück, je mehr die fremden Kollegen in den Vordergrund treten. Seinen Hauptgrund hat dies darin, daß in den Auffassungen über politische und andere Fragen zwischen den deutschen — insbesondere den norddeutschen — und den schweizerischen Kollegen eine starke Verschiedenartigkeit zutage tritt. Die Proletarisierung der Massen tritt in der Schweiz noch nicht in so starkem Maße in die Erscheinung wie beispielsweise in Norddeutschland. Der schweizerische Arbeiter ist im allgemeinen noch viel mehr in kleinbürgerlichen Ideologien befangen und hat deshalb viel mehr in sich zu arbeiten, ehe er zu klarem Klassenbewußtsein kommt, als der deutsche, dem ja die herrschende Klasse das Klassenbewußtsein schon in früher Jugend auf recht brutale Weise eingeimpft hat. Es ist also zu verstehen, daß sich das Geistesleben unserer schweizerischen Kollegen in Bahnen bewegt, die die deutschen etwas altertümlich anmuten, und daß sie sich umgekehrt nur mit großer Mühe in das Geistesleben der deutschen Kollegen richtig einzuarbeiten vermögen.

So verschiedenartig nun die Eigenschaften der Kollegen sind, so verschiedenartig sind hier auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen, und diese Verschiedenartigkeit gewährt einen großen Spielraum für Bauspekulanten. So sieht man denn fast jede Woche einige Spekulanten auftauchen und andere wieder verschwinden, wobei unsere Kollegen nicht selten um ihren Lohn geprellt werden. Betrachtet man den Werdegang eines solchen Spekulanten, so kann man manchmal alles mögliche wahrnehmen, nur keine fachtechnische Ausbildung. Vereinigt ein Bauhilfsarbeiter, der heute Steine und Mörtel trägt, neben chronischer Arbeitsunlust noch die beiden Eigenschaften der Skrupellosigkeit und der Großmäuligkeit in sich, dann hat er sehr bald Aussicht, „Handlangerpolier" zu werden. Als solcher hat er die Aufgabe, die Handlanger anzutreiben, auch mal ein Stück Brett oder Rüstholz zu messen. Dann und wann gerät ihm ein Stück Zeichnung in die Hände, deren Inhalt er in Ermangelung anderer Tätigkeit nach und nach zu enträtseln sucht. So wird er allmählich in die „höhere Baukunst" eingeweiht. Wenn ihm dann noch jemand Kredit zusagt, so ist der „Bumeischter" fertig. Die Geldgeber verstehen sich natürlich zu sichern; sie geben eine Summe Geldes nur für eine ganz bestimmte Arbeitsleistung. Ist an dem Lohntage die Etagenhöhe oder ein sonstwie verabredetes Pensum nicht fertig, dann treten „Zahlungsschwierigkeiten" ein. Der Unternehmer vertröstet dann den Arbeiter in der Regel von einem Tag auf den andern. Da der Arbeiter manchmal ebenso gut wie der Unternehmer selber weiß, daß erst das bestimmte Pensum geleistet werden muß, ehe der Unternehmer die Abschlagszahlung bekommt, so stellt er die Arbeit nicht so leicht ein; denn, tut er das, so kann er unter Umständen wochen-, ja monatelang warten, ehe er zu seinem sauer verdienten Gelde kommt. Arbeitet er aber weiter, dann tut er dies auf die Gefahr hin, daß er sich damit seines gesetzlichen Rechtes auf Lohnanspruch begibt; denn das schweizerische Gesetz kennt nur einen Lohnanspruch für die letzten 14 Arbeitstage, was weiter zurückliegt, das ist — „verjährt". Die Bauspekulanten und ihre Strohmänner suchen natürlich der ständig über ihnen schwebenden Gefahr der Zahlungsschwierigkeiten dadurch zu entrinnen, daß sie die Arbeitskraft der einzelnen Arbeiter bis zum äußersten auspressen.

Die Löhne der einzelnen Arbeiter sind, wie oben schon bemerkt, sehr verschieden. Der niedrigste Maurerlohn dürfte 56 Centimes, der höchste 75 Centimes betragen. Die Handlanger erhalten zwischen 40 und 52 Centimes und die „boccias" 32 bis 40 Centimes. Deutsche Maurer werden ihrer guten Ausbildung wegen im allgemeinen bevorzugt. Die Lebensmittelpreise sind sehr hoch, so daß ein alleinstehender Arbeiter bei einer täglichen Ausgabe von 2,50 Francs für Essen nicht gerade sehr üppig leben kann. Auch die Wohnungsmieten und die Preise für Kleidung und andere Gebrauchsartikel sind sehr hoch.

Sehr traurig sieht es auch mit dem Baubudenwesen aus. Im vorigen Jahre wurde zwar eine Verordnung zur Regelung des Baubudenwesens erlassen; aber die Aufsichtsorgane der Behörden dringen nicht ernsthaft auf die Einhaltung resp. Durchführung dieser Verordnung. Die Behandlung der Kollegen durch die Unternehmer und deren Söldlinge ist meist „unter dem Hund". Es scheint nur ganz wenigen dieser Leute zum Bewußtsein zu kommen, daß ihnen auch im Bauarbeiter so etwas wie ein menschliches Wesen mit menschlichem Fühlen und Denken gegenübersteht.

Aus alledem ist wohl zur Genüge ersichtlich, wie notwendig hier eine starke Organisation zur Besserung der Zustände ist. Es bedarf einer ganz ungeheuren Arbeit, ehe die Verhältnisse so weit sind, daß man sie auch nur einigermaßen als auskömmlich bezeichnen kann. Vor allem muß versucht werden, die schweizerischen Kollegen wieder mehr und mehr zur Arbeit für die Organisation und innerhalb der Organisation heranzuziehen, damit endlich ein fester Stamm von Kollegen am Orte geschaffen und die Organisation durch die einheimischen Kollegen auf ein festes Fundament gestellt wird. Das sollte selbst dann geschehen, wenn in der ersten Zeit nicht alles so klappt, wie dies unsere deutschen Kollegen wünschen und wie sie es von der Heimat her gewöhnt sind. Sie müssen sich damit abfinden, daß nun einmal die Entwicklung in der Schweiz noch nicht so weit ist, wie in Deutschland. Es geht nun einmal nicht an, mehrere Stufen auf einmal zu überspringen, sondern jede einzelne Stufe muß mit Ueberlegung beschritten und aus jeder muß gelernt werden, wie man in Zukunft am besten vorwärts kommt.

Viel wert ist, daß die Organisation in Italien gut ausgebaut wird und daß wir von dort aus agitatorische Kräfte erhalten. Durch die Einführung der internationalen Mitgliedsbücher wird die Organisierung der in der Schweiz arbeitenden Maurer wesentlich erleichtert, was natürlich für uns hier kein Grund sein darf, die Hände in den Schoß zu legen und alles Heil von Italien und den internationalen Mitgliedsbüchern zu erwarten. Jeder Kollege und insbesondere auch jeder deutsche Kollege muß und kann die Agitation unterstützen durch ein gutes und harmonisches Zusammenarbeiten mit den andern Kollegen auf den Arbeitsstellen. Ein verträgliches Verhalten stärkt die Zuversicht und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen ganz wesentlich, während ein rauhes und abstoßendes Betragen dies vernichtet oder nicht aufkommen läßt. In diesem Sinne kann also jeder, selbst wenn er nicht die geringste Rednergabe besitzt, die Agitation wirksam unterstützen und so praktisch mitwirken an der Revolutionierung der Gehirne.

G. E.

Zentralkrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit".)

In der Woche vom 10. bis 16. April sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Nietleben M. 350, Beelitz i. d. Mark 300, Gebesee 300, Mühlenbeck 300, Cassel 300, Pölitz in Pommern 300, Wedel i. Holstein 250, Werder a. d. Havel 250, Golzow 237, Reinbek 204,20, Wittenberge 201,01, Rathenow 200, Eggersdorf 200, Annaburg 200, Ueckermünde 200, Niedenstein 200, Celle 200, Jessen (Bezirk Halle) 200, Köslin 200, Roßlau i. Anhalt 200, Bergedorf 190, Kirchwärder 160,70, Dahlenburg 150, Wenzickendorf 150, Gusow 150, Rawitsch 150, Jordan-Paradies 150, Düsseldorf 150, Leibsch 150, Eggesin 142,28, Zehlendorf 120, Lengerich 110, Torgelow 100, Baruth i. d. Mark 100, Gatzen 100, Thella 100, Schierstein 100, Wannsee 100, Güstrow 100, Lichtenrade 100, Reinickendorf 100, Aumund 100, Wilsnack 89,45, Sandbach i. Hessen 80, Stockelsdorf 80, Hennigsdorf 75, Wandlitz 50, Prettin 50, Gernrode 60, Langendreer 40, Wörth a. Rh. 40, Staßfurt 30, Schwartau 30. Summa M. 8189,64.

Zuschüsse erhielten: Cöln a. Rh. M. 300, Liebenwalde 200, Waldmichelbach 100, Warnemünde 100, Schönhausen an der Elbe 80, Sonnenberg bei Wiesbaden 75, Wiesbaden 50, Wefensleben 50, Oppau i. d. Pfalz 50. Summa M. 1005.

Altona, 16. April 1910.

Karl Reist, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

*

Bochum. Beim Verlegen der Schienen an den Koksöfen der Zeche „Hasewinkel" stürzte der Maurer Franz Kordes am 14. April in einen nicht abgedeckten Schacht und zog sich dabei eine erhebliche Verstauchung des rechten Fußes zu. Er mußte ins Krankenhaus aufgenommen werden. — Am gleichen Tage abends gegen 7 Uhr erlitt der Maurer Lambert Jansen am Wingefeldschen Neubau an der Amtsstraße im Bezirk Hamme durch Absturz vom Gerüst schwere Verletzungen. Er wurde per Krankenwagen ins katholische Krankenhaus befördert.

Hof a. d. S. Am Schulneubau in Schwarzenbach stürzte der Kollege Ernst am 16. April beim Abrüsten ab und erlitt eine Fußverletzung.

Landsberg a. d. W. Am 15. April stürzten am hiesigen Schulhausbau durch Reißen eines Drahtseils zwei beim Gerüstbau beschäftigte Arbeiter und ein Polier ab. Der Polier und ein Arbeiter kamen mit dem Schrecken davon, der Arbeiter Paul Rottke erlitt dagegen eine so stark Beinverletzung, daß er mittels Droschke nach Hause gefahren werden mußte.

* **Die Bautätigkeit in Frankfurt a. M.** ist nach einer neuen Feststellung im ersten Quartal dieses Jahres etwas zurückgegangen, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Unternehmer und das bauende Publikum mit dem Beginn der bereits genehmigten Bauten noch zurückhalten, aus Furcht vor dem bevorstehenden Kampfe im Baugewerbe. Es waren insgesamt 301 Bauten in Ausführung, gegen 320 im vierten und 311 im dritten Quartal 1909. Von den Bauten befinden sich (die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf das vierte und dritte Quartal 1909) im Aushub 11 (27, 20), im Fundament oder Kellergeschoß 16 (12, 22), im Parterre 10 (8, 21), in der ersten Etage 9 (10, 8), in der zweiten Etage 24 (9, 17), in der dritten Etage 13 (7, 9), in der Dachetage 10 (27, 6), im Rohbau fertig 34 (73, 51), im Rauhverputz 78 (47, 66) und im inneren Ausbau 96 (100, 91). Außerdem wurden im ersten Quartal 1910 35 Auf-, An- und Umbauten und 64 bauliche Veränderungen festgestellt. 13 Vorderhäuser und ein Hinterhaus ruhen zurzeit.

* **Gefängnis für schlechte Akkordarbeit.** In Stendal wurden am 7. April die Akkordmaurer Karl Krüger, Friedrich List und Hermann Hilliger zu je einem Monat Gefängnis verurteilt, weil sie sich durch die Herstellung einer schlechten Mauer des Betruges schuldig gemacht hatten. Die Stadt Stendal hatte dem Tiefbauunternehmer Liedmann die Herstellung der gesamten Kläranlage auf den Rieselfeldern übertragen, und zwar mit dem Auftrag, die Maurerarbeiten einem Maurermeister zu übertragen, der dem Bauamt als zuverlässig bekannt sei. Liedmann übertrug infolgedessen dem Maurermeister Behne die Ausführung der Maurerarbeiten. Letzterer wiederum übertrug den Aufbau der Maurer, die stark untergründet werden mußte, da sie bei der Kläranlage einem erheblichen Druck Widerstand leisten muß, den drei Angeklagten. Behne verabredete mit ihnen einen Akkord von M 2,20 für den Kubikmeter Mauerwerk. Als die Maurer bei dem Mauerwerk arbeiteten, wurden sie von dem städtischen Bauführer Zieske befragt, ob sie die Mauer auch vorschriftsmäßig aufführten. Dies bejahten sie. Der bei Behne beschäftigte Techniker Hartmann sah die Arbeiten der Maurer häufig nach, ohne sich jedoch eingehend von der Tiefe und Beschaffenheit der Untermauerung zu überzeugen. Der Unternehmer selbst hat die Mauer nicht kontrolliert. Die Akkordmaurer stellten nun, um bei dem schlechten Preis doch noch ein Geschäft zu machen, die Untermauerung in der Weise her, daß sie auf beiden Seiten Blenden aufführten und das Innere anstatt mit massiven Mauerwerk mit Erde ausfüllten. Außerdem verpandten sie nicht den vorgeschriebenen Mörtel. Als die Maurerarbeiten schon ziemlich weit vorgeschritten waren, teilten die Maurer Baum und Nagel, die bei dem Bau in Stundenlohn tätig waren, Behne die unvorschriftsmäßige Ausführung der Maurerarbeiten mit. Die hierauf durch den Stadtbaurat Krüger vorgenommene Untersuchung ergab die geschilderte, unsachgemäße Arbeit. Die Folge war, daß die Mauer wieder niedergelegt werden mußte, wodurch Behne, der ja finanziell der Verantwortliche blieb, einen Schaden von etwa M 3000 erlitt. Vor der Strafkammer wollten die Angeklagten nicht betrügerisch gehandelt, sondern die Pfuscharbeit nur hergestellt haben, um auf ihre Rechnung zu kommen. Das nützte aber nichts; denn das Gericht verurteilte sie, wie schon erwähnt, zu je einem Monat Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, die Angeklagten hätten äußerst frivol gehandelt; es sei aber berücksichtigt worden, daß für sie durch den niedrigen Akkordpreis die Verführung sehr nahe lag.

* **Submissionen.** Eine Submissionsblüte, wie sie sich prächtiger wohl selten entfaltet haben dürfte, ist bei der Ausschreibung der Bauarbeiten für die Errichtung von vier Schleusen bei Niederfinow seitens des königlichen Bauamtes in Oderberg zutage gekommen. Das Ausschreiben war in zwei Lose geteilt. Bei Los eins, das rund 687 000 cbm Bodenbewegung, Rammarbeiten und Mauerwerk vorsah, wurde das niedrigste Gebot mit M 897 000 von der Firma Zomak & Walter in Friedenau und das höchste mit M 1 820 900 von der Firma Rohl & Schällmann in Berlin abgegeben. Also nicht mehr und nicht weniger als ein Unterschied von rund einer Million Mark! Bei dem zweiten Lose ist gleichfalls ein gewaltiger Unterschied vorhanden. Das niedrigste Angebot betrug M 197 650, das höchste M 457 210, also ein Unterschied von M 259 560.

Offene Koksfeuer auf Bauten.

Das „Reichsarbeitsblatt" vom Februar dieses Jahres enthält zu dieser Frage folgenden Beitrag des Reichsversicherungsamtes:

„Wie allgemein bekannt, werden zum Austrocknen von Bauten vielfach offene Koksfeuer verwendet, die in Kokskörben brennen, die aus Flach- oder Stabeisen hergestellt sind. Die aus diesen offenen Koksfeuern entweichenden Gase enthalten Kohlenoxyd, das wegen seiner Giftigkeit öfters zu Unfällen für die auf Bauten beschäftigten Arbeiter geführt hat. Wenn auch die Zahl dieser Unfälle im Vergleich zu den bei Bauten überhaupt vorkommenden verhältnismäßig gering ist, so muß ihnen eine besondere Bedeutung doch insofern beigemessen werden, als sie infolge der überaus giftigen Wirkung des Kohlenoxydgases auf den menschlichen Organismus meist tödlich oder jedenfalls unter schwerer Gesundheitsschädigung verlaufen. Das Reichsversicherungsamt hat deshalb der Angelegenheit schon seit langem seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Auch die Baugewerks-Berufsgenossenschaften suchten den nachteiligen Folgen der Verwendung von Kokskörben dadurch vorzubeugen, daß sie in ihren Unfallverhütungsvorschriften das Arbeiten und den längeren Aufenthalt in

Räumen, in denen offene Koksfeuer brennen, oder die mit derartigen Räumen in Verbindung stehen, verbieten. Trotz dieser Bestimmung kommen aber immer noch Unglücksfälle vor, meist infolge Zuwiderhandelns der Arbeiter (Bauwächter) gegen obengenannte Vorschrift. Es entstand deshalb die Frage, ob nicht der Gebrauch offener Koksfeuer überhaupt zu untersagen sei und das Austrocknen der Bauten nicht mit andern, ungefährlichen Vorrichtungen erfolgen könne.

In letzter Beziehung kam die Verwendung von sogenannten Koksöfen (Türkische, Zimmermannsche, Reißsche Koksöfen und andere) in Betracht. Diese sind mit Abzugsvorrichtungen versehen, durch die die schädlichen Gase ins Freie geführt werden. Derartige Oefen haben aber im Gegensatz zu den Koksöfen, abgesehen von den größeren Anschaffungskosten, den Nachteil, daß sie schwieriger von Ort zu Ort zu bewegen sind. Weiterhin wirken sie nur durch die strahlende Wärme, während die offenen Koksfeuer neben der letzteren noch reichliche Mengen freier Kohlensäure an die Luft des Raumes abgeben und infolgedessen ein schnelleres Erhärten des Mörtels herbeiführen sollen. Wegen dieser Vorzüge der Kokskörbe halten die Bauunternehmer an der weiteren Verwendung der einfacheren und billigeren Kokskörbe mit großer Zähigkeit fest. Unter diesen Umständen konnte das Reichsversicherungsamt das vollständige Verbot der offenen Koksfeuer nicht ohne weiteres empfehlen.

Zur Klärung dieser wichtigen Angelegenheit veranlaßte es daher zu Anfang dieses Jahres eine Besprechung mit Vertretern der Baugewerks-Berufsgenossenschaften und des Kaiserlichen Gesundheitsamtes. Hierbei wurde beschlossen, die Wirkungsweise der offenen Koksfeuer durch praktische Versuche auf verschiedenen Neubauten festzustellen. Diese Versuche haben inzwischen stattgefunden. Aus dem ausführlichen, die Frage wissenschaftlich untersuchenden Gutachten des Kaiserlichen Gesundheitsamtes können an dieser Stelle nur einige kurze Mitteilungen gemacht und die Schlußfolgerungen mitgeteilt werden. Die Feststellungen bezogen sich auf die Zusammensetzung des von den brennenden Kokskörben ausströmenden Kohlendunstes, auf seine Verteilung in den Räumen und auf seinen Kohlenoxyd- und Kohlensäuregehalt in den einzelnen Räumen der für den Versuch besonders hergerichteten Rohbauten.

Diese Untersuchungen wurden bei verschiedenen Luftverhältnissen (Ventilation) und unter Verwendung mehrerer Koksgrößen angestellt. Die Gasproben wurden an verschiedenen Stellen der betreffenden Räume (am Fußboden, an der Decke, in der Nähe der Kokskörbe usw.) entnommen. Es wurde dann in den angegebenen Beziehungen die Luft der Räume, in denen die brennenden Koksöfen aufgestellt waren, sowie die Luft aus den seitlich von und über diesen Räumen gelegenen Zimmern und dem Treppenhaus auf das genaueste analytisch untersucht. Durch diese mannigfaltigen Ermittlungen und Beobachtungen hatte man eine ziemliche Gewißheit, den tatsächlichen Verhältnissen so nahe als möglich zu kommen. Die gefundenen Ergebnisse wurden mit den allgemeinen wissenschaftlichen Feststellungen über die Giftwirkung des Kohlenoxyds verglichen und daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen, die das Kaiserliche Gesundheitsamt wie folgt zusammenfaßt:

„Ein nicht nur vorübergehender Aufenthalt in solchen Räumen, in denen Kokskörbe brennen, wird grundsätzlich zu verbieten sein. Die Verwendung von Kokskörben wird ferner nur in den Räumen zu gestatten sein, die ausgiebig mit der freien Luft in Verbindung stehen (durch Freilassen des obersten Drittels der Fensteröffnungen) und welche gegen die Nachbarräume soweit abgeschlossen sind, daß ein erheblicher Luftaustausch zwischen beiden ausgeschlossen ist. Für die zweckmäßigste Art, diesen Abschluß herbeizuführen, haben die Versuche sichere Anhaltspunkte nicht ergeben; es scheint aber, als ob es gewöhnlich genügt, die Möglichkeit eines weitgehenden Austausches der Luftmassen zwischen den Räumen zu verhindern.

Der Aufenthalt in Räumen, die neben, über oder unter Räumlichkeiten mit brennenden Koksöfen gelegen sind, erscheint unter den geschilderten Bedingungen im allgemeinen dann gefahrlos, wenn sie ebenfalls gleichzeitig nach außen gelüftet werden. Als ausreichende Lüftung kann auch hier angesehen werden, wenn ein Drittel der für die Fenster bestimmten Flächen der Außenluft freien Zutritt gewährt."

Dieses Ergebnis der Versuche stimmt mit den Erfahrungen, die das bisherige Vorgehen des Reichsversicherungsamtes bestimmt und veranlaßt haben, bei der Ergänzung der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften eine genügende Ventilation zu verlangen, im wesentlichen überein. Dieses Gutachten liefert den Beweis, daß die vollständige Beseitigung der offenen Koksfeuer nicht zu fordern ist, und daß es vom unfalltechnischen Standpunkt aus genügt, wenn neben den bereits bestehenden Vorschriften für Räume, in denen offene Koksfeuer brennen, noch bestimmt wird, daß solche Räume mit der Außenluft ausgiebig in Verbindung zu setzen sind. Nach dem Gutachten des Kaiserlichen Gesundheitsamtes genügt das Freilassen des obersten Drittels der Fensteröffnungen. In gleicher Weise sollen die neben, über und unter dem Koksfeuer befindlichen Räume ventiliert sein. Hiernach dürften für die Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerks-Berufsgenossenschaften Bestimmungen zu empfehlen sein, die das Arbeiten und den unnötigen Aufenthalt in Räumen, in denen brennende Kokskörbe aufgestellt sind, verbieten und verlangen, daß die mit der Bedienung der brennenden Kokskörbe beauftragten Arbeiter solche Räume sofort nach der Bedienung der Feuerstellen wieder zu verlassen haben. Ferner ist zu fordern, daß solche Räume durch Offenhalten eines genügenden Teiles der Fenster oder durch andere Oeffnungen mit der Außenluft in Verbindung gesetzt und daß sie gegen die benachbarten Räume dicht abgeschlossen werden. Andernfalls wären auch die Nachbarräume durch ausreichende Luftzufuhr zu ventilieren."

Das Reichsversicherungsamt ist also auf Grund des Gutachtens des Reichsgesundheitsamtes zu der Ansicht gekommen, „daß eine vollständige Beseitigung der offenen Koksfeuer nicht zu fordern ist". Es hat die Erfüllung der seit mehr als einem Jahrzehnt von den Bauarbeitern ausgesprochenen dringenden Wünsche abgelehnt und sich dem Verlangen der Unternehmer gefügt, die an den Kokskörben „mit großer Zähigkeit" festhalten, festhalten natürlich ihres Profites wegen; denn alles andere ist eitel Mumpitz. Jeder Praktiker weiß nachgerade, daß die Qualität der Arbeit, insbesondere der Wand- und Deckenputz, durch die Anwendung offener Koksfeuer beeinträchtigt wird, weil durch diese die Bindekraft des Kalkes geschwächt und zum Teil ganz aufgehoben wird. Profit, das ist die Losung der Unternehmer, dem man die Gesundheit der Arbeiter rühig opfert. Es ist höchst eigenartig, daß das Reichsversicherungsamt, um eine Klärung in dieser Sache herbeizuführen, wohl die Vertreter der Unternehmer zu einer Besprechung einlud, die Arbeiter aber ignorierte. Daß das Reichsversicherungsamt dadurch ein objektives Bild gewonnen haben könnte, ist natürlich ausgeschlossen, ebenso wie es ausgeschlossen ist, daß die Arbeiter von einer allgemeinen Umgestaltung der Unfallverhütungsvorschriften in den vom Reichsversicherungsamt angeregten Sinne eine nennenswerte Besserung zu erwarten haben. Es ist ja nicht wahr, daß der Aufenthalt in Räumen, die neben, unter oder über Räumlichkeiten mit brennenden Koksöfen liegen, dann unschädlich ist, wenn das oberste Drittel der Fenster geöffnet ist, ganz abgesehen davon, daß ja diese Vorschrift in der Praxis nicht eingehalten werden wird, weil ein Heizen bei offenen Fenstern seinen Zweck niemals erfüllen kann. Solange die Verwendung der offenen Koksfeuer noch gestattet ist, werden die schlimmsten Mißbräuche nicht aufhören. Deshalb ist es die Pflicht der Bauarbeiter, auch in Zukunft den Kampf gegen die Kokskörbe zu führen.

Gewerkschaftliches.

* **Ein Kongreß der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands.** Die Generalkommission gibt folgendes bekannt:

Der dem Reichstage kurz vor den Osterferien zugegangene Entwurf einer Reichsversicherungsordnung bringt neben einigen notwendigen und seit Jahren erwarteten Reformen derart erhebliche Verschlechterungen für die versicherte Arbeiterschaft, daß derselbe den einmütigen Protest der gesamten Arbeiterschaft herausfordert. Bereits der vorjährige zur öffentlichen Diskussion gestellte Vorentwurf begegnete in den Kreisen der Versicherten und Arbeitgeber einhelliger Zurückweisung. Der neue Entwurf hält im wesentlichen an den reaktionären Plänen der Reichsregierung gegen die Selbstverwaltung der Versicherten fest, und es bedarf der tatkräftigen Agitation der Arbeiterschaft aller Organisationsrichtungen, um rechtzeitig auf die Beratungen des Entwurfs im Reichstage Einfluß zu gewinnen. Es war anzunehmen, daß die erste Beratung im Reichstage kurz vor der Vertagung des letzteren stattfinden und der Entwurf einer Kommission zugewiesen würde, die während des Sommers tagen sollte. Nunmehr berichtet die Tagespresse indes, daß beabsichtigt sei, die Vorlage schon in der ersten Woche nach dem Zusammentritt des Reichstages, also in der Zeit vom 12. bis 16. April, in erster Beratung zu erledigen und eine Verständigung in der Kommission über die neuen Grundzüge der Reform noch vor der Vertagung des Reichstages herbeizuführen. Die letztere ist bereits für die erste Woche im Mai vorgesehen. Dieses beschleunigte Tempo der Verabschiedung eines so umfangreichen Gesetzeswerkes zwingt die Arbeiterschaft, sofort Stellung zu dem Entwurf zu nehmen und ihre Forderungen geltend zu machen; denn jede Aktion der Arbeiterschaft, um auf die Gestaltung des Gesetzes einzuwirken, würde vergeblich sein, wenn die Grundzüge des Gesetzes bereits in der Kommission festgelegt sind. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat die Veranstaltung eines

Allgemeinen Kongresses aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands zum 25. April d. J. in Berlin

in Aussicht genommen. Zu diesem Kongreß sollen alle Organisationen gewerkschaftlichen Charakters zugelassen werden, und es sind bereits die entsprechenden Einladungen an die Zentralverbände, sowie an die Zentralen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Christlichen Gewerkschaften und die Polnische Berufsvereinigung ergangen. Auch die sonst bestehenden Organisationen gewerkschaftlichen Charakters von Arbeitern und Angestellten, die keiner Zentrale angehören, können an diesem Kongreß teilnehmen und wollen sich diesbezüglich mit der unterzeichneten Generalkommission in Verbindung setzen. Das Tagungslokal sowie die Tagesordnung und die Referenten des Kongresses werden bekannt gegeben, sobald ein Einverständnis darüber mit den übrigen Gewerkschaftszentralen erzielt ist. Wir bitten alle Gewerkschaften Deutschlands, ungesäumt zu diesem Kongreß Stellung zu nehmen und hoffen, daß die Beteiligung an demselben der Bedeutung der notwendigen Abwehraktion entspricht. Außerordentliche Umstände sind es, die ein rasches Handeln bedingen. Die deutsche Arbeiterschaft wird zeigen, daß sie ihre Rechte und Interessen wohl zu wahren weiß.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien, Berlin SO 16, Engelufer 14/15.

Von unserm Verband werden an dem Kongreß fünfzehn Kollegen teilnehmen, die auf dem Berliner Verbandstag bereits gewählt worden sind. Die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen haben die Beteiligung am Kongreß unter recht nichtssagenden Gründen abgelehnt.

In verflossener Woche tagte in Berlin eine Sachverständigenkommission zu dem Zwecke, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Vorschläge zur Reichsversicherungsordnung zu unterbreiten. Am 16. April fand im Berliner Gewerkschaftshause eine Besprechung zwischen den sozialdemokratischen Aerzten und Arbeitervertretern statt über das Thema: „Reichsversicherungsordnung, Aerzte und Krankenkassen". Und am 22. April tagte im Reichsamt des Innern eine Konferenz der Arbeitersekretäre, Krankenkassenvertreter und Arbeitervertreter, die sich auch mit der Reichsversicherungsordnung befaßte. Es ist ein gewaltiges Stück Arbeit, das im Interesse der Arbeiter deren berufene Vertreter zu diesem Gesetzentwurf zu leisten haben.

Generalversammlungen und Kongresse.

k. **Verbandstag der Dachdecker.** Vom 11. bis 15. April hielt der Zentralverband der Dachdecker Deutschlands seinen zehnten Verbandstag in Dresden ab. Auf dem Verbandstage waren neben zwei Vorstandsmitgliedern 26 Delegierte anwesend. Der Zentralverband der Maurer war durch den Kollegen Bömelburg vertreten. Der wichtigste Verhandlungsgegenstand, der auch für unsere Organisation von Bedeutung ist, war die Frage der Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband. Die Stellung des Bauarbeiterverbandes zu einer Verschmelzung mit anderen baugewerblichen Verbänden wurde ja schon auf dem gemeinsamen Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter (konstituierenden Verbandstag) in Leipzig festgelegt. Es wurde dort in einem Antrage der Zentralvorstände ausgesprochen, „daß der Verband immer bereit ist, eine Verschmelzung mit den Verbänden der Dachdecker, Stukkateure und Zimmerer" einzugehen". Zu dem Verbandstag der Dachdecker waren zu diesem Punkte über 50 Anträge gestellt, und zwar fast alle im Sinne einer Verschmelzung. Das war ein Zeichen, daß sich auf dem Verbandstage keine große Opposition gegen eine Verschmelzung geltend machen würde. So kam es auch. Das einleitende Referat hielt der erste Vorsitzende, Kollege Diehl-Frankfurt a. M. Diehl war früher ein Gegner der Verschmelzung; die Taktik der Unternehmer hat ihn aber, wie er selbst betonte, von der Notwendigkeit der Verschmelzung sämtlicher Bauarbeiterverbände überzeugt. Er trat deshalb lebhaft für die Verschmelzung ein, dabei hervorhebend, daß besonders die eben beginnenden Kämpfe im Baugewerbe zur Förderung der Verschmelzungsidee beitragen würden. Diehl unterbreitete dem Verbandstage folgende Resolution:

„1. Der Verbandstag erklärt sich im Prinzip mit der Verschmelzung zum neuen Bauarbeiterverband einverstanden.

2. Der Zentralvorstand wird beauftragt, alle weiteren Schritte zur Aufklärung der Mitglieder in dieser Sache einzuleiten.

Als Referenten sind nur solche Kollegen zu bestimmen, die für die Verschmelzung tatkräftig eintreten.

Das Verbandsorgan soll ferner durch aufklärende Artikel im Sinne der Verschmelzung wirken.

3. Die Uebertrittsbedingungen nebst dem neuen Statut des Bauarbeiterverbandes sind zwecks Orientierung unserer Mitglieder im Verbandsorgan zu veröffentlichen.

4. Ueber die Verschmelzung ist außerdem eine Urabstimmung per Stimmzettel vorzunehmen, und zwar im Monat Juni oder Juli 1911. Wenn zwei Drittel der Abstimmenden sich für die Verschmelzung erklären, so gilt dieselbe als beschlossen.

5. Der nächste Verbandstag erledigt alle Formalitäten zwecks Uebertritts und beschließt die Auflösung des Dachdeckerverbandes.

6. Der Verbandstag findet statt in derselben Zeit und an demselben Ort, wo der Verbandstag des Bauarbeiterverbandes tagt.

7. Die Uebertrittsbedingungen hat der Zentralvorstand mit dem Hauptvorstand des Bauarbeiterverbandes zu beraten und den Mitgliedern alsdann zu unterbreiten."

In der Debatte, die sich sehr lebhaft gestaltete, ergriff auch Kollege Bömelburg das Wort, um in wirksamer Weise ebenfalls für die Verschmelzung einzutreten. Der äußere Zwang der Verschmelzung liege in der Entwicklung der Unternehmerorganisation. Eine große Zahl Delegierter sprach ebenfalls für die Verschmelzung. Als Gegner derselben bekannte sich eigentlich nur ein Berliner Delegierter, der der Berufsorganisation das Wort redete. Die Verschmelzung würde den Dachdeckern keine Vorteile bringen, sie würden ihre Kämpfe am besten selbständig führen. — Bei der Abstimmung wurde die oben wiedergegebene Resolution Diehl mit folgendem Teil einer Resolution Thomas-Frankfurt a. M. gegen drei Stimmen angenommen:

„In Rücksicht darauf, daß die Unternehmerorganisationen in allen Gewerben zum Zwecke der Bekämpfung der Gewerkschaften und ihrer Bestrebungen immer besser ausgebaut und vervollkommnet werden, sie ferner immer mehr aggressiven Charakter annehmen, ist es im höchsten Interesse der Gewerkschaften gelegen, alle Mittel zur Anwendung zu bringen und alle Vorbedingungen zu schaffen, die eine erfolgreiche Förderung der Arbeiterinteressen in der praktischsten und sichersten Weise gewährleisten.

Die Organisationen der Arbeiter, die die wirtschaftliche Besserstellung ihrer Mitglieder verfolgen, haben die Pflicht, die Vorgänge im Unternehmerlager genau zu beachten und in möglichst früher Zeit ihre Sicherungen zu treffen. Nun ist es zweifellos, daß der Zentralverband der Dachdecker bisher keine Ursache hatte, in dieser Beziehung allzu ängstlich zu sein. In den schwersten Zeiten wirtschaftlichen Niederganges hat er sich zu behaupten und zu vergrößern gewußt. Es treibt ihn deshalb keine Schwäche zur Verschmelzung, sondern es sind lediglich Zweckmäßigkeitsgründe. Die Erhöhung der Schlagfertigkeit und planmäßigere Durchführung der Arbeiterforderungen, die gemeinschaftliche Abwehr der Unternehmerorganisationen, die ihre Angriffe längst nicht mehr auf die beruflichen Grenzen beschränken, sondern ganze Industriegruppen in den Kampf treiben, alles dies erfordert eine erhöhte Energie der Arbeiterklasse. Anderseits verdichten sich die gewerkschaftlichen Kämpfe immer mehr zu Angriffen der Unternehmer auf die Organisation selbst, bei denen die kleinen Verbände mehr und mehr der Gefahr ausgesetzt werden, ihre Kräfte lediglich in der Abwehr der Scharfmachergelüste zu verbrauchen. Je größer die Organisation aber ist, um so mächtiger kann sie solchen Versuchen gegenübertreten und um so größer wird ihr Widerstand sein.

Auch im Dachdeckerberuf gehen wir solchen Kämpfen entgegen, weil die Meister immer mehr im Fahrwasser des allgemeinen Unternehmerverbandes segeln, sich von letzterem das Heft aus den Händen nehmen lassen und schon heute

nach der Pfeife dieser Scharfmacher tanzen. Dieser veränderten Taktik der Arbeitgeber muß sich die Organisation der Arbeitnehmer anpassen, und das kann am zweckmäßigsten dadurch geschehen, daß wir durch Zusammenschluß mit anderen Bauarbeiterverbänden unsere Organisation stärken."

Damit war die wichtigste Arbeit des Verbandstages erledigt. Am ersten Verhandlungstage wurden die Geschäftsberichte entgegengenommen. Nach dem gedruckten Vorstandsbericht, den Vorsitzender Diehl mündlich ergänzte, ist die Mitgliederzahl des Verbandes in den zwei letzten Jahren stabil geblieben. Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen in der Berichtszeit standen im Zeichen des Niederganges der Baukonjunktur. Doch haben in den meisten Orten die alten Tarife zum Teil mit Verbesserungen erneuert, auch in einer Anzahl von Orten neue Tarife abgeschlossen werden können. Im ganzen hat der Verband in den zwei Jahren in 101 Orten Lohnbewegungen durchfechten müssen. Diese verteilten sich auf 833 Betriebe mit 4494 Kollegen. In 37 Fällen fand die Bewegung einen friedlichen Abschluß. An Streiks und Aussperrungen waren 829 Kollegen mit 1793 Tagen beteiligt. Die erzielten Lohnerhöhungen betrugen bei 2614 Beteiligten ℳ 4631 pro Woche und die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung für 564 Kollegen 1935 Stunden. Für 2770 Kollegen wurden korporative Arbeitsverträge abgeschlossen. Die Ausgaben für die Lohnkämpfe, Aussperrungen usw. beliefen sich auf ℳ 46 000. — In der Agitation hat es der Verband nicht fehlen lassen. Ein natürliches Hemmnis läßt aber gerade in diesem Berufe dabei auf große Schwierigkeiten stoßen. Die Dachdecker sind nämlich in zahllosen kleinen Betrieben über das flache Land zerstreut, wohin oft nur unter großen Opfern an Zeit und Geld zu gelangen ist. Organisiert sind bis jetzt 6500 Kollegen, das sind etwa 35 bis 40 pZt. der organisationsfähigen Berufsangehörigen. Anders organisierte gibt es in diesem Berufe nur ganz wenig. Nur im Gau Osten werden einige christlich organisierte Dachdecker erwähnt, und ebenso einige zersplitterte in Rheinland-Westfalen. Wo sie aufgetreten sind, wie in Danzig, haben sie keine Lorbeeren geerntet. — Der Bauarbeiterschutz ist im Dachdeckergewerbe miserabel. Die Zahl der Unfälle ist deshalb in diesem Berufe eine sehr große. Im Jahre 1908 waren allein 107 Unfälle zu verzeichnen, davon 34 tödliche. Im Jahre 1909 waren 123 Unfälle und davon 35 tödliche. Die Frage des Arbeitsnachweises liegt vielfach noch sehr im argen. In den Händen der Gesellen befinden sich nur wenige Arbeitsnachweise; der paritätische Arbeitsnachweis ist aber mehrfach eingeführt worden, doch versuchen auch hier die Unternehmer, ihn einseitig in ihre Hände zu bekommen. — Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen ℳ 195 365,91, die Ausgaben ℳ 144 133,35, so daß ein Kassenbestand von ℳ 51 232,56 vorhanden ist. Von den Einnahmen flossen über ℳ 60 000 wieder in Form von Unterstützungen in die Hände der Mitglieder zurück. Für Agitation wurden ziemlich hohe Posten verausgabt.

Die Diskussion über die Geschäftsberichte war sehr eingehend. Nicht weniger als 22 Redner nahmen zu dem Geschäftsbericht Stellung, wobei vor allen Dingen die Kranken- und die Reiseunterstützung eine gewichtige Rolle spielten. Im übrigen wurden mehr interne Angelegenheiten berührt.

Ueber Lohnbewegungen und Tarifverträge referierte Piepenbring-Cöln, der ein Bild der bisherigen Kämpfe gab und über die bei künftigen Bewegungen einzuschlagende Taktik sprach. In der Debatte gab Bömelburg eine Uebersicht über den Stand des gegenwärtigen Kampfes. Es dürften seiner Meinung nach dabei etwa 1500 bis 1600 Dachdecker in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Ausführungen der weiteren Redner drehten sich auch nur um den Kampf im Baugewerbe. Sämtliche Redner erklärten, daß die Kollegen bereit seien, außergewöhnliche Opfer zu bringen. Von einigen Delegierten wurde in Aussicht gestellt, daß die in Arbeit bleibenden Kollegen einen Teil des Wochenverdienstes zur Verfügung stellen, man hofft, bis zu 50 pZt. Beschlossen wurde:

Vom 1. Mai an haben alle Mitglieder des Verbandes, die in Arbeit bleiben, solange der Kampf dauert, doppelte Beiträge zu zahlen. Die Karenzzeit zum Bezug der Streikunterstützung wird bei diesem Kampf auf 14 Tage festgesetzt. Der § 3 des Streikreglements erhält im Absatz c folgende Fassung: Mitglieder eines Bewegungsgebietes, die bei einem Streik oder einer Aussperrung in Arbeit bleiben, haben für die Dauer des Kampfes den doppelten Beitrag zu zahlen. Von dem Wunsche der Kommission, daß auch die Lokalkassenbestände zur Verfügung gestellt werden, nimmt der Verbandstag Kenntnis.

Bei der Statutenberatung wurde folgender Vorschlag der Komission angenommen: Für alle neu aufgenommenen Mitglieder erniedrigt sich die Streikunterstützung für die ersten 13 Wochen ihrer Mitgliedschaft auf 30 ₰ pro Tag. Ferner haben in Zukunft die unterstützten Mitglieder den einfachen Wochenbeitrag für die Dauer der Unterstützung zu zahlen. Die in einem andern Beruf arbeitenden Kollegen haben einen Mindestbeitrag von 25 ₰ (bisher 40 ₰) zu leisten. Diese beiden Bestimmungen treten mit dem 1. Juli 1910 in Kraft. Des weiteren wurden eine ganze Reihe auf das Unterstützungswesen bezügliche Bestimmungen vom Statut des Bauarbeiterverbandes übernommen. Anträge, die sich auf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung bezogen, wurden mit Rücksicht auf die Verschmelzung zurückgestellt.

Zur Frage des Bauarbeiterschutzes wurde nach einem Referat des Kollegen Diehl folgende Resolution angenommen:

Der Verbandstag verweist auf die Verhandlungen und Beschlüsse der Bauarbeiterschutzkonferenzen, die im letzten Jahre in allen Bezirken stattgefunden haben. Sie haben den Beweis erbracht, daß die Bauarbeiterschutzbestimmungen verbessert werden müssen und daß eine bessere Kontrolle der Bauten durch unabhängige Beamte unter Hinzuziehung von Hilfsbeamten, die von den Arbeitern selbst aus den Reihen der praktisch erfahrenen Arbeiter gewählt werden, durchgeführt werden muß. Der Verbandstag fordert ferner die Berufskollegen auf, selbst bei ihrer Arbeit auf den Schutz von Leben und Gesundheit sorgsam zu wachen.

Von den weiteren Verhandlungsgegenständen des Verbandstages ist noch erwähnenswert ein Referat von Wagner-Nürnberg über Agitation und ein Referat von Hoch über die Reichsversicherungsordnung. Anträge, weitere besoldete Gauleiter anzustellen, wurden ebenfalls mit Rücksicht auf die Verschmelzung abgelehnt. Bei der Wahl der Verbandsleitung wurden die bisherigen Funktionäre wiedergewählt. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet.

Soziales.

* **Die Tätigkeit des Zentral-Arbeitersekretariats im Jahre 1909.** Diese von der Generalkommission eingerichtete Institution zur Vertretung klagender Versicherter vor dem Reichsversicherungsamt wird in stets steigendem Maße von den Arbeitern in Anspruch genommen. Betrug die Zahl der diesem Sekretariat überwiesenen Streitsachen im Jahre 1903 erst 633, so stieg die Zahl bis zum Jahre 1908 auf 1774, um im Jahre 1909 gar auf 2170 emporzusteigen. Von diesen Streitsachen, die Unfall-, Invaliden- und Knappschaftsrenten betrafen, wurde die Mehrzahl, nämlich 1573, von den Arbeitersekretariaten eingesandt; während 81 von Gewerkschaftskartellen, 172 von den Gewerkschaften, 230 von den Klägern direkt und 114 durch Vermittelung von Gewerkschaftsmitgliedern, meist für unorganisierte Landarbeiter oder selbständige Gewerbetreibende eingesandt wurden. Zu diesen 2170 eingesandten Streitsachen kamen noch unerledigte aus dem Vorjahre, so daß im Berichtsjahr 2725 Sachen bearbeitet wurden. Davon sind 1701 durch Urteil des Reichsversicherungsamtes, der Schiedsgerichte oder der Oberschiedsrichter der preußischen Knappschaftskassen erledigt, unerledigt blieben aus dem Jahre 1908: 9, aus dem Jahre 1909: 1023 Streitsachen. Von den 1701 erledigten Streitsachen betrafen 1522 Ansprüche auf Unfallrente, 153 Invalidenrentenansprüche und 20 Ansprüche auf Knappschaftsrente. Zur persönlichen Vertretung dieser Streitsachen mußten an 270 Tagen 2127 Termine wahrgenommen werden; an 31 Tagen war die Zahl der angesetzten Termine vor dem Reichsversicherungsamt so erheblich, daß zwei Sekretäre die Vertretung ausüben mußten. Von den 1701 erledigten Streitsachen, betrafen 1522 Unfallrentenansprüche. Für den Verletzten günstige Entscheidungen wurden 526 erzielt. In 115 Fällen wurde den Verletzten eine Zurückerstattung der entstandenen Kosten im Gesamtbetrag von ℳ 1666 gewährt. In einer erheblichen Zahl der Fälle mußte eine Vertretung durch das Zentral-Arbeitersekretariat abgelehnt werden, da der Anspruch als völlig aussichtslos erschien.

Bei der Rechtsprechung in Invalidenrentensachen ist insofern eine Neuerung eingetreten, indem für Ansprüche aus den Knappschaftskassen eine besondere Revisionsinstanz in Berlin eingesetzt wurde. Diese Instanz wurde durch die Novelle zum preußischen Berggesetz geschaffen. Damit gelangen nunmehr die Knappschaftssachen, soweit die Urteile der Schiedsgerichte der Knappschaftsvereine revisionsfähig sind, und von der Revision Gebrauch gemacht wird, zur Prüfung vor das Oberschiedsgericht. Die persönliche Wahrnehmung der Interessen der Bergarbeiter ist den Sekretären auch dort ungehindert möglich gewesen. Vor diesem Schiedsgericht wurden 20 Fälle erledigt, 2 für die Versicherten erfolgreich, 13 erfolglos, eine Sache wurde an das Schiedsgericht zurückverwiesen, 2 Ansprüche erkannte der Knappschaftsverein nachträglich an und in 2 Fällen wurde die Vertretung abgelehnt. Von den 159 Invalidenrenten-Streitsachen, die in der Revisionsinstanz vor dem Reichsversicherungsamt zur Entscheidung kamen, wurden 68 Revisionen der Versicherten abgewiesen, 20 Revisionen wurden an die Schiedsgerichte zurückverwiesen und in 6 Fällen wurde den Versicherten die Rente zugesprochen. Die Revisionen der Landesversicherungsanstalten wurden in 11 Fällen zurückgewiesen, d. h. es blieb bei der Rente, die das Schiedsgericht bereits zuerkannt hatte, von der Landesversicherungsanstalt aber abgelehnt war. In 16 Fällen hatten die Landesversicherungsanstalten den Erfolg, daß die Sache an das Schiedsgericht zurückverwiesen wurde, in 6 Fällen wurde die Rente wieder aufgehoben und in einem Fall die Rente gekürzt. 31 Revisionen konnten, weil ein Revisionsgrund nach dem geltenden Recht nicht erhoben werden konnte, nicht vertreten werden.

Im Berichtsjahre wurden die Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden vorgenommen. Zur Anleitung für die Wahl wurde vom Zentralarbeitersekretariat eine Broschüre verfaßt, die über die Aufgaben der Arbeitervertretung in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung eine kürzere Darstellung gab und auch den Wahlmodus erklärte. Die Broschüre ist an alle Gewerkschaftskartelle in mehreren Exemplaren verteilt, und es ist auch in einem Anschreiben auf die Bedeutung der Wahl hingewiesen worden. Der Bericht konstatiert, daß es leider vielfach an dem nötigen Eifer für die Vorbereitung zu diesen Wahlen in den Gewerkschaftskartellen gefehlt habe. Da für diese Wahlen eine öffentliche Propaganda nicht entfaltet werden kann, weil die Wahl der Vertreter durch die Krankenkassen und Gemeindebehörden erfolgt, so müssen gerade hierbei die Institutionen unserer Gewerkschaften recht rührig sein, um den Arbeitern die Rechte, die ihnen die Arbeiterversicherung an der Verwaltung einräumt, in ausreichendem Maße und im Interesse der Versicherten wahrnehmen zu können.

Eingegangene Schriften.

„Die Neue Zeit", Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 29 des 28. Jahrgangs. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis 25 ₰.

„Die Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Nr 15 des 20. Jahrgangs. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis 10 ₰.

Anzeigen.

☞ **Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.**

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 ₰.)

Bamberg. (Zahlstelle Pödeldorf). Am 12. April starb unser treuer Kollege **Joh. Schlaug** von Naisa im Alter von 42 Jahren an den Folgen einer Lungen- und Brustfellentzündung.

Berlin. Am 13. April starb unser Mitglied **August Grawert** im Alter von 50 Jahren an Lungentuberkulose.

Breslau. Am 11. April starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kollege **Franz Kauka** im Alter von 45 Jahren an Magenleiden.

Chemnitz. Am 15. April starb unser Kollege **Karl Friedrich Lang** im Alter von 54 Jahren.

Deutsch-Eylau. Am 3. April starb unser Mitglied **Hermann Maschke** an Kehlkopf- und Lungenentzündung.

Döbeln. Am 16. April starb unser Kollege **Heinrich Pröbius** aus Zunschwitz im Alter von 52 Jahren an Magenverhärtung.

Duisburg. (Zahlstelle Marxloh.) Am 7. April starb nach längerer Krankheit unser Verbandskollege **Friedr. Merkschien** im Alter von 27 Jahren.

Freyhan. Am 31. März starb unser Verbandskollege **Reinhold Keller** im Alter von 26 Jahren an Lungenentzündung.

München. (Zahlstelle Talkirchen.) Am 5. April starb unser Kollege **Johann Ponkraz Gallus Götz** im Alter von 59 Jahren an Gehirnschlag.

Spremberg. Am 10. April starb unser Verbandskollege **Friedrich August** im Alter von 37 Jahren an Zuckerkrankheit.

Vegesack. Am 7. April starb unser Kollege **Johann Behnke** im Alter von 33 Jahren an Bauchfellentzündung. — Am 12. April starb nach langem Leiden unser Mitglied **Jakob Rass** an Gehirnhautentzündung im Alter von 41 Jahren.

Würzburg. (Zahlstelle Rimpar.) Am 17. April starb unser Kollege **Joseph Schneider** im Alter von 20 Jahren an Lungenleiden.

Zittau. Am 10. April starb nach langem Krankenlager unser Mitglied **Gustav Wagner** aus Hainewalde an der Proletarierkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Aschersleben.

Sonnabend, den 28. Mai, feiert der hiesige Zweigverein im Saale des Herrn **Otto Wilke** sein

Dreizehntes Stiftungsfest

bestehend in Konzert, Vorträgen und Ball.

Die Kollegen von Aschersleben und Umgegend werden dazu freundlichst eingeladen. [M. 3,30] **Das Komitee.**

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Verkehrslokal, H Herberge, Rz Reiseunterstützung wird ausgezahlt bei).

Cüstrin. K W. Gensch, Plantagenstr. 30.

Pyritz. V Franz Abraham, Moritzplatz 4;
K Paul Filenius, Kleine Wollweberstr. 11;
L Lahnerstr. 3.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 24. April.

Hintersee. Nachm. 1 Uhr im Gasthof zum „Deutschen Hause", Lichtenburg. T.-O.: Abrechnung vom ersten Quartal. Unsere gegenwärtige Lage. Verschiedenes.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 24. April.

Frankfurt a. d. O. Vorm. 11 Uhr.

Gr.-Lichterfelde. Vorm. 10 Uhr bei Ernst Richter, Chausseestr. 104. T.-O.: Abrechnung vom ersten Quartal. Verschiedenes.

Neuruppin. Nachm. von 1 bis 3 Uhr bei Schäler, Karlstr. 27. Kassieren der Beiträge. Nachdem Kassenbericht vom ersten Quartal. Verschiedenes.

Würzburg. Vorm. 10 Uhr außerordentl. Generalversammlung im Restaurant zum „Schiefersteln".

Mittwoch, den 27. April.

Rixdorf. Abends 8½ Uhr bei Wolf, Kirchhofstr. 41. T.-O.: Abrechnung vom ersten Quartal. Kassenangelegenheiten.

Donnerstag, den 28. April.

Weissensee. Abends 8 Uhr im Kassenlokal. T.-O.: Kassenbericht. Bericht der Revisoren. Verschiedenes.

Verleger: Th. Bömelburg, verantwortlicher Redakteur: A. Winnig. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.